Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 249 / 50 28. SEPTEMBER
Redaktionsschluss: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 704 352
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90













CLAUS–HELVETIUS–GESELLSCHAFT UND DER KATHOLIKENTAG

Freiburg September 78 *Die Freiburger Claus-Helvetius–Gesellschaft hat ein Flugblatt gemacht, in dem sie über eine Theateraktion und ihren Ausgang während des Freiburger Katholikentages berichtet. Wir drucken das Flugblatt – fast ungekürzt – ab:*

Kultusminister Maier, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, zur Eröffnung des deutschen Katholikentages in Freiburg:
"Da wir deutschen Katholiken wissen, was es heißt: frei reden, frei sich versammeln können, denken wir in dieser Eröffnungsstunde auch an die Kirche in vielen Ländern der Welt, die zum Schweigen verurteilt ist."
Und die Wirklichkeit in Freiburg:

POLIZEIÜBERFALL AUF EINE KUNDGEBUNG IN WEINGARTEN

Die C.-Helvetius-Gesellschaft, die sich gegründet hat, um gegen jede Art von Aberglauben aufzuklären, hatte im Stadtteil Weingarten eine Kundgebung angemeldet, die auch genehmigt wurde. Dort sollte mit schauspielerischen Mitteln beispielhaft über Verbrechen, die die Kirche in ihrer 2000jährigen Geschichte an der Menschheit begangen hat, aufgeklärt werden. Dargestellt werden sollte:
– Die Diffamierung und Verfolgung menschlicher Sexualbedürfnisse
– Die Erniedrigung der Frau
– Die grausamen Verfolgungen und Ermordungen von "Hexen und Ketzern
– Den Ehezwang und die Diffamierung der Abtreibung
– Die Unterstützung von Kriegen und der Faschisten

Eine grausige Bilanz von Tatsachen, die die Menschenfeindlichkeit der Kirche dokumentiert und die selbstverständlich von den Katholiken nicht erwähnt werden. Diese Aufklärung wollte die Stadt mit allen Mitteln verhindern.

Von Anfang an ware zwei uniformierte Polizisten anwesend. Weiterhin waren noch, nach Aussage der Polizei, einige Polizisten in Zivil dort. Nach etwa 20 Minuten gaben die Uniformierten eine Meldung durch ihr Sprechfunkgerät und nur wenige Minuten später kamen vier Einsatzwagen plus drei Mannschaftswagen, insgesamt über 60 POLIZISTEN. Diese umzingelten die Gruppe und die Zuschauer, nahmen sofort einen Darsteller fest und beschlagnahmten die Requisiten.

Der Einsatzleiter behauptete zwar, daß gegen Auflagen verstoßen sei, KONNTE DIESE ABER NICHT BENENNEN. Dann behauptete er, daß eine "Verunglimpfung religiöser Gefühle" vorliege. Das stützte er nur darauf, daß einige Darsteller Kreuze trugen und ein Darsteller eine "Bischofsmütze". – Dies geschieht allerdings in jedem Theater oder Film, der sich mit der Kirche beschäftigt. Die ganze Darstellung bestand nur aus offiziellen kirchlichen ZITATEN und die Darsteller haben dies durch einige Requisiten unterstrichen. Wenn Gläubigen die Geschichte und Sprüche ihrer eignen Kirche unangenehm sind, so sollten sie sich umfassend informieren und ihre Kirchenmitgliedschaft überprüfen. Für die Tatsachen können wir jedenfalls nichts und eine Verhöhnung soll es auf keinen Fall sein, denn dafür ist uns die Sache viel zu ernst und zu bedeutungsvoll

Den Bierkrug, der da zum "Messkelch" umfunktioniert worden sein sollte, fanden die Polizisten gut verpackt in den beschlagnahmten Requsiten, er war zu keiner Zeit dort herausgeholt oder gar in irgendeiner Weise benutzt worden und sollte dies auch nicht. So wird eine "Begründung" zusammengelogen! Der festgenommene Darsteller wurde samt Requisiten abtransportiert, obwohl er einen Personalausweis dabei hatte, und wie ein Verbrecher erkennungsdienstlich behandelt.

Weingarten ist eine Neubau-Betonlandschaft im Westen Freiburgs, eine typische Wohn- und Schlafstadt. Bei diesem Platz ist zwar ein Einkaufszentrum, aber Leben wird man da kaum vorfinden.

SIE WERDEN SICH FRAGEN, WARUM WIR AUSGERECHNET DA UNSEREN STAND AUFBAUEN, wenn der ganze Trubel in der Innenstadt stattfindet und dort die Veranstalter des Katholikentages mit über 60 Informationsständen ihre einseitige Meinung verbreiten.

Das haben wir und Sie der Stadt zu verdanken, die mit allen Mitteln die Innenstadt von anderen Meinungsäußerungen sauber halten wollte. Uns wurde verboten, dort irgendwo unseren Stand aufzustellen mit der "Begründung", daß sonst der Verkehr zusammenbrechen würde – das angesichts der wahrlich erdrückenden Propaganda der Katholiken. Praktisch hat die Stadt die Freiburger Innenstadt den Organisatoren des Katholikentages zur freien Verfügung überlassen und sie trägt Sorge dafür, daß dieses schöne einheitlich schwarze Bild nicht durch einige Leuchtpunkte verunstaltet wird.

WAS IST EIGENTLICH SO UNANGENEHM AN DEN INFORMATIONEN, DIE WIR VERBREITEN?

1. wollten wir genau auf diese Zusammenarbeit von STAAT UND KIRCHE eingehen. So genießt die Kirche einen Vielzahl von Privilegien, die mit demokratischen Prinzipien unvereinbar sind und die zum Teil einzigartig in der Welt sind. Die BRD ist der einzige Staat der Welt, der für die Kirchen die Mitgliedsbeiträge eintreibt. Weiter geht es von zusätzlichen Steuergeschenken, über den Einfluß bei Rundfunk und Fernsehen bis zu der gesetzlichen absoluten Vorrangigkeit bei der Einrichtung von Kindergärten und ähnlichen Institutionen. Bezahlen darf diese aber natürlich der Steuerzahler. So kann die Kirche natürlich damit protzen, daß 95% derartiger Einrichtungen in der BRD von ihr bestimmt werden, wie sie das auf einer Stelltafel in der Kaiser-Joseph-Straße tut.

2. Ein weiterer Punkt zur Charakterisierung der Zusammenarbeit der Kirche und den jeweils Mächtigen im Lande ist die Zusammenarbeit zwischen der KIRCHE UND DEN FASCHISTEN Deutschlands, Italiens und Spaniens. Zwar sind auch einzelne Katholiken in KZ's umgekommen – die offizielle Kirche hat aber die Naziherrschaft mit allen Mitteln unterstützt, zur Gefolgschaft gegenüber dem Führer aufgerufen und die Eroberungskriege abgesegnet.

3. Neben ihren blutigen Verbrechen, wie z.B. der Verfolgung und Ermordung Andersgläubiger, machte sie sich und macht sie sich heute noch besonders dadurch schuldig, daß sie den Menschen das LEBENSGLÜCK zu rauben versucht. Der zentrale Inhalt der Lehre ist Verzicht, Verzicht und nochmal Verzicht auf allen Lebensgebieten – wie es auch Uni-Rektor Stöckle in seinem Beitrag zum Kirchentag als letzte Weisheit der Lösung unserer gegenwärtigen Probleme präsentierte. Kern des Verzichts ist aber immer der Verzicht auf sexuelle Lust, gegen die die Kirche auch folgerichtig einen 2000jährigen erbitterten Kampf geführt hat. Als Konsequenz dieser Tatsache rufen wir zum **KIRCHENAUSTRITT** auf!

Aufklärung kostet Geld: Die Kirche hat's – wir brauchen's!
Spendenkonto: 22 80 440, Öffentliche Sparkasse Freiburg
Kontakt: A. Freudemann, Egonstr. 7, 7800 Freiburg

TAGESZEITUNG VERGRIFFEN

Sie ist vergriffen, die Null-Nr. der nagelneuen „die Tageszeitung". Die Macher melden, daß den Verkäufern das Blatt aus den Händen gerissen wurde. Zwei Tage nach der Auslieferung waren 50.000 weg. Also wird nachgedruckt. Adresse: Tageszeitungsinitiative, Hamburger Allee 45, 6000 FFM 90 (eine Mark lpus 50 Pfennig Porto). Aber kauft lieber in den Buchläden!

HAUSMITTEILUNG

Dieser ID ist eine Doppelnummer, das bedeutet, wir erscheinen nächste Woche nicht, so daß wir aus postalischen Gründen die Nummer 249/250 herausgeben müssen. Ihr zahlt aber nur 1,50 DM !

Warum erscheinen wir nächste Woche nicht? Wir, das heißt ein Teil vom ID, fahren für eine Woche in die Kälte (Salecina in der Schweiz) und reden uns die Köpfe heiß über Konzeption des ID's und eventuelle Veränderungen, finanzielle Situation und über uns selbst. Was dabei herauskommt, wollen wir euch dann später mitteilen.

Übrigens: wir haben nicht vor, unser Erscheinen einzustellen, auch wenn 'die tageszeitung' und 'Die Neue' herauskommen werden.

ES SOLL EIN 'FRANFURTER PROZESSINFO' GEBEN

FRANKFURT 29. Sept.

In diesem monatlichen Prozeßinfo sollen anstehende Prozeßtermine, Stellungnahmen zum Hintergrund des Geschehens, Berichte vom Ausgang des Verfahrens, Kommentare über Urteile usw. veröffentlicht werden. Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die Betroffenen und ihre Verteidiger die Prozeßtermine und weitere Informationen mitteilen. Das erste Info soll nächsten Monat erscheinen. Wir rufen alle auf, die an einer Mitarbeit interessiert sind oder das Info beziehen wollen, sich an folgende Kontaktadresse zu wenden.

Ellen Rose, Arnsburger Str. 15, 6 Frankfurt 60, Tel. 446944

JUGENDZENTRUMSTREFFEN

SIEGEN September

Am 7./8.Oktober findet in Siegen/Westfalen ein Treffen von selbstverwalteten Jugendzentren und Initiativgruppen statt. Auf diesem Treffen sollen Erfahrungen ausgetauscht und Möglichkeiten des Kampfes für selbstverwaltete Jugendzentren diskutiert werden. Die Jugendlichen aus Siegen schreiben:

"Unser Jugendzentrum ist eine Konsum-Erziehungsanstalt. Im Haus läuft nichts ab. Unsere Juz-Initiative hat Raumverbot! Das Treffen wurde von den Sozialarbeitern, wohl im Einvernehmen mit der Stadt, im Jugendzentrum verboten! Aber wir lassen uns nicht einmachen !! Das Treffen findet statt! Für den Fall, daß wir nicht ins Jugendzentrum reinkommen, stehen alternative Räume zur Verfügung. Außerdem machen wir am 7.10. (Sa) um 1.00 Uhr eine Demo durch die Stadt zum Jugendzentrum hin mit anschließender Fete. Treffpunkt 1.00 Uhr in der Bahnhofstraße. In der Nähe vom Bahnhof, da wo die Massen stehen. Wir laden alle Freunde/innen, Genossen/innen, Freaks aus der Jugendzentrumbewegung ein."

Kontakt: Gelbes Haus, Geisweiderstr. 145, 5900 Siegen 21 Tel: 0271/82471

MÜNCHENER STADTBUCH IST ERSCHIENEN

MÜNCHEN Sept.

Das Stadtbuch für München ist wieder da. Die Hersteller behaupten, es sei 'ganz dick und knallbunt'. Dafür wollen sie aber auch DM 8,-- gegen Vorkasse. Zu bestellen beim

Blatt, Georgenstr. 123, 8ooo München 40, Tel. 089/195021/22
Konten: Stadtsparkasse München, Nr. 3301, BLZ 70550000.
Postscheckkonto München, Nr. 235841-804

GRASWURZELREVOLUTION HAT NEUE ADRESSE

Die Hamburger Alternativzeitung 'Graswurzelrevolution' hat folgende neue Adresse: **Graswurzelrevolution, c/o Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, Tel. 040/ 777 957**

GRAFFITI – NE NEUE ZEITSCHRIFT

FRANKFURT September 1978

Ab 1. Oktober erscheint GRAFFITI (zweimonatlich). GRAFFITI ist eine Zeitschrift, in der Foto und Grafik mehr sind als nur Illustration. In GRAFFITI werden Linke sich nicht der Tagesaktualität, wohl aber den Themen stellen, die die Zeit beherrschen.

Heft 1 hat das Thema „Fünfziger Jahre". Die aktuelle und politische

Heft 1 hat das Thema „Fünfziger Jahre". Die aktuelle politische und kulturelle Konjunktur, die sich den fünfziger Jahren zugewandt hat, mobilisiert die Sehnsucht nach der gesellschaftlichen Harmonisierung der Fünfziger gegen die Diffusion sozialer Wertsysteme der Siebziger. GRAFFITI wird sich in den Versuch einmischen, Geschichte der BRD zu denken. GRAFFITI wird sich den Anstrengungen widersetzen, die Erfahrungsarmut der Gegenwart mit erschlichenen Erfahrungen und geheuchelten Erinnerungen zu überbrücken.

Themen: Bigger and Better (Wiederaufbau) / Halbstark / Verdrängung der Trümmer / Die Freiheit der gefallenen Würfel (Existentialismus) / Bierholen (Trümmerprosa) / Textalbum (Ein Dossier) u.a.m..

GRAFFITI Heft 2 erscheint am 1. Dezember 1978. Thema: „Abhauen". Statt der Aufbruchsstimmung der sechziger Jahre ist in den Metropolen quer durch alle sozialen Schichten eine Katastrophenstimmung aufgekommen, die den Rest der Hoffnung auf einen Wunsch lenkt: Abhauen.

GRAFFITI: 5 DM, Jahresabonnement: 25 DM (einschließlich Postversand). **Redaktion: 6000 Frankfurt 60, Postfach 600313; Vertrieb: Verlag iva, Pfleghofstr. 11, 7400 Tübingen.**

LINKER BUCHLADEN SCHLIESST MANGELS LAUFKUNDSCHAFT

Berlin 28.9.78

Die politische Buchhandlung "Commune" in Berlin, Unter den Eichen 84d, muß nach sechseinhalb Jahren schließen. In einem Brief an die lieben Freundinnen und Freunde des Ladens beschreiben die Buchhändler das buchhalterische Elend im Alternativprojekt. Wir zitieren hier ein bißchen aus dem Brief:

"Gründe für die Schließung gibt es einige:

– schlechte, ungünstige Lage vom Laden, keine Laufkundschaft;

– obwohl der Laden 5 Minuten entfernt von der Mensa der FU liegt, kamen immer weniger Studenten hierher. Das liegt zu einem Teil an den Studenten selbst, erklärbar aus deren verändertem politischen Bewußtsein und Interesse und zum anderen Teil an uns. Keiner von uns hatte mehr etwas mit der Uni zu tun;

–die Funktion der linken Buchläden u.a. als Kommunikationsort ist gerade hier in Berlin in Frage gestellt. Die Kommunika-

tion verlagert sich mehr in Kneipen und Cafes; Frauen, Schwule, Spontis, Flippies, Kinder . . . jede/r hat so sein eigenes Plätzchen (damit uns keiner mißversteht: das soll keine Bewertung sein, sondern nur eine Beschreibung des Zustandes);
— der Zusammenhang mit der "linken Bewegung", aus dem die linken Verlage, Buchläden und Druckereien und Vertriebe einstmals entstanden sind, hat sich mehr und mehr aufgelöst. Aber nicht nur der Zusammenhang, sondern auch die Bewegung selbst. Wir wollen ja nicht jammern — aber man schaue sich nur mal an, was gerade der Verband Linker Buchläden zu den Verhaftungen und dem Prozeß der AGIT-Drucker auf die Beine gebracht hat!

So, jetzt haben wir noch 'n bissi rumgemotzt und verabschieden uns von euch mit leichtem Magengrummeln und einem weinenden Auge. Tschüß,

das Kollektiv der commune."



Eine mittelalterliche Gauklertruppe beim Spiel

DOKUMENTATION ZU DEN BESCHLAGNAHMUNGEN DER 'TEXTE DER RAF'

Göttingen 19.9.78 *Im September 1977 hat der schwedische Buchverlag 'Bo Cavefors' ein Buch mit dem Titel 'Texte der RAF' herausgegeben. Es enthält ungekürzt und unkommentiert Texte zum bewaffneten antiimperialistischen Kampf. Ab März 1978 sind die meisten aus Schweden kommenden Lieferungen des Buches beschlagnahmt worden. In einer Pressemitteilung schreibt die Initiative für Pressefreiheit, Göttingen:*

"Da eine Auseinandersetzung mit der Politik der RAF fehlt, und verhindert wird, war auch bisher die Reaktion auf die Beschlagnahmung in bürgerlichen wie in linken Zeitungen gleich null. Seit Jahren herrscht eine beispiellose Hetze und Vorurteile ohne genaue Kenntnis der Politik der RAF. In diesem Buch sind alle wichtigen Erklärungen und Analysen der RAF zusammengefaßt.

Um Öffentlichkeit herzustellen haben Betroffene aus verschiedenen Städten sich zusammengetan, um der zunehmenden Unterdrückung jeglicher Opposition und freien Meinungsäußerung durch die Staatsgewalt entgegenzutreten und ihren politischen Zusammenhang aufzuzeigen. Für unser eigenes Verhältnis zu diesem Staat, der politischen Situation in der BRD, ist die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF unverzichtbar. Auf der Gegenbuchmesse in Frankfurt vom 16. bis 22. Oktober 78 erscheint eine ausführliche Dokumentation über den politischen Hintergrund."

Kontakt: Initiative für die Pressefreiheit, Buchladen Rote Straße, s/w "texte", Rote Straße 10, 3400 Göttingen.

SCHWULEN–ZEITUNG: DIE ROSA IST TOT. ES LEBE DIE ROSA!

Auf dem Pfingsttreffen in Hamburg hatte die Redaktion nach langer Diskussion beschlossen ihre Arbeit einzustellen. Wir hatten alle mehr oder minder von Zeitung die Schnauze voll, alles schien uns sinnlos, leer, doof, frustrierend und am Horizont konnten wir nicht den geringsten rosa Schimmer mehr sehen. Was waren dafür die Gründe?

Die Redaktion bestand aus zehn Leuten aus den Städten Bremen, Hamburg, Berlin und Köln. Wegen der weiten Entfernung wurde jede Redaktionskonferenz zu einer strapaziösen Weltreisen-Anstrengung voller Hektik und Streß. Sitzungen fanden selten statt und für persönliche Kontakte reichte die Zeit nicht aus. Inhaltliche und politische Auseinandersetzung über Sinn und Ziel der Zeitungsarbeit wurden zwar immer wieder diskutiert, aber nie endgültig ausgetragen. Das ging auf Kosten des Inhalts. Das war unheimlich nervig — und eigentlich sollte Zeitungsarbeit doch Spaß machen.

Ein weiterer Punkt war, daß uns unsere Arbeit im Verhältnis von Aufwand (Vertrieb, tippen, Artikel diskutieren und schreiben, Lay-Out, Druck, Rechnungen und Mahnungen usw.) zu Ergebnis (Verkauf und Resonanz aus der Schwulenbewegung) fragwürdig erschienen.

Jedoch:

Wir wollen, daß es die "Rosa" auch weiterhin gibt. Auch das Pfingsttreffen in Hamburg zeigte die Notwendigkeit, daß es ein überregionales Forum zur Auseinandersetzung geben muß. Wir wollen die Rosa-Arbeit öffentlicher machen. Dazu schlagen wir alle halbe Jahre eine gemeinsame große Sitzung aller Mitarbeiter/innen, Schreiber/innen und Interessierten vor. Die Zeitungsarbeit ist nur dann sinnvoll, wenn wir mehr Resonanz und aktive Beteiligung unserer Leser erhalten und die "Rosa" von der Bewegung genutzt wird.

Die nächste "Rosa" (Nr. 15) kommt Mitte Oktober mit dem Themenschwerpunkt — "Wie Schwule 'GEHEILT' werden" — heraus.

Ganz liebe schwule, rosa-rote Grüße

Kontakt: c/o Schwule Aktion Bremen, Postf. 10 16 43, 2800 Bremen

MÄNNER-READER — ZERSCHLAGT NICHT DIE SPIEGEL

MÜNCHEN September 78 Die Edition Treves bringt Mitte des nächsten Jahres einen Männer-Reader heraus. Redaktionsschluß ist der 15.Dezember dieses Jahres. Geplant sind vier Hauptthemen:
Frauen - Beruf/Uni/Schule/Arbeitsplatz - Familie - Andere Männer/Schwule/Männer.

'Primärtexte', also Dokumente, geben Auskunft über Männerprobleme (z.B.Vasektomie = Sterilisation 'Selbsterfahrung). 'Subjektive Texte' sollen einen Tag im Leben eines anderen Mannes beschreiben. Das kann der Freund, Kollege,

Nachbar, Lehrer, Vater, Chef sein, der durch Beobachtung und Fragen mit sich konfrontiert wird.

Gerd Wolter, der der Herausgeber des Readers ist, schreibt dazu: „...und wir selber müssen nachdenkend unsere eigene Position überprüfen, wenn wir ehrlich und wie in einem Spiegel einen anderen Mann beschreiben müssen.
Zerschlagen wir nicht die Spiegel, laßt uns das Ganze als Spiel angehen; ein Spiel um uns, unsere Situation in der Gesellschaft und die Situation in uns selbst.

Es wird natürlich nur in den seltensten Fällen möglich sein, einen anderen Mann vom Aufstehen bis zum Einschlafen beobachten zu können, ohne als Voyeur gescholten zu werden, deshalb müssen durch Fragen die fehlenden Informationen ergänzt werden. Die Beschreibung „Ein Tag im Leben eines anderen Mannes" kann in Form von Interviews, Prosa, Lyrik, Kurzgeschichten oder Zeichnungen und Fotos gemacht werden. Eurer Kreativität sind da kaum Grenzen gesetzt, wobei nur darauf zu achten ist, daß die Beiträge nicht gar so lang ausufern.

Jetzt zu der Frage, warum ich nur Männer um Mitarbeit bitte und nicht die Frauen: Ich bin der Meinung, daß zwar viel über die Emanzipation der Frau in den letzten Jahren geredet und geschrieben wurde aber kaum über die des Mannes. Zum Beispiel haben sich bis jetzt recht wenig Männer Gedanken über die seelische Verkrüppelung des Mannes in unserer Patriarchaischen Gesellschaft gemacht und die Selbsterfahrungsgruppen der Männer sind erschreckend gering. Außerdem sind wir von dem berechtigten und vehementen Kampf der Frauen um ihre eigene Identität so paralysiert, daß wir uns selten in die Lage setzen, mal über unsere eigenen Probleme nachzudenken, ohne gleich auf dem ‚Egotrip' zu landen, oder die Frauen und Männer um uns herum zu unterdrücken. Es gilt Partnerschaft zu lernen und es wird hohe Zeit, daß wir Männer endlich uns und den Nebenmann wahrnehmen und begreifen, und nicht aus Angst und Trägheit nur die Frauen, von denen wir leider immer noch Demutsgesten erwarten.

Lasst uns durch die Spiralen unserer Hirne gehen, ohne von den gewundenen Layrinthen unserer Seelen selbstzerstörerisch besoffen zu werden. Wenn Ihr Lust habt mitzumachen, schreibt bitte. Liebe Grüße aus München.
P.S.: Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt!"

Kontakt: Gerd Wolter, Postfach 622,8000 München 1

VON DER RUSSELL-INITIATIVE IN MARBURG

MARBURG 25. Sept. Wie von Sekretariat und Beirat im Rundbrief angekündigt, sollte im Herbst eine von ihnen selbst einberufene bundesweite Konferenz der Unterstützungbewegung stattfinden. Die 1. Arbeitskonferenz der Unterstützungsbewegung (Frankfurt 24./25. Juni 1978) sah ebenfalls die Notwendigkeit dieser Herbstkonferenz, nicht zuletzt, um die in Frankfurt begonnene Diskussion weiterzuführen. Nachdem das Sekretariat inzwischen von der Durchführung einer Konferenz Abstand genommen hat, wird die Russell-Unterstützungsbewegung diese Herbstkonferenz in eigener Regie organisieren. Die bisherigen Treffen in Frankfurt und Marburg widerlegen durch die sachliche Atmosphäre und den hohen Grad an Solidarität die vom Sekretariat gehegte Befürchtung, eine solche Herbstkonferenz würde die unergiebigen Streitigkeiten der Anfangsphase der Russell—Bewegung wieder aufleben lassen. Das von der 1. Arbeitskonferenz beschlossene Vorbereitungstreffen einigte sich an diesem Wochenende einstimmig in Marburg, alle nach Köln zum 28./29 Oktober einzuladen. Im Gegensatz zur 1. Arbeitskonferenz wenden wir uns mit dieser Einladung auch speziell an die Mitglieder der Jury des Russell-Tribunals. Die Teilnehmer des Vorbereitungstreffens hier in Marburg sind einstimmig der Meinung, daß die Verbindung zwischen Unterstützungsbewegung und Jury-Mitgliedern neu zu regeln sei: wir wollen in direkten Kontakt mit den Jury-Mitgliedern treten. Für diese Entscheidung sind drei Gründe ausschlaggebend:

1. Wir kritisieren die Entscheidung der Jury am 1. Juli in Berlin, die Themen 'Haftbedingungen' und 'Gewerkschaftsausschlüsse' von der Behandlung auf der 2. Sitzungsperiode auszuschließen. Wir meinen, daß 'zeitliche Gründe' bei einer solchen politischen Entscheidung nicht als hauptausschlaggebend gelten dürfen.
2. Wir haben den Eindruck, daß die auf der 1. Bundeskonferenz der Unterstützungsbewegung (Frankfurt) anwesenden Initiativen gegenüber den Jury-Mitgliedern am 1. Juli in Berlin falsch dargestellt worden sind. Dies gilt sowohl in Hinblick auf die Repräsentativität als auch im Hinblick auf die Intentionen der Unterstützungsbewegung.
3. Wir haben den Eindruck, daß Material, das einzelne Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen zur Verfügung gestellt haben, nicht an die Jury weitergeleitet worden ist.

Aus diesen Gründen haben wir neben der Einladung an die Jury-Mitglieder zur 2. Bundeskonferenz folgendes beschlossen:

1. Wir bitten die Jury-Mitglieder, sich am Rahmenprogramm zur 2. Sitzungsperiode zu beteiligen, wo unter anderem Veranstaltungen zu den Themenkreisen 'Haftbedingungen' und 'Gewerkschaftsausschlüsse' stattfinden werden.
2. Wir empfehlen der Russell—Bewegung, sich mit Material, etc. direkt an die Jury-Mitglieder zu wenden. Es empfiehlt sich, eine Übersetzung/Kurzfassung des Textes/der Dokumentation/der Broschüren in englisch bzw. französisch mitzuschicken.

Für die Konferenz, die in voller Solidarität mit den Prinzipien der Russell-Foundation und den Gremien des Tribunals stattfinden soll, wurde folgender Tagesordnungsvorschlag ausgearbeitet:

TOP 1: Verhältnis und Haltung zu den Jury-Mitgliedern vom 1. Juli in Berlin
TOP 2: Vorgaben für die 2. Sitzungsperiode
TOP 3: Perspektiven einer allgemeinen Anti-Repressionsarbeit über das Tribunal hinaus
TOP 4: Finanzielles etc.

zu TOP 1: Zu den Jury-Beschlüssen hat die Frankfurter Initiative ein Papier ausgearbeitet, das in Frankfurt angefordert werden kann. Bitte Rückporto beilegen. Alle Initiativen werden gebeten, eigene Stellungnahmen vervielfältigt mitzubringen (150 - 200 Exemplare).

zu TOP 2: Der Punkt Vorgaben: umfaßt neben der inhaltlichen Gestaltung des Rahmenprogramms (zentral? / dezentral = vor Ort) und vorherigen (zentralen?) Veranstaltungsreihen auch die Frage: Welche 'Fälle' sollen auf der 2. Sitzungsperiode behandelt werden. Eine Vorschlagsliste ist dieser Einladung beigefügt

zu TOP 3: Nachdem es in Frankfurt nicht mehr zur Behandlung der 'Perspektiven' kam, liegen bis jetzt zwei Papiere vor. Zum einen das Protokoll der AG 3 in Frankfurt (wurde im Juli an alle Initiativen verschickt, kann in Marburg nachbestellt werden., Rückporto bitte nicht vergessen) und zum anderen das dieser Einladung beigefügte Ergebnisprotokoll der Vorbereitungskonferenz (Marburg, 9./10. September).

zu TOP 4: Die Frankfurter Konferenz hatte beschlossen, Wolfgang Bandemers Übersetzungsbüro in Bonn mit der Übersetzung unserer Beschlüsse zu beauftragen. Nur so schien es gewährleistet, daß die Ergebnisse der Konferenz bei der Jury-Sitzung eine Woche später in Berlin vorlagen. Das muß nun bezahlt werden. Da über die Rechnungshöhe noch keine Einigkeit besteht, wird jede Initiative gebeten, einen Beitrag von 30 bis 50 DM mitzubringen. Muß sein, leider.

Um in Zukunft den Jury-Mitgliedern kostenlose Übersetzungen zuschicken zu können, werden alle Initiativen gebeten, sich im eigenen Kreis und ein bißchen weiter nach kompetenten Zweisprachlern (dtsch-frz und dtsch-engl) umzusehen und deren Adressen mit nach Köln zu bringen."

Kontakt für das Kölner Treffen: Russell-Initiative, c/o Kurt Holl, Werderstr. 21, Tel.: 0221/523842.

ATEMBERAUBENDE HUMANITÄT AM ARBEITSPLATZ

HEIDELBERG 19. SEPTEMBER

„Liebe Leute vom ID, nach unseren Erfahrungen bei Teroson in Heidelberg hielten wir es für nötig, euch folgenden Artikel zu schicken. Wir hoffen, daß ihr ihn abdrucken könnt.

Teroson, Heidelberger Chemiefabrik mit 1.500 Beschäftigten und Tochtergesellschaft des amerikanischen Chemiekonzerns Grace „schafft humane Arbeitsplätze" (laut Betriebsratsstellvertreter, SPD-Mitglied). Über seine Erfahrungen mit der humanen Arbeitswelt kann F., der vorübergehend in der Abfüllerei für Sekundenkleber (Cyanacrylat) arbeitet, folgendes berichten: Zu Beginn zeigte er die in dieser Abteilung bei allen 14 Arbeitern und Aushilfskräften auftretenden Symptome wie Bindehautreizung, Schnupfen und starken Husten mit Auswurf. Nach zwei Wochen mußte F. wegen akuter Atemnot zu Betriebsarzt Dr. Waltz, der ihn erstmal zwei Stunden alleine auf einer Pritsche liegen ließ. Nach dieser erfolglosen Behandlung wurde F. ins Krankenhaus gebracht. 14 Tage später wurde er entlassen. Eine eindeutige Diagnose der Ärzte wurde nicht gegeben, angedeutet wurde, daß es sich um asthmatische Anfälle handele.

Abteilungsleiter Tomaschek, auf diesen Vorfall angesprochen, reagierte nervös: Die Cyan-Verbindung im Kleber sei völlig harmlos und unschädlich. Sein Kommentar zu F.: „Es kann sogar denkbar sein, daß er sein Asthma durch seine Tätigkeit hier entdeckt hat. Er kann jetzt sein ganzes Leben darauf einstellen." Weiterhin werden giftige Stoffe abgefüllt, die ständig auftretenden Symptome und Allergien werden als individuelle Anfälligkeiten abgetan.

Die Sicherheitsvorkehrungen sind völlig unzureichend, falls überhaupt vorhanden. Auf Fragen nach eventuellen Gefährdungen, z.B. bei defekten Anlagen, wird keine Auskunft mehr erteilt („no information").
Durch das System, Aushilfskräfte nur vier Wochen zu beschäftigen, wird erreicht, daß Langzeitwirkungen schwer nachgewiesen werden können. Die „humanen Arbeitsplätze" bleiben offensichtlich der oberen Chefetage vorbehalten."

BÄREN UND ESEL

Frankfurt September 78

Dies ist ein Leserbrief. Versteh ihn wer will, wie er will:

"Die politischen Hintergründe einer "Untersuchung" eines gewissen Dr. phil. Grossarth-Maticek nach Brehms-Tierleben – oder wie aus einem dicken Bären ein Esel wird:

Die Medizinische Fakultät Heidelberg hat im heißen Heidelberger Winter der Studentenrevolte 68/69 Arbeit und Politik in Sachen Krankheit durch Erlaß der Med.Fak. miteinander verklammert: Psychiatrie und Studentenärzte (inkl. sonstiger Hobby-Iatokraten) waren aufgefordert, ihr "Patientengut" auf Rebellen mit überhöhter Semesterzahl zu durchforsten. Die Rebellen waren unter dem Vorwand Krankheit zu denunzieren und dingfest zu machen, um sie in Irrenanstalten und Gefängnissen, auf jeden Fall aber von der Universtität verschwinden zu lassen.

Die Urheber mußten damals für's erste den Rückzug in Dementis antreten, als die Sache ruchbar und boykottiert wurde. "Untersuchung" insgesamt also total beknackter Quer- und Rückschläger in eigener iatrophiler Sache nach 10-jähriger Inkubationszeit! Das, und therapieresistente Verkalkung des Dr. phil. Grossarth-Maticek angesichts der Zusammenhänge von Personen, Sachen, Datum und Ort (erscheinungsmäßig mindestens schon seit 10 Jahren) zur Vorgeschichte.

Es waren nämlich ausgerechnet Patienten (!), die der umnachtete Dr. phil. verzweifelt und am Ende seiner Kräfte, um Schutz und Hilfe anging (das war '69), weil er sein Heil in der Flucht suchte – vielleicht vor seinen explorierten Hirngespinsten, die er heutzutage, medizynisch bejaucht, seinen Standes- und sonstigen Kollegen vor die Nase setzt.

Wie der Doktor in seiner damaligen Elendslage (s.o.) noch zu Frage-Antwort-Spielchen fähig gewesen sein soll – mal abgesehen davon, daß sich die SPK-Patienten sowohl zu den SPK-Zeiten (das Sozialistische Patientenkollektiv selbstorganisierte sich im Februar 70) als auch in ärztlicher Einzelhaft (insgesamt mehr als 22 Jahre) und hinterher erst recht gegen Iatrorassismus bestens in Krankheit gewappnet hatten (s. z.B. Dokumentationen SPK I, II, III) – wird höchstens plausibel, weil von dem Herrn frei flottierend erfunden. (Oder sollte man dem Doktor Rachegelüste an den zuhilfe gerufenen Patienten unterstellen? Der wäre nicht der erste, der dabei in den ureigenen Dreck gegriffen hätte).

Für die faulreife Leistung des Doktors ist angesichts der progredierenden Verkalkung samt Abfallprodukten gerade noch die nächste Verleihung des Dynamit-Nobelpreises anheim zu stellen."

gez. Elvira Hilbert, Ginnheimer Landtr. 40, 6 Frankfurt 90

JUNG–FASCHISTEN IM KINO

Frankfurt September 78

Frankfurter berichten von einem Kinobesuch

"120 Tage von Sodom. Pasolini. Ein Film, der unheimlich mit faschistischer Brutalität arbeitet. Während dem Vorfilm kommt eine Gruppe von 15 Leuten herein. Sie schreien rum, lachen, unterhalten sich laut, alles schön im Schutz der Kino-Dunkelheit. Wir denken ne Gruppe von Schülern, die sich besonders stark fühlen.

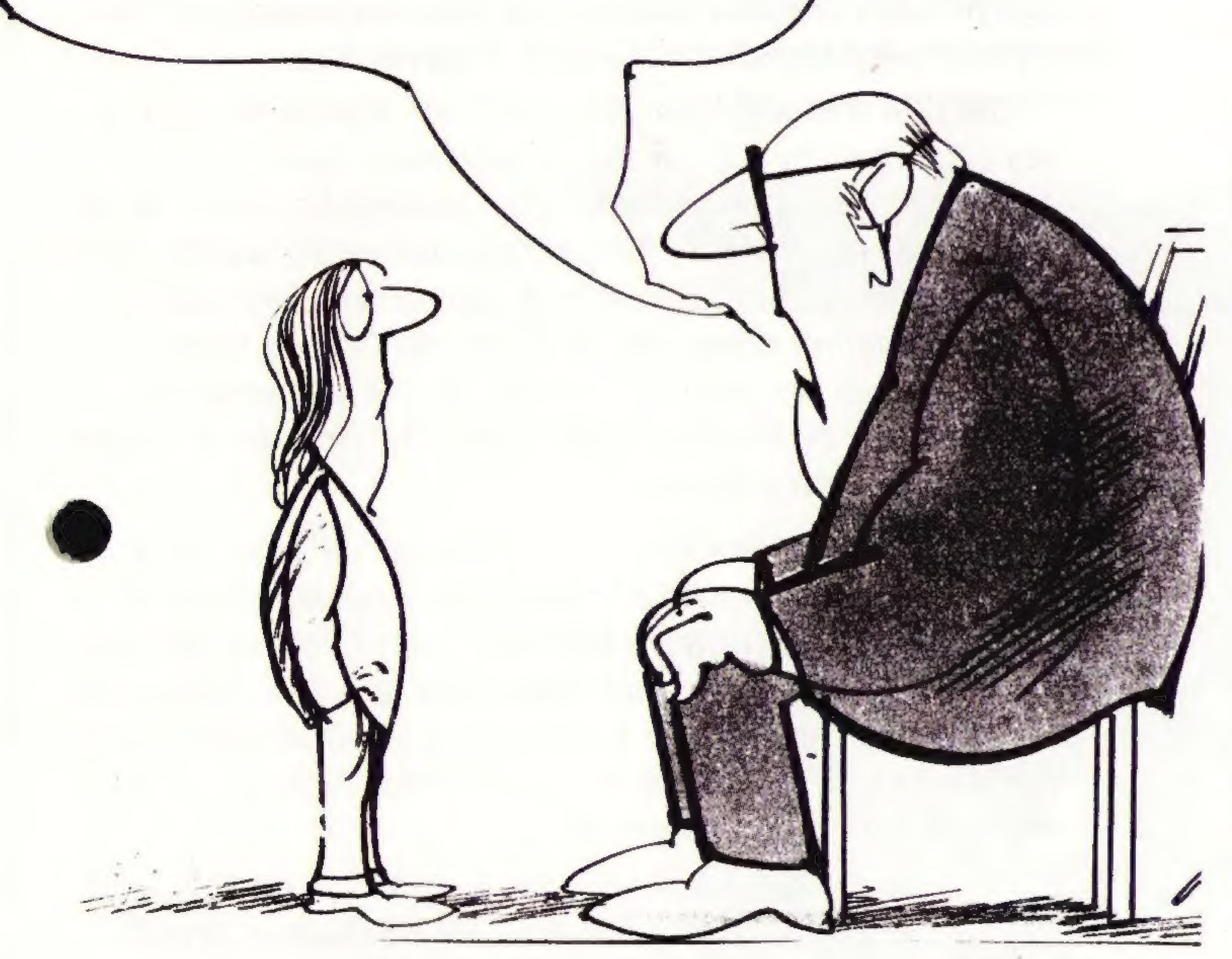
Als der Film anfängt, protestieren 'n paar Leute gegen das dauernde Gepöbel. H. macht mich auf das Abzeichen des einen aufmerksam: ne Abbildung von Großdeutschland, wie es auf der Landkarte aussah, die DDR und die polnischen Gebiete in jeweils anderen Farben, daneben die Fahne der US-Völkermörder und auf der anderen Seite das Schwarz/Rot/Gold ihrer deutschen Helfershelfer.

Unser Ruf: "Ehhjj, das sind Jung-Faschos" geht teils unter im Krach, teils folgt betretenes Schweigen. Dann läuft der Film. An Stellen, wo die Neo-Nazis durch faschistische Machtdemonstrationen ein Identifikationsangebot bekommen, folgt begeistertes Röhren und Gelächter.

Wir wollen jetzt nicht auf die 120 Tage von Sodom eingehen. Nur ne kurze Bemerkung: Pasolini nimmt eine Sex-und-Gewalt-Story, die ein Marquis de Sade 1804 in Frankreich geschrieben hat und transponiert sie in das faschistische Italien 1930. Das ist eine unheimlich gefährliche Scheiße, weil es die realen Gewaltverhältnisse im Faschismus verzerrt und in diesem Film durch die Verbindung Sex und Gewalt unterschwellig attraktiv macht – obwohl einem(r) dabei das Kotzen kommt.

Stellt euch das einmal real vor: Ein Film arbeitet mit faschistischen Inhalten und ein ganzes Kino-Publikum sitzt dabei, wie eine der Gewalt applaudierende Jung-Fascho-Meute rumschreit und kann nicht reagieren. Wir waren zu zweit drin, direkt neben uns saßen diese Drecksäcke und ich selbst hatte auch Angst, etwas gegen sie zu machen; ich hab nur ne Bierflasche umklammert und dachte, wenn sie jemanden anmachen, schlag ich sie einem in die Fresse.

Als im Juni im Strandcafe (Frankfurter Scene-Kaffee-Treff) Jungfaschisten eine Schlägerei provozieren wollten, konnte sich auch fast niemand dazu verhalten. Die Neo-Nazi Gruppen schießen wie Pilze aus dem Boden. Bei uns ist die Diskussion nach dem 17. Juni viel zu schnell wieder eingeschlafen. Wir sollten uns, wie in anderen Widerstandsbereichen in Gruppen überlegen, wie wir auf solche Situationen reagieren können und wie wir uns langfristig überhaupt auf die Gewalt der Rechten einstellen können."



„KEINE ALTEN RUTEN IN NEUEN BÜNDELN!"

Bünde, September 1978

Am Wochenende vom 16./17. September fand in Bünde (Ostwestfalen) der NPD-Parteitag Nordrheinwestfalen statt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte dagegen zu einer Großkundgebung am Sonntag, den 17.9., aufgerufen. Teilnehmer an dieser Großkundgebung haben ihre Erlebnisse aufgeschrieben:

"Als wir mit dem Auto in Bünde eintrafen, sahen wir uns am Ortseingang einem massiven Polizei- und Bundesgrenzschutzaufgebot gegenüber. Rund um den Schützenhof (Treffpunkt der Neo-Nazis) war ein ganzes Stadtviertel hermetisch abgeriegelt. Die Einfahrten der Straßen waren mit Absperrungen und Stacheldrahtverhauen gesichert und von Polizisten bewacht.

Zur DGB-Kundgebung waren rund 500 Antifaschisten gekommen. Viele türkische Kollegen, deren Rechte in der Bundesrepublik durch die rassistische Hetzpropaganda der NPD besonders bedroht werden („Türken raus!"). Als Redner der Gewerkschaft traten ein Bundestagsabgeordneter der SPD mit den üblichen Beschwichtigungsphrasen und ein Polizeigewerkschaftler auf (dessen Kollegen wenige Minuten später die Antifaschisten niederknüppelten).

Als Reaktion auf die demagogischen Reden der DGB-Bosse beschloß ein Großteil der Kundgebungsteilnehmer (ca. 400 von 500), ihren antifaschistischen Protest in einer spontanen Demonstration in Richtung Schützenhof zu zeigen.

Bereits an der zweiten Straßenecke fand ein Polizeiüberfall statt. Die Polizisten wollten den Demonstrationszug in zwei Teile spalten. Sie schlugen in geübter und bekannter Manier auf die demonstrierenden Antifaschisten ein. Rund ein Dutzend Antifaschisten wurde festgenommen. Hier wurde es wieder einmal klar, daß die Polizei nicht die Faschisten schützen, sondern die Antifaschisten überfallen und kriminalisieren wollte.

Nach dem Überfall versammelten wir uns auf der Straße und diskutierten unser weiteres Vorgehen. Es gab drei Möglichkeiten:

1. Weiterdemonstrieren bis zum Faschistentreff: Das war völlig aussichtslos, da es einem Spießrutenlauf ins „offene Messer" gleichgekommen wäre.

2. Durch die Innenstadt ziehen: Das hätte den Polizisten eine neue Chance zum Provozieren und Draufprügeln gegeben. Außerdem war es unsinnig, Sonntagnachmittag in einer leeren Einkaufspassage gegen weit entfernte Faschisten zu demonstrieren.

3. Stehenbleiben und die Freilassung der Festgenommenen fordern: Das schien uns am sinnvollsten, weil wir damit die Polizeiführung unter Druck setzen konnten. Wir blockierten einen Verkehrsknotenpunkt. Außerdem waren wir als geschlossene Gruppe nicht so gefährdet.

In der nächsten Stunde diskutierten wir weiter über unsere Vorgehensweise, blieben aber bei dem Entschluß, durch warten die Freilassung der festgenommenen Antifaschisten zu fordern. Außerdem sangen wir antifaschistische Lieder (die antifaschistische Kultur ist eine fast vergessene Sache). Nach diesen Stunden stellte sich heraus, daß die Polizeiführung die verhafteten Antifaschisten nicht herausgeben würde. Wir mußten aufgeben. Für diesmal. Auf dem Rückweg durch die Stadt wurde unsere Feststellung, daß es sich um eine Bürgerkriegsübung gegen uns handelte, bestätigt. Die Autokennzeichen der Polizeifahrzeuge umfaßten ganz Westfalen. An den Hauptstraßen waren Personenkontrollen aufgebaut. Es gab Hubschrauber und Stacheldrahtverhaue.

Unsre Einschätzung des Erlebten:

Wir hoffen, daß unsere Erfahrungen in anderen Gruppen diskutiert werden, da solche Vorfälle ja heutzutage keine Seltenheit sind:

1.) Was man immer wieder erlebt: Die NPD läßt sich von der Polizei ihre Arbeit gern abnehmen. Als Antifaschist sollte man sich deshalb nicht nur mit der NPD auseinandersetzen. Die Frage ist ja auch, ob für die Disziplinierung der Bevölkerung noch eine faschistische Massenpartei notwendig ist, oder ob nicht die Faschisierung über den Staat selbst laufen könnte. Über die Gesetze und die „Hüter" dieser Gesetze, Zeitungen usw.. Gefährlich ist bei dieser Sicht nämlich nicht die Kleinklekkerpartei NPD, sondern solche Parteien, die uns auf die „Grundwerte" des Staates verpflichten... Das heißt: Es reicht nicht aus,

sich auf die Kanzel zu stellen und „Seid wachsam" zu brüllen, oder mit einem Schild gegen die NPD zu protestieren. Denn in Bünde (und auch anderswo) konnte man die Erfahrung machen, daß Polizei und Gericht, Staat und Zeitung mit ihren Einsätzen die faschistische Propaganda garnieren. Diese Erfahrung spiegelt sich ja (mit Recht) in der Parole: Deutsche Polzisten schützen die Faschisten!

2.) Der DGB hielt eine Kundgebung ab, auf der er predigte, „wachsam" zu sein... usw. (Dinge, die eh fast jeder klar hatte, der auf der Kundgebung war). Es entstand eine Spaltung. Diejenigen, denen dies nicht genug war, sonderten sich ab, es bildete sich „spontan" eine Demo, deren Ziel es war, 1. zur NPD zu gehen um zu demonstrieren und 2. die Propaganda zu verhindern. Mir gehts hier jetzt um eines: die Spaltung. Auf der einen Seite reicht es nicht aus (nur) gegen die NPD zu predigen, in Kilometer Entfernung große Reden zu schwingen. Auf der anderen Seite ist es eine Illusion zu glauben, die Polizei ließe uns so einfach zur NPD marschieren.
Der Überfall der Polizei hätte vorausgesehen werden müssen. Es ist unverantwortlich, die eigenen Leute so zu verheizen. Fazit: Es ist notwendig, bei solchen Angelegenheiten die „Predigten" (z.B. DGB) auf die Zeit vor der NPD-Sache zu verlegen, oder aber nicht hinzugehen. Außerdem, bei Demos, wo mit Übergriffen gerechnet werden muß, sollte vorher über die Taktik gedacht und geredet werden!

3.) Die Demo nach der Kundgebung war „spontan" und vorhersehbar. Leider war der Wert dieser „Demo" unklar. Dieser Zug hatte als „Demonstration" durch die Stadt zur NPD oder zum Markt (wie einige Revis vorschlugen) wenig Sinn. Es waren kaum Leute in der Stadt. Es wäre eine „Demo" nach einer DGB-Demo gewesen. Der „Fortschritt" dieses Demozuges gegenüber der DGB-Kundgebung lag ja in der Entschlossenheit den Parteitag der Neonazis nicht zu dulden und dies auch zu zeigen. Diese Entschlossenheit war aber — im Hinblick auf die der Polizisten — viel zu gering. Da die Demo vorhersehbar war, hätte sie vorbereitet und vordiskutiert werden müssen.

4.) Nachdem die DGB-Kundgebung schon einmal stattgefunden und sich die Demo daraufhin gebildet hatte, nachdem sie überfallen worden war und Antifaschisten festgenommen waren, wäre es gut gewesen, wenn man nicht in endlose Diskussion verfallen wäre. Nicht allen Leuten war klar, daß das Ziel des Bulleneinsatzes die Kriminalisierung der Antifaschisten war. Jetzt noch weiter zu „demonstrieren", wäre unklug gewesen. Einmal hätte man die Befreiung der Gefangenen bewirken müssen. Das kann z.B. heißen, einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt zu besetzen oder zur Wache zu marschieren (nicht zum Markt), um Druck auszuüben. Oder man hätte — trotz alledem — zur NPD ziehen sollen, um zu zeigen, daß man sich durch solche Übergriffe nicht einschüchtern läßt. In Bünde war es sicherlich am klügsten und entsprach auch dem Diskussionsstand, daß man die Demo selbst aufgelöst hat. Es bestand für ein weiteres „Vorgehen" keine Einheit, und eine solche Situation ist nicht der Ort, um darüber zu diskutieren. Positiv war das Singen der Moorsoldaten als Zeichen einer eigenen antifaschistischen Kultur. Übt gemeinsam antifaschistische Lieder!

5.) Noch einmal hervorgehoben sei, daß sich in solchen Szenen wie in Bünde oder Mannheim nicht allein der antifaschistische Kampf entscheidet. Die Polizei war uns zahlenmäßig, taktisch und in ihren Mitteln überlegen. Wir waren zu „spontan", zu wenig ... Es ist deshalb wichtig, die alltägliche Diskussion, die regelmäßige und stetige politische Kleinarbeit möglichst hoch zu bewerten. Man sollte also eine Art „politische" Bewertung finden. Die Teilnahme an Protestkundgebungen gegen die NPD usw. ist zwar wichtig, aber reine Selbstbefriedigung, wenn man nicht versucht, ein antifaschistisches Bewußtsein zu schaffen... Dazu ist die „tägliche politische" Diskussion die eigentliche Arbeit! Deshalb organisiert euch in antifaschistischen Kreisen! Bildet antifaschistische Kreise, wenn es bei euch noch keine gibt!
Keinen Fußbreit den Faschisten und denen die sie unterstützen!

Einige Antifaschisten aus der Antifa Münster"

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 70 43 52
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

Abendgymnasium Frankfurt

„UND DIE SCHÜLER BLEIBEN HEITER, DENN DER SCHULKAMPF, DER GEHT WEITER!"

Frankfurt
28. September

Zum besseren Verständnis der folgenden Beschreibungen von Frankfurter Abendgymnasiasten über die Zustände in ihrer Schule zunächst eine Erklärung über die einigermaßen verworrenen Schulformen: Es gibt mittlerweile drei Schulen die 'Abendgymnasium' heißen, besser: der Unruheherd wurde dreigeteilt in -

1. Offiziell Abendgymnasium (AG) Nr. 1 genannt. Das ist das ursprüngliche AG an der Elisabethenschule (in den Räumen eines Tagesgymnasiums). Der Unterricht findet für die, die es noch geschafft haben, aufgenommen zu werden, nachmittags von zwei bis sieben statt. Seit einem Jahr gibt es einen Aufnahmestopp, das heißt, an der Schule befinden sich nur noch 2er und 3er Kurse. (Drei Kurse sollte es geben, wobei rückwärts gezählt wird, 3er sind die Anfänger und 1er die Abiturienten.).

2. Das AG Nr. 2. Das ist eine im Februar 78 installierte Schule, die nach Frankfurt-Griesheim ausgelagert wurde, an der nur abends unterrichtet wird, von Lehrern, die keine Erfahrungen mit Erwachsenenbildung haben. Der Schulleiter, Herr Preuß, ist ein besonderer Liebhaber der Polizei, von der er sich entsprechend gerne helfen läßt. Er geht dabei recht unkonventionell vor.

3. Die Vorkurse (also die Anfänger), die dann ans AG 2 geschickt werden sollen, sind in der Linnè-Schule in Frankfurt-Bornheim untergebracht, genau am entgegengesetzten Ende der Stadt, etwa eine Stunde Fahrt von den Schülern des AG 2 entfernt. Der Direktor Bombay hat, was die Ordnungshüter angeht, ähnliche Vorlieben wie der bereits genannte Herr Preuß.

Überprüfung und Schließung...

Am Abendgymansium 1 gibt es zwei Lehrer, die Herren Preißler und Blömker, die der Meinung sind, sie müßten die Schule retten. Zu diesem Zweck lancieren sie schon seit Anfang des Jahres ständig Berichte in der Presse, in denen einzelne Lehrer angegriffen werden (z.B.: Der X ist KBW-Mitglied), die Schule als fest in der Hand einer Aktionseinheit zwischen KBW-Leu-

ten und „antiautoritären Spontis" dargestellt wird und von RZ-(Revolutionäre Zellen) Flugblättern die Rede ist, die am Abendgymnasium kursieren sollen. Dem Regierungspräsidium, dem Kultusministerium, dem Frankfurter Stadtschulamt und der CDU kamen diese beiden Lehrer gerade recht, nur auf deren Aussage stützen sie ihre Angriffe gegen die Schule. Erfolg: Seit einem Jahr Aufnahmestop bei uns, wir haben die siebte kommissarische Schulleitung innerhalb eines halben Jahres, Lehrer sind versetzt worden, andere haben mit Disziplinarverfahren zu rechnen und vieles mehr.

Preißler und Blömker sind Anfang der Woche beurlaubt worden, nachdem einer der schlimmsten Berichte in der FAZ erschien. Man fürchtete um ihre Sicherheit. Die Schüler des AG haben den Beiden mittlerweile Hausverbot erteilt und es bereits einmal ausgeführt, deshalb werden die Beiden jetzt mit Polizeischutz in der Schule erscheinen. Wenn wir dann unser Hausverbot durchsetzen, oder sonstwie nicht für einen störungsfreien Ablauf des Unterrichts sorgen, will Kultusminister Krollmann die Schule zeitweise schließen. Schuldezernent Mihm dagegen hat für diesen Fall einen Polizeieinsatz an der Schule angekündigt.

Außerdem werden wir demnächst unter ständiger Kontrolle des Stadtschulamtes unseren Unterricht abhalten dürfen. Das wurde unseren Lehrern angekündigt, als sie am Mittwoch zu einer Dienstbesprechung ins Stadtschulamt beordert wurden. Konkret heißt das, daß sogenannte „Fachberater" am Unterricht, an Fach- und Gesamtkonferenzen teilnehmen werden. Auf diese Weise sollen wir beraten werden, da die Vorwürfe der Herren Preißler und Blömker ja in unser aller Interesse aus der Welt geschafft werden müssen und in unser aller Interesse wieder ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb geschaffen werden muß! So etwas, wie die beiden letzten Abiturprüfungen am AG (massive Überprüfungen, Nachkorrekturen, willkürliches Herabsetzen der Noten usw.) soll dadurch auch verhindert werden. Die Überprüfung wird also an den Vornoten zum Abitur ansetzen, das heißt wir werden monatelang „Berater" im Unterricht sitzen haben, die Notizen machen, sich in die Notengebung und die Form des Unterrichts einmischen.

Die Polizei in der Schule und vor der Schule und wieder in der Schule....

Ein Großteil der Schüler des AG 2 ist, nach Einsichtnahme in diesen unzumutbaren Betrieb, postwendend zu uns (ans AG 1) gekommen. Dort war mittlerweile den Lehrern per Erlaß verboten worden, diese Schüler zu unterrichten. Wir mußten also alternativen Unterricht organisieren. Die AG 2er — wir reden nur so, um einen AG-Fremden nicht völlig konfus zu machen, ansonsten sind wir der Meinung, daß wir diese offiziellen Bezeichnungen nicht benutzen sollten! — haben dann Briefe bekommen, daß sie sofort am Unterricht teilnehmen sollen, sonst würden sie nicht mehr als Schüler dieser Schule angesehen. Daraufhin zogen sie an die Griesheimer Schule, um dort eine Vollversammlung, auch mit den wenigen Leuten, die dort trotz allem Unterricht angenommen hatten, durchzuführen. Diese Versammlung mußte dann im Flur stattfinden mangels geeigneter Räumlichkeiten. Kurz darauf erschien der Direktor und forderte die Schüler auf, in irgendeinen Raum zu gehen, denn dort könnte man dann ungestört weiter debattieren. Um die Lehrer nicht ständig als Mithörer bei wichtigen Diskussionen dabeizuhaben, sind dann alle dahinein gegangen. Herr Preuß (Direktor) erschien wieder und forderte dazu auf, entweder sofort den Unterricht aufzunehmen, oder das Haus zu verlassen. Bei Zuwiderhandlungen müßte er leider von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Das tat er dann auch, die Polizei räumte, 17 Leute wurden verhaftet. Diese 17 waren dann zwei Stunden später wieder draußen.

Am nächsten Tag spielte sich etwa das Gleiche ab, Aufforderung am Unterricht teilzunehmen, Polizei räumt, diesmal keine Verhaftungen. Am nächsten Tag zur Abwechslung was ganz anderes: Die Polizei steht schon vor der Schule, Preuß mit einer



Am 28.9. kamen die beiden unbeliebten Lehrer mit Polizeischutz (in zivil) in die Schule und wurden von den Schülern gebührend empfangen: mit Sprechchören, Spruchbändern und Konfetti. (Foto: Moskito)

Liste in der Hand läßt die Leute einzeln hinein: Namen sagen und abhaken. Nachdem zwanzig Leute drin sind, bekommen sie die Anweisung, sich in Raum 114 zu begeben, die nächsten zwanzig Schüler bekommen die Anweisung, sich in Raum 115 zu begeben. Als sich alle Schüler, die drinnen waren, weigerten, in irgendwelche Räume zu gehen, ließ die Polizei niemanden mehr hinein. Dann haben halt die Leute drinnen gesagt: In Ordnung, sie gehen in die Räume. Sind aber dann alle in einen Raum gegangen. Wieder die bekannten Diskussionen mit dem Schulleiter: Eine Vollversammlung sei nicht genehmigt usw.. Dann haben sich zehn Schüler gefunden, die einen offenen Brief an den Wallmann geschrieben haben (Frankfurts OB), der Rest hat sich derweil nochmal die Lehrer angeschaut. So etwa: „Na, mach mal, wer bist du denn, was hältst du denn davon". Dann wieder alle zusammen, Brief diskutieren. –
Es war schon ein Erfolgserlebnis, daß auch dieser massive Polizeieinsatz nicht dazu geführt hat, daß dieser Schulbetrieb geregelt verlaufen konnte.

Mittlerweile haben die AG 2er einen zweiten Brief erhalten, in dem sie aufgefordert werden, ab 3.10.78 regelmäßig zum Unterricht zu erscheinen, sonst würden sie von der Schule fliegen. Vollversammlungen und ähnliches können nur nach vorheriger Genehmigung, unter Vorlage einer Tagesordnung durchgeführt werden, die Zivilen sitzen jetzt schon in der Bibliothek: Allzeit bereit! Diskussionsstand: Die einzige Chance noch ein bißchen Bewegungsfreiheit und Aktionsraum zu haben, ist ein sofortiger Streik aller dreigeteilter Abendgymansiasten.

Hausverbot und Gesichtskontrolle

Nachdem in alter Tradition die 3er Kurse vom AG 2, die Vorkursbetreuung der Kurse an der Linné-Schule , begonnen haben, wurde den Betreuern aus Griesheim Hausverbot erteilt. Es gab daraufhin einige kleinere Scharmützel: Schüler des AG 1 und AG 2 sind einfach in die Klassen gegangen, daraufhin haben die Lehrer sich geweigert oder verboten bekommen, Unterricht zu erteilen, wenn „schulfremde" Personen im Unterricht sitzen. Also auch hier alternativer Unterricht. Dann erschien (am Abend der Räumung von Griesheim) die Polizei, als in Griesheim noch weit und breit keine Uniform zu sehen war und riegelte die Schule ab. Direktor Bombay ließ die Leute einzeln erst nach Gesichts- und Namenskontrolle hinein. Seither stehen, soweit bekannt, die Herren in Uniform jeden Abend vor der Schule herum und fotografieren alle, die vorbeikommen.

MARKT DER JUGENDSELBSTHILFE

HEIDELBERG/KÖLN
27. September 1978

Vom 9. bis 11. November 1978 findet in Köln der 6. Deutsche Jugendhilfetag statt. Zahlreiche Jugendzentren haben sich entschlossen, zu diesem Anlaß einen MARKT DER JUGENDSELBSTHILFE zu organisieren. Dazu schreiben sie weiter:

„Aufgerufen sind alle selbstverwalteten Jugendzentren, Initiativgruppen für selbstverwaltete JZ, alle Zentren, Projekte und Initiativgruppen, die Jugendarbeit mit dem politischen Anspruch der Selbstorganisation der Betroffenen machen, aus der gesamten Bundesrepublik und Westberlin.
Wir wollen dort:

- zeigen, daß es uns gibt
- uns kennenlernen
- die dortige Öffentlichkeit nutzen, um auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen
- mit interessierten Besuchern (Sozialarbeiter, Bevölkerung ...) diskutieren
- gegen jugend- und selbstverwaltungsfeindliche Bestimmungen im vorgesehenen Jugendhilfegesetz, in Ländergesetzen und kommunalen Jugendplänen protestieren.

Ablauf der Gegenmesse:

ab Mittwoch nachmittag: **Treffpunkt Stand 50, Halle 4**

Donnerstag, 9.11., 9 bis 20 Uhr, Freitag, 10.11., 9 bis 20 Uhr und Samstag, 11.11., 9 bis 15 Uhr: **Markt der Jugendselbsthilfe am Stand 50**

Samstag, 11.11., 10 bis 13 Uhr: **Veranstaltung 'Zur Situation der selbstverwalteten Jugendzentren in der BRD und Westberlin (Großer Auensaal)**

Danach Abbau der Gegenmesse.

Abends: **Fete unter uns**

Ort (und Unterkunft während der ganzen Zeit): ein Zentrum in Köln (muß noch organisiert werden). Schüler können schulfrei beantragen.

Wer mitmachen will, wende sich an:

Dieter Poschen, Dachverband Heidelberg, Postfach 104520, 69 Heidelberg 1, Tel.: 06221 / 31 225."

HAUSBESETZUNG IN HANNOVER

HANNOVER
20. September 1978

Von der „Initiative zur Rettung und Erhaltung von billigem Wohnraum Inirer" erhielten wir ein Flugblatt, das zur Hausbesetzung des Hauses in der Stärkestraße Nr. 20 am 9.9.78 gemacht wurde. Daraus hier einige Teile:

„Das Haus gehört der Stadt; diese läßt es seit ca. einem halben Jahr leerstehen und verfallen. Die Stadt führt als Begründung an, daß sie auf dem durch den Abriß entstehenden Freiraum einen (nullachtfünfzehn-) „Spielplatz" schaffen will, der von den Kindern dann eh nur sehr selten in Beschlag genommen werden wird,da alle diese städtisch-staatlichen „Spiel"plätze nicht sehr fantasievoll, dafür aber mit sehr viel Plastik und Beton angelegt werden und wurden. In einigen Jahren dann, wenn um den „Spiel"platz noch mehr Freiraum geschaffen worden ist, wird dieser einem grauen Betonklotz weichen müssen, wie schon so oft geschehen in anderen Fällen. Außerdem soll dies erst um 1980 geschehen, bis dahin steht das Haus leer. Andererseits liegt Gelände brach, das sich hervorragend als (Abenteuer-) Spielplatz eignet.

Leider war zum momentanen Stand der Hausbesetzung aus Hannover nur zu erfahren, daß seit einiger Zeit mit der Räumung gerechnet werden muß; im Haus selbst ist es anscheinend sehr still geworden. Es sollen sich nur noch wenige Menschen drin aufhalten, was wohl auch ein Ausdruck der geringen Unterstützung der Hausbesetzer durch andere ist.

EIN FEST – VON UNS. ÜBER UNS, FÜR UNS

Bochum
20.9.78

Liebe Leute,
Anfang des Sommers haben ein paar Leute aus verschiedenen Anti-AKW-Gruppen die Initiative für ein großes Rhein-Ruhrgebietsfest ergriffen. Wir haben in zwei Rundbriefen kurz dargestellt, was wir für dieses Fest vorschlagen und haben zu Treffen eingeladen, auf denen das gemeinsame Fest diskutiert werden sollte. Die Reaktion war nicht gerade umwerfend gewesen. Ein Teil der Initiativen erklärte sich für zu schlaff oder z.Z. arbeitsunfähig, bei einem anderen Teil setzte sich die Angst durch, wir seien Parteigänger, die mal wieder andere Initiativen vor ihren Karren spannen wollen. Die Vertreter der an-

wesenden Initiativen (Moers, Waltrop, Essen, . . .) haben dann, gerade angesichts der desolaten Lage der Initiativen und der aktuellen Situation v.a. in Waltrop, in Köln-Langel und an der holländischen Grenz beschlossen, die Fest-Idee weiter zu verfolgen. Es soll in der Gesamtschule Bochum, Marktstraße, am 8. Oktober stattfinden.

WARUM WOLLEN UND BRAUCHEN WIR DAS FEST ?

Wir halten solch ein Fest nicht einfach für lustig oder schön, wir denken, daß ein Zusammentreffen aller Ruhrgebietsinitiativen, nicht nur aus der Anti-AKW-Szene, unbedingt notwendig ist, daß es sehr gefährlich ist, wenn Kommunikation unter uns schlecht oder gar nicht läuft, weil so einer nach dem anderen von uns kaputt gehen kann, ohne daß die anderen Initiativen, die für denselben Raum arbeiten, es merken müssen. Es darf einfach nicht passieren, daß man über den 'Informations-Dienst' oder sonstige Zeitungen erst im Nachhinein hört, wenn hier im Ruhrgebiet eine Aktion gelaufen ist oder etwas passiert ist. Das Energiezentrum in den Rieselfeldern oder in Köln, die Lagerungsprobleme an der holländischen Grenze oder die DüBoDo–Autobahn sind keine örtlich begrenzten Probleme. Sie betreffen ziemlich direkt uns alle im Rehin-Ruhr-Gebiet. Wir meinen, daß es gerade auch an der mangelnden Kooperation liegt, daß sich Gruppen oder Parteien in Nordrhein–Westfalen konstituieren können, die der Öffentlichkeit den Eindruck vermeitteln, sie wären die alleinigen Vertreter aller Umweltschützer, ohne daß sie die Meinung der arbeitenden Gruppen und Personen mit einbeziehen.

Leute, diskutiert und macht mit. Wenn ihr wollt, kommt von uns, also der Vorbereitungstruppe, gern noch jemand bei euch vorbei.

Kontakt: Renate Zeihe, Brassertstr. 27, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/ 78 71 18



JUGENDZENTREN–REGIONALZUSAMMENSCHLUSS

LAHN-GIESSEN
26. September 1978

Der Arbeitskreis der Jugendzentren im Lahn-Dill-Kreis schreibt:

„Wir sind ein Regionalzusammenschluß von ca. 40 Jugendzentren und Initiativgruppen im Lahn-Dill-Kreis. Wir haben uns im Herbst 1976 zusammengetan, um uns gegenseitig zu unterstützen, Erfahrungen auszutauschen, Veranstaltungen zu organisieren und bedrohten Jugendzentren zu helfen. Wir geben einen Rundbrief heraus, um den Informationsfluß untereinander zu verbessern. Wir treffen uns circa alle sechs Wochen jeweils in einem anderen Jugendzentrum zur Planung, Diskussion, Fete usw..

Neben gemeinsamen Ferienfreizeiten, Berlin–Fahrten, Wochenendseminaren, Flohmärkten, Veranstaltungen usw. planen wir auch für dieses Jahr unsere größte Veranstaltung, unser Jugendzentrumsfestival in Laubach. Wir wollen in unregelmäßigen Abständen Arbeitsmaterialien für die Jugendzentren herausgeben. Diese Arbeitsmaterialien sollen jeweils zu einem Thema von möglichst vielen Leuten zusammengestellt werden.
Arbeitsmaterialien Nr. 1 – Thema: Filme im Jugendzentrum
Arbeitsmaterialien Nr. 2 – Thema: Bildungsurlaub. Wir suchen noch Materialien zu den Themen: Hausordnung, Satzungen, Nutzungsverträge sowie Arbeitsgruppen im Jugendzentrum."

Kontakt: Arbeitskreis der JZ, Postfach 110128, Lahn-Giessen.

Die ehrenwerte BRD
MIT STAATLICHER GEWALT GEGEN DIE SATIRE

Schwalbach
24.9.78

Im Januar 1978 haben zwei Studenten ein satirisches Flugblatt verteilt, in dem sie die Mitbürgerinnen und Mitbürger auffordern, verfassungsunfreundliche Bücher bei der Polizei abzuliefern. Am 9.10.78 beabsichtigt der Rechtsstaat daher ein Verfahren gegen die beiden zu führen, weil die beiden wider besseres Wissens gehandelt hätten, unwahre Tatsachen behauptet hätten und so andere verächtlich gemacht hätten. Hier das Flugblatt:

In einer Dokumentation erläutern die beiden, warum sie die Satire gemacht haben. Sie erinnern an den Deutschen Herbst von 1977, an abgesetzte Filme, Amtsenthebungen von ASten und Professoren und reaktionäre Pläne und Realitäten aller Art.

"Diese Situation: Denunzierung jeder Kritik als Sympathisantentum mit dem Terrorismus, Ruf nach der Todesstrafe, Austrocknen des Sumpfes an den Hochschulen und anderswo, die vielen – angeblich– dem Kampf gegen den Terrorismus dienenden Maßnahmen, schließlich als Tiefpunkt das Kontaktsperregesetz . . . . . gerade diese Situation erforderte und erfordert Widerstand. Mit unserem Flugblatt wollten wir Anstoß zu diesem Widerstand geben; und zwar einen Anstoß durch das Mittel der SATIRE; eine Satire, die betroffen machen sollte; zum Nachdenken anregen sollte; woraus schließlich eventuell Widerstand erwachsen würde.

Eine Satire erschien uns aus folgendem Grund in der geschilderten Situation als richtiges Mittel: eine Aktion im üblichen Rahmen – z.B. Flugblätter gegen das Kontaktsperregesetz am Bahnhof verteilen – wäre bei der aufgehetzten Stimmung von vorneherein zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen (ob sie das nicht immer ist, ist zu bedenken). In einer Stimmung, in der es möglich ist, daß die Männer von der GSG 9 als "unsere Helden" gefeiert werden, in der die Toten von Stammheim sofort in alllen Medien unwidersprochen als Selbstmörder bezeichnet wurden – in einer solchen Stimmung dringt wohl, wenn überhaupt etwas, nur noch eine Satire bis zum Denken der Leute vor.

Deshalb haben wir eine Satire gemacht und verteilt. Das war für uns eine berechtigte Notwehrhandlung gegen das "Deutschland im Herbst", das einen weiteren Schritt zum totalitären Staat hin zurückgekommen war.

Wir hatten also aus den genannten Gründen beschlossen, diese Satire zu machen und unter die Leute zu bringen. Am Abend des 24. Januar 1978 haben wir dann die Flugblätter in Mainz in Briefkästen gesteckt. Dabei hatten wir Pech.

Ein eifriger Mainzer Bürger fand abends das Flugblatt in seinem Briefkasten und informierte sofort die Polizei. Zwei Streifenwagen haben uns dann auch gegen 22 Uhr geschnappt und auf die Wache mitgenommen. Dort haben sie uns zwei Stunden lang festgehalten, ohne etwas zu erfahren. Sie haben auch noch vergeblich ein Auto durchsucht und noch eins, das uns gar nicht gehörte."

Für den Prozeß haben die Angeklagten Sachverständige zum Thema Satire eingeladen. Unter anderen haben sich bisher Gerhard Zwerenz, Dieter Hildebrandt, Luise Rinser und durch deren Vermittlung auch Heinrich Böll bereit erklärt, das Flugblatt als Satire zu bezeichnen. Ort und Zeit der Gerichtshandlung : 9. Oktober 78, Amtsgericht Mainz, 8.30 Uhr, Kaiser-Friedrich-Str. 4, Raum 113.

Kontakt: Michael Scheer, Damaschkestr. 69, 6231 Schwalbach–Limes; Tel.: 06106/ 12 42

DER KAMPF GEHT WEITER!

Ein Bericht der ständigen Korrespondenten von der Bad Schussenrieder Basis:

BAD SCHUSSENRIED, 20. September — Unser Zelt-Fest (vom 5.-8.10.) mußten wir absagen, wie Ihr im vorletzten ID schon lesen konntet. Uns stinkt das unheimlich, weil wir schon jede Menge Vorbereitungszeit investiert hatten, der geplante herbstliche Höhepunkt im Kampf um die Wiedereröffnung eines selbstverwalteten JUZE in die Hosen ging und wir viele liebe Freunde aus der ganzen BRD, die kommen wollten, nicht treffen können. Das Fest hätte gigantische Ausmaße angenommen. Es ist zum Heulen, wenn wir nur dran denken.

Doch resignieren tun wir nicht, obwohl wir sogar schon größte Schwierigkeiten haben, für ein Veranstaltungsprogramm im Winterhalbjahr in unserer Kleinstadt geeignete Räume zu bekommen. Die Stadthalle kriegen wir z.B. nicht, weil das JUZE "durchaus rechtswidrig zu handeln bereit" sei, wie das trotz städtischen Verbots durchgeführte Kurpark-Happening am 3. September gezeigt habe. (vgl. ID Nr. 246). Das attestierte uns Bürgermeister Kohler mit Schreiben vom 15. September.

Auch die Absage des Zelt-Festes geht ja überwiegend auf Kohlers Kappe, weil die Stadt uns mit fadenscheinigen Gründen die Durchführung dieser Veranstaltung auf dem nagelneuen und bestens geeigneten städtischen Festplatz untersagte.

Wir schwören aber alle oberschwäbischen Sumpfeide darauf, daß die Schussenrieder JUZE-Bewegung viele Leben hat, nicht auszurotten ist und den 2. Mai 1978, den Tag der Schließung des selbstverwalteten JUZE, durch geeignete Mittel immer wieder in Erinnerung rufen wird.

MIT PHANTASIE GEGEN REPRESSION!

Kontakt: Selbstverw. JUZE, 7953 Bad Schussenried, (Kommt bei uns garantiert an!)

VOM "KONSPI"—DRUCKER ZUM ECHTEN DRUCKER

BAD SCHUSSENRIED, 18. September 1978 — *Heute wollen wir Euch mal das Geschichtschen erzählen, wie der "Konspi"-Drucker des MOTZER plötzlich zum echten Drucker wurde. Die Story wird exklusiv im ID publiziert, weil wir sie mit Rücksicht auf einen gewissen Herrn Abt im MOTZER nicht veröffentlichen wollen, was Ihr nach der Lektüre hoffentlich versteht!*

Angefangen hat alles im November 1977, als wir eine Druckere für unsere im deutschen Herbst zu "repressiver Publizität" gekommene Publikation suchten. Die Druckerei Abt in Bad Schussenried, die einzige am Ort, erklärte sich dazu bereit. Im Impressum des MOTZER durfte sie aber nicht erscheinen, weil sich der Druckereibesitzer um seinen größten Auftrag sorgte: er druckt nämlich auch den wöchentlich erscheinenden "Schussenbote", das amtliche Hofblatt der Stadtverwaltung.

Also legten wir uns auf Abt's Anregung hin einen "Konspi"—Drucker für's Impressum zu. Er heißt Maier, betreibt nebenher eine Ein-Mann-Druckerei und weiß natürlich von der Konspiration.

Fast 10 Monate lang lief alles ganz reibungslos, zu Abt's und unserer größten Zufriedenheit. Doch vor etwa 4 Wochen schwante uns erstmals Böses. Bei unserem "Konspi"-Drucker Maier tauchten plötzlich die Bullen auf, und zwar ganz hinterfotzig (=Hinterlistig!). Sie sprachen ihn nämlich nicht selbst an, sondern erkundigten sich bei seinem Arbeitgeber im Nachbarstädtchen Bad Buchenau nach Maier's politischer Gesinnung ("Gehört er einer politischen Organisation an? ") und warum er den MOTZER drucke. Maiers Chef konnte offensichtlich aber keine Auskunft geben, worauf sie sich wieder verzogen.

Unser echter Drucker Abt, ein dynamischer junger Mittelständler und Kegelbruder des Schussenrieder Bürgermeisters Hubert Kohler, bekam's jetzt natürlich ein bißchen mit der Angst. Er deutete an, daß ihm ein MOTZER-bedingter Polizeibesuch in seiner seriösen Druckerei gar nicht lieb wäre. Doch wir konnten ihn beruhigen, weil ja — zumindest offiziell — derzeit nicht gegen uns ermittelt wird und die Bullen bei ihm überhaupt nichts zu suchen hätten, weil unser Impressum ja in Ordnung und der Drucker deshalb nicht so ohne weiteres belangbar sei.

Daraufhin stimmte er sogar unserer Einschätzung zu, daß der Bullenbesuch bei "Konspi"Drucker Maier nur dazu gedient habe, den vermeintlichen MOTZER-Drucker einzuschüchtern und damit die Druckmöglichkeit für unser ungeliebtes Organ auszuschalten. Ja, er brachte sogar die Druckmaschinenbeschlagnahmung bei FANTASIA in Stuttgart, die er im MOTZER verfolgt hatte, ins Gespräch und sprach von einer "großen Sauerei", was uns natürlich freute.

Doch wir fanden ihn ohnehin ganz in Ordnung.Er war immer kulant, relativ preisgünstig, pünktlich und arbeitete auch technisch sauber. Doch schließlich hat er von uns auch immer pünktlich sein Geld bekommen, bisher etwa 8.000 DM.
Es wurde — natürlich — auf ein Konto überwiesen, das auf den Namen unseres "Konspi"—Drucker's lautet. Selbst die Rechnungsformulare waren konspirativ.

Doch am vorletzten Wochenende brach unsere "Konspi"—Idylle dann endgültig zusammen. Der echte Drucker Abt wurde von seinem Kegelbruder, Bürgermeister Kohler, und einem anderen guten Kunden seiner Druckerei, einem Schussenrieder Kindermodenfabrikanten namens Woelfel, den wir im 9. und 12. MOTZER wegen seiner üblen Praktiken bei der Durchsetzung eines Baugesuchs scharf attackiert hatten, angeschossen. Irgendwie war jetzt doch was durchgesickert. Kohler kam mehr auf die ruhige Tour: er wundere sich, daß Abt ein solches "Pamphlet" drucke. Woelfel dagegen scheint sogar mit der Aufkündigung seiner Druckaufträge gedroht zu haben, wenn Abt den MOTZER weiterhin drucke.

Angesichts dieser massiven Drohungen wurde Abt dann doch schwach. Nicht die Angst vor den Bullen, sondern der repressive Kleinstadt-Filz hatte das geschafft. Doch bis zum Schluß blieb Abt seriös. Er sprach mit unserem "Konspi"-Drucker Maier, ob er nicht ab sofort den MOTZER drucken könne. Und der sagte ohne Zögern zu.
Und damit ist jetzt wohl allen klar, daß der MOTZER künftig keinen "Konspi"-Drucker mehr hat, sondern einen echten ehemaligen "Konspi"-Drucker.

Dieser Herr Maier (Mitvierziger) scheint übrigens ein recht lieber Mensch zu sein. Denn als wir ihn gestern erstmals mit den Druckunterlagen für den 28. MOTZER besuchten, hat er uns gleich einen günstigeren Preis wie Abt eingeräumt. Die Bullen können bei ihm vor 4 Wochen wohl keinen guten Eindruck hinterlassen haben.

DAS WAR WIEDER MAL EINE WAHRE GESCHICHTE, WIE SIE NUR IN DER PROVINZ SPIELEN KANN.

Erzählt hat sie der

MOTZER, W.-Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried.

NEUES RADIOÖKOLOGISCHES GUTACHTEN ZUM KKW WYHL

Heidelberg 25.9.78 *Vom Tutorium Umweltschutz:*

"Das Tutorium Umweltschutz an der Universität Heidelberg legte ein neues radioökologisches Gutachten zum Kernkraftwerk Wyhl vor. In diesem Gutachten werden die bisher vorliegenden offiziellen Gutachten, die im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit und der Bayerischen Biologischen Versuchsanstalt angefertigt waren, überprüft.

Dabei stellte sich heraus, daß diese Gutachten zahlreiche systematische Fehler enthalten, die alle zu einer Unterschätzung der Strahlenbelastung bei Normalbetrieb eines Kernkraftwerks führen. Dieses Gutachten ist deshlab so wichtig, weil diese Fehler auf Empfehlungen der Strahlenschutzkommission zur Berechnung der Strahlenbelastung beim Normalbetrieb von Kernkraftwerken zurückgehen, die im Laufe der nächsten Monate vom Bundesinnenministerium in einer Rechtsverordnung festgeschrieben werden sollen. Einzelheiten zu diesen Vorgängen sind in dem Gutachten des Tutoriums Umweltschutz zusammengefaßt. Das Gutachten wurde von 27 Naturwissenschaftlern der Universität Heidelberg aus den Bereichen Biologie, Physik, Chemie, Medizin, Tiermedizin, Mathematik, Technik, Landwirtschaft und Jura erstellt.

Es kommt zu dem Ergebnis, daß bei Normalbetrieb des Kernkraftwerkes Wyhl eine Strahlenbelastung von 940 millirem pro Jahr für den Ganzkörper und 5800 millirem pro Jahr für Knochen zu erwarten wären. Die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung liegen bei 30 millirem bzw. 180 millirem pro Jahr.

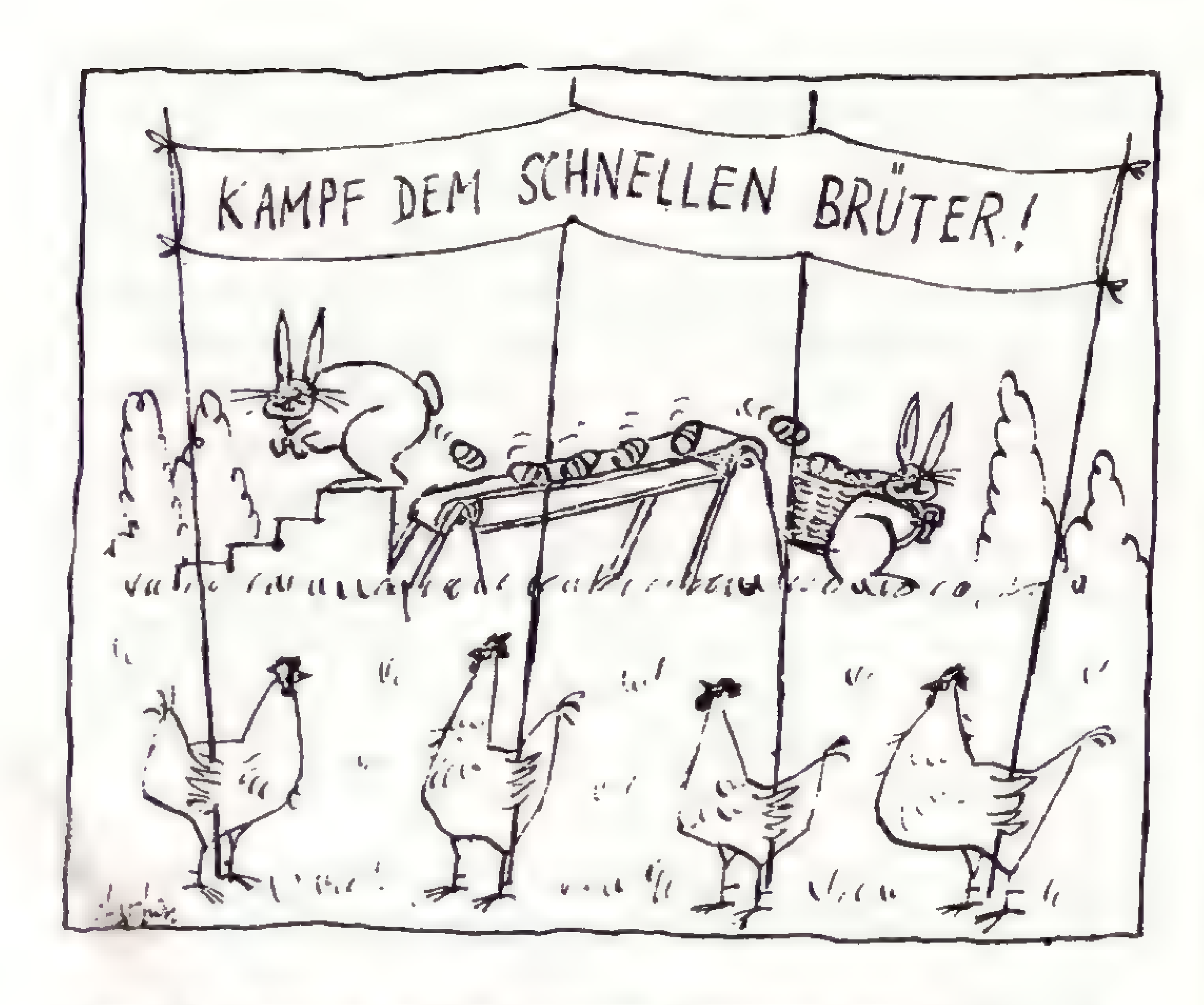
Interessierte können das Gutachten anfordern unter Voreinsendung von DM 20.- bei: **Tutorium Umweltschutz an der Universität Heidelberg, Postfach 10 56 61, 6900 Heidelberg"**

ZEUGEN FÜR ZWEI KALKAR–DEMONSTRANTEN GESUCHT

Köln 19.9.78 *Aus Köln erhielten wir das folgende Flugblatt:*

"Zwei Motorradfahrer aus Köln waren zwei von den über 50.000 Menschen, die am 24.9.77 in Kalkar gegen den Bau des Schnellen Brüters (Atomkraftwerk) demonstrierten. Auf allen Straßen, Zu- und Abfahrtswegen, Autobahnen, Grenzübergängen, Waldpfaden waren Polizeisperren errichtet. Ziel solcher Sperren wie auch das der unzähligen anderen Polizeiaktionen, das Auffahren von Panzern (mit Kanonen!), Auslegen von Nagelteppichen, Überfall auf einen fahrenden Zug auf freier Strecke, wahllose Verhaftungen und 'Terrorismusverdacht', war es, den ständig anwachsenden Strom der Demonstranten auseinanderzureißen. Mit im Anschlag erhobenen, teilweise entsicherten Maschinenpistolen wurden Demonstranten bis zu 10 Mal auf ihrem Anreiseweg 'kontrolliert', so auch in Kerken-Rahm auf der B 9, ca. 30 km vor Kalkar, wo der Verkehr vollends zusammengebrochen war. Die beiden Motorradfahrer gaben in dieser chaotischen Situation Anweisungen, den Demonstrationszug wieder aufzuschließen und regelten den Verkehr.

Zwei zivile Polizisten, die sich unbemerkt in den Demonstrationszug einschlichen, glauben nun, aus den Anweisungen des Sozius 'Aufforderungen zur Gewalt' herausgehört zu haben.



Am 11. Oktober soll in Geldern, (Amtsgericht, Saal 1, um 14.45 Uhr) der Prozeß stattfinden. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt (Aufforderung zu Straftaten) und Landfriedensbruch. Wer sich mit uns solidarisieren und gegen diese unverschämten Strafanzeigen wehren will, kann uns in vielfältigster Weise helfen. Wir brauchen Geld, Öffentlichkeit und Zeugen.

Weitere Informationen, u.a. Dokumentationen des Ermittlungsausschuß NRW zu Kalkar, Solidaritätsbriefmarken bei den örtlichen Bürgerinitiativen oder der **KÖLNER BÜRGER–INITIATIVE GEGEN ATOM–ANLAGEN, KKW–NEIN, Unterstützungsbüro Glasstraße 80, 5 Köln 30, Treff jeden Montag ab 19 Uhr; Tel. 0221/ 52 05 79; Spendenkonto: W. Wetzel, Kreissparkasse Köln, Nr.: 1137 0096 56.**

WIDERSTAND GEGEN DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

Saarbrücken 24.9.78 *Von der Saarbrücker Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke kommt der folgende Beitrag zum Widerstand gegen die Wiederaufberietungsanlage in Gorleben. Siehe zu diesem Thema auch ID 246.*

Liebe Freundinnen und Freunde, entschuldigt bitte, daß wir erst so spät Antwort auf euer Schreiben geben, daß ihr immerhin schon im Juli weggeschickt habt. In der Sommerpause wäre es politisch verantwortungslos gewesen, mit eingeschränkter Mitgliederzahl ein so wichtiges Konzept zu verabschieden. Wir haben deshalb gewartet, bis genügend Leute wieder eingetroffen waren. Wir haben in der Bürgerinitiative folgenden Beschluß gefaßt:

1. Alle geplanten Aktionen, insbesondere die zentrale europäische Demonstration, sollte von den Organisatoren als GEWALTFREI angekündigt werden (mit großer Mehrheit angenommen)
2. Das Drei-Phasen-Projekt wird grundsätzlich befürwortet (Einstimmig angenommen)
3. Der Ort für die zentrale europäische Kundgebung sollte HANNOVER sein. (mit großer Mehrheit angenommen)

Begründung: Wir sollten den Polizei- und Bundesgrenzschutzkräften nicht den Vorwand bieten, daß es die Bürgerinitiativen sind, die die "Krieg um Gorleben" — verstanden als militärische Auseinandersetzung — vorbereiten. Es sollte so klargestellt werden, von wem die Gewalt ausgeht. Wenn diese Frage nicht von vorneherein klargestellt ist, so werden viele Mitbürger, die an einer friedlichen Massenkundgebung — die nichtsdestotrotz in ihren Aussagen entschieden sein soll — teilnehmen wollen, erst gar nicht zur Demonstration kommen.

Die Demonstrationen im Jahr 1977 haben gezeigt, daß noch weitere Bevölkerungskreise aktiv werden müssen, als dies in Brokdorf, Grohnde, Malville, Kalkar der Fall war, soll die Wiederaufbereitungsanlage niemals Wirklichkeit werden. Wir meinen hier besonders die Gewerkschaften und die Basis der SPD. Wenn diese Kreise gewonnen werden können, kann und wird sich das politische Klima so ändern, daß der Bau einer WAA unmöglich gemacht wird. Wenn die Gewaltfrage seitens der Bürgerinitiative unklar bleibt, so wird niemand von den genannten Kreisen den Weg zur zentralen Demonstration finden.

Zu 3: Wir sind für Hannover, weil das Gebiet um Lüchow aus geographischen Gründen nur schwer zu erreichen ist und die Anfahrt, sollte die Polizei und der BGS wiederum den Bürgerkrieg wie in Kalkar proben, erschwert wird. Außerdem sitzen in Hannover die Drahtzieher des ganzen Unternehmens WAA, so daß Hannover alle Kriterien erfüllt, um dort zu demonstrieren."

Kontakt: Saarbrücker Bürgerinitiative gegen AKWs, c/o Karl Bruch, Alte Bergstr. 12, 6600 Saarbrücken.

BÜRGERINITIATIVEN–TREFFEN IN HESSEN

Gießen   *An alle Anti-AKW- und Umweltschutzgruppen*
September   *in Hessen!*

Die Regionalkonferenz der nordhessischen Bürgerinitiativen hat auf ihrer Sitzung am 9.9. in Borken beschlossen, ein Treffen aller hessischen Bürgerinitiativen zu initiieren. Wegen notwendiger Aktionen zu Gorleben wurde eine gesamthessische Koordination im allgemeinen für sinnvoll gehalten. Außerdem hält die Regionalkonferenz gemeinsame Beratungen wegen der drohenden Ereignisse in Borken und Biblis für nützlich.

Deshalb sind alle Bürgerinitiativen eingeladen am 21.10.78 um 11 Uhr in das Haus der Evangelischen Studentengemeinde, Henselstr. 7 in Gießen zu kommen. Vorschläge zur Tagesordnung: 1. Gorleben; 2. Biblis; 3. Borken.

Da dieses das erste gemeinsame Treffen sien wird, sollte die Tagesordnung erst in Gießen genauer inhaltlich bestimmt werden. Wer zu diesen Problemen Diskussionsvorschläge oder Materialien hat, die alle interessieren, soll diese bis zum 4.10. einschicken; sie werden dann noch weiterversandt. Wegbeschreibung: Vom Gießener Ring die Abfahrt Schiffenberger Tal, bis zur Bahnschranke, dahinter links und sofort wieder rechts in die Goethestr. An der nächsten Ecke ist es dann schon!

Kontakt: Anti-AKW-Gruppe Gießen, Uschi Roos, Bleichstr. 24 6300 Gießen, Tel.: 0641/74 275





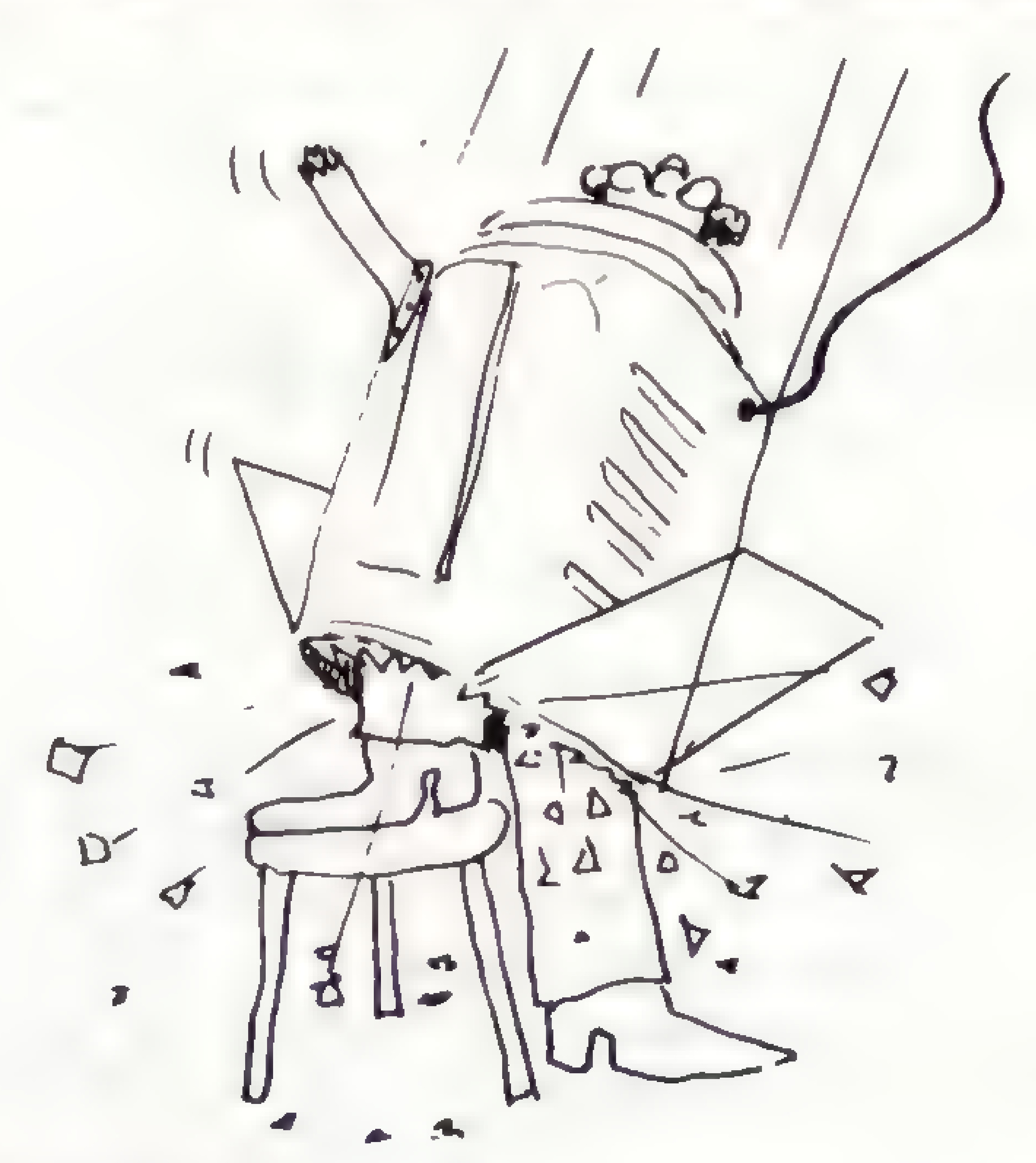
EIN PAAR GEDANKEN ZU GORLEBEN

OFFENBACH   *Von der Bürgerinitiative gegen Atom-*
22. September 1978   *kraftwerke in Offenbach:*

„Wir haben uns zur Gorleben-Problematik ein paar Gedanken gemacht. Die Wiederaufbereitungsanlage (WAA), die in Gorleben gebaut werden soll, ist ein entscheidender Teil des Atomprogramms der BRD. Wenn die WAA erst steht, dürfte weiterer Widerstand gegen das Atomprogramm kaum noch möglich sein. Die WAA ist eine tödliche Bedrohung; sie darf daher unter keinen Umständen gebaut werden.

Im Widerstand gegen die WAA Gorleben gilt es nun die Mittel einzusetzen, die am besten geeignet sind, das Atomprogramm zu Fall zu bringen. Daher ist es vor allem notwendig, die WAA-Problematik der Bevölkerung als Bedrohung bewußt zu machen.

Wir sind mit der terminlichen Planung, die der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz vorschlägt, einverstanden. Unsere Meinung zur ersten Stufe von dezentralen Aktionen



überall im Lande ist:

Wir dürfen nicht bis zum Tage X, dem Beginn der Bohrung, warten. Unsere Aufklärungsarbeit muß sofort beginnen, d.h. breite Diskussionen zum Thema Gorleben in den Bürgerinitiativen, Info -Stände. Wichtig wäre es, zentrales Material zu Gorleben zu erstellen, um endlich kleineren Bürgerinitiativen, die in Gegenden arbeiten, wo die Bewegung noch nicht so stark ist, Material an die Hand zu geben, mit dem zu der WAA-Problematik auch unter der dortigen Bevölkerung mobilisiert werden kann.

Die erste Widerstandsphase sollte bundesweit mit einem Plakat eingeleitet werden. Das Plakat soll gegen die WAA mobilisieren. Das Plakat soll während der gesamten Aktion verwendet werden; zweckmäßig wäre es deshalb,auf dem Plakat Freiräume zu lassen, um dort noch handschriftliche Mitteilungen einfügen zu können.

Zweite Phase: Regionale Widerstandsaktionen. Anstatt wie üblich in unserer hessischen Region in Biblis auf Wiesen, vor Mauern und Stacheldraht zu demonstrieren, haben wir Offenbacher uns was ausgedacht. Unsere Idee geht dahin, hier in Offenbach, wo die KWU (Kraftwerksunion – ein Zusammenschluß mehrerer Großbetriebe zur Planung von KKW's) eine riesige in einem Glashaus untergebrachte Verwaltungsstelle hat, eine regionale Widerstandsaktion durchzuführen. Vorteile einer solchen Aktion wären: Frankfurt mit seinem Mobilisationspotential liegt vor der Tür. Mit einer Demo in einer größeren Stadt erreichen wir eine größere Öffentlichkeit. Angereist werden kann mit Bahn, Bus, Straßenbahn, Fahrrad. Dadurch wird es den Bullen schwergemacht, uns daran zu hindern, unser Recht,gegen die WAA zu demonstrieren, wahrzunehmen. Unterbringung und Verpflegung wären leicht sicherzustellen (*was ?*). Außerdem würde eine Kundgebung hier, vor der KWU, die richtige Adresse erreichen, da dort die Manager sitzen und die einmal direkt mit der Anti-AKW-Bewegung konfrontiert werden würden; was bei einer Demo in der Pampa nicht der Fall ist.
Die dritte Phase: Zentrale Aktion: Nach unserer Einschätzung wäre es aufgrund der geographischen Lage der vorgesehenen WAA, in Gorleben, nicht ratsam, dort eine Großaktion durchzuführen. Nach unserer Einschätzung würde die Bevölkerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Großaktion mit eventuellen militanten Ausschreitungen nicht mittragen. In Hannover eine zentrale Aktion durchzuführen, scheint uns im Moment sinnvoller.

Wir rufen zu friedlichen Aktionen auf, sollte Gewalt gegen uns angewandt werden, werden wir Widerstand leisten."

WELTWEITER ENERGIE INFORMATIONSDIENST

AACHEN
September 78

Norbert Bambach, der für den Weltweiten Energie Informationsdienst (WISE) die Kontaktadresse in der BRD hat, fand kürzlich morgens in seinem Briefkasten einen anonymen Brief mit dem folgenden Text: Esenshamm explodiert... Nitroglyzerin im Beton von Reaktorkern... Hitze=Knall... [Er] schreibt zu dem Brief und als Information zu WISE:

„Zu dem Brief kann ich wenig sagen, er klingt bißchen unglaubwürdig, mehr nach nem Ausflipp auf die Genehmigung zum Betrieb von Esenshamm letzte Woche. Da war ich auch ganz schön sauer drüber, vor allem, als die in der Tagesschau so richtig stolz von ihrem neuen Strom-Tod-Erzeuger berichteten.

Deswegen lieber ein paar Worte zu WISE (Weltweiter Energie Informationsdienst). Den gibt es jetzt seit Anfang des Jahres - und wir sind immer noch dabei, ihn zum Laufen zu bringen. Bisher haben wir alle unsere Kräfte gebraucht, um die Idee bekannt zu machen (die 2. Ausgabe wurde in drei Sprachen und mit einer Gesamtauflage von 23.000 so ziemlich über die ganze Welt verteilt). Jetzt wollen wir mit der eigentlichen Arbeit anfangen.

Darunter verstehen wir: Die Verbreitung und Vermittlung von Informationen; die Beschaffung von Informationen, die von Gruppen für ihre Arbeit gegen die Atomenergie und für eine alternative (Energie)Zukunft gebraucht werden.

Dabei wollen wir keineswegs eine Art Informationsmonopol aufbauen, sondern vornehmlich Querverbindungen zwischen arbeitenden Gruppen vermitteln. Inzwischen arbeiten drei Leute in unserem Büro in Amsterdam und ersaufen fast in der Papierflut. Natürlich gibt es ne Menge Probleme. Eines ist davon, daß wir zu wenig Geld haben und noch Geldgeber und Mitglieder suchen, ein anderes ist, daß gerade in Deutschland der Informationsfluß das reinste Chaos ist und Mitglieder hier erst noch eine Struktur reinbringen müssen, bevor ein Informationsaustausch funktionieren kann.

Das in aller Kürze.

Wer noch ein Exemplar unserer letzten Ausgabe haben will (ab jetzt werden die Hefte nur an Abonnenten verschickt, Jahres-Abo 12 Mark), soll an

WISE, c/o Norbert Bambach, Thomashofstr. 19, 51 Aachen,

schreiben. Die Adresse vom Büro ist:

WISE, 2.e. Weteringplantsoen 9, Amsterdam, Niederlande, Tel.: 0031 20221369

WAS GESCHIEHT DEM AKW BEIM BEIM ERDBEBEN?

WAGHÄUSEL
24. Sept.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Waghäusel/Philippsburg stellt in einer Pressemitteilung Fragen zur Erdbebensicherung der AKWs. Wir zitieren aus der Mitteilung.

"Die Lokalpresse erwähnte, daß durch das Erdbeben vom 3.9. in Baden-Württemberg keine Schäden an AKWs entstanden seien. In diesem Zusammenhang hält es die Bürgerinitiative für wichtig, die Bevölkerung darüber zu unterrichten, daß die Erschütterungen auch am AKW Philippsburg registriert wurden; nach Einschätzung des Abteilungsleiters für Umweltschutz im Bundesinnenministerium, Peter Menke-Glückert, es keine absolute Sicherheit gegen Schäden an Nuklearanlagen gibt und daß daher auch das Rheintal bei Erdbeben durch AKWs gefährdet ist.

Die Bürgerinitiative ist daher der Meinung, das Bundesinnenministerium müsse von den baden-württembergischen AKWs den Nachweis verlangen, daß durch das Beben keine Schäden entstanden sind."

Außerdem nimmt die Bürgerinitiative noch Stellung zur Baugenehmigung für das AKW Philippsburg.

"... In der Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichtes ist nach Auffassung der Bürgerinitiative besonders erwähnenswert und zu kritisieren, daß das 'öffentliche Interesse' an einer Sicherstellung der Stromversorgung das Interesse der Antragsteller an einer Einstellung der Bauarbeiten überwiegt. Das Urteil steht im Widerspruch zu einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes, nach dem das Schutzinteresse vorrangig ist."

Kontakt: Bürgerinitiative Umweltschutz Philippsburg-Waghäusel,Ostendstr. 2; 6833 Waghäusel

MASSENSELBSTANZEIGE – JA ODER NEIN

Hannover
19. 9. 78

Wir veröffentlichen hier einen Brief von Jo Jordan, der schon älteren Datums ist. Jo Jordan hat sich als Reaktion auf die Urteile in den Prozessen gegen Teilnehmer an der Grohnde-Demonstration selbst angezeigt.

"Am 10./11.6 anläßlich des Hannoveraner Arbeitstreffs tagte auch eine Arbeitsgruppe "Selbstanzeigen". Ergebnis: wir sind für eine Grohnde-Massenselbstanzeige unter den gegebenen, verantwortungsbewußten Umständen, nicht zuletzt, weil dies die letzte Hoffnung der ohne Bewährung Verknackten sein dürfte.

Die Ermittlungsausschüsse der Bürgerinitiativen haben diese Leute aufgegeben: "In der Revision siegt man nur, wenn man dem Gericht einen Formfehler nachweisen kann, der darüber hinaus an dem — ungerechten — Urteil mitschuldig ist. Die Beweisaufnahme wird nicht neu aufgenommen. " und: "Die Bewegung muß lernen, mit Einzelverurteilungen zu leben, sich durch diese nicht entmutigen zu lassen . . . Ich akzeptiere, daß einige verurteilt werden; ich akzeptiere nur nicht das warum: das ist der kleine Unterschied."

Da hilft also offensichtlich nur noch politisch-moralischer Druck (wenn überhaupt). Diesen könnte eine richtig angelegte Massenselbstanzeige — zum richtigen Zeitpunkt, unter den richtigen Begleitumständen — wohl als einzige noch bringen, nachdem die dazwischengestreuten, milderen Urteile (mit Bewährung; Freispruch) sogar unsere Öffentlichkeitsarbeit gegen die "politischen" Urteile in Verdacht bringen: ahnt denn das Volk, daß die Beweise auch in den hart beurteilten Fällen fehlen? Wie sollen wir dem Volk beweisen, daß es wirklich nur um eine Bekenntnisfrage geht, nämlich um das knallharte 'Bis-zum-Schluß-Aufzeigen' des VERBRECHENS DER ATOM—MAFIA und der Unausweichlichkeit der Gewalt, die uns eben diese Mafia durch 'Unter-den-Tisch-Fegen' sämtlicher gewaltloser Widerstandsformen aufzwingt?

Gesammelt werden zunächst 2000 Bereitschaftsunterschriften, die gebündelt beim Notar hinterlegt werden. Früher vorgeprescht würde allenfalls nach vorheriger Vollversammlung der Bereitwilligen; eine solche ist auch zuständig für die Entscheidung über Zeitpunkt und Begleitumstände.

Den bisherigen Urteilsverkündungen folgend, denen die Tat egal war — die Anwesenheit in Grohnde zählte und das Bekenntnis zur in diesem Kampf notwendigen Gewalt: wobei das Gericht auf einem Auge blind war, nämlich da, wo es ging um Atomenergie-Grundgesetzwidrigkeit, oder um unser, des Volkes, Widerstands- und Notwehrrecht — bezieht sich das Bereitschaftsformular nur auf die Anwesenheit und die prinzipielle Bejahung von Schienenbesetzung und Zaunarbeit in diesem Kampf. (Ich hoffe, daß in der Endfassung der Selbstanzeige die ja nicht zufällig "Selbstanzeige" und nicht "Selbstanklage" heißt, noch ein zünftiger Schuß Anklage sowohl gegen das Atomenergie-Verbrechen als auch gegen die in Atomsachen erfolgende Rechtsprechung, insbesondere Grohnde-Rechtsprechung dabei sein wird!) (— Außerdem wird bei der Abfassung des Endtextes aufzupassen sein, daß dieser mit Sicherheit niemanden zu der Einstellung bringt "die lieben Selbstanzeiger — die bösen Angeklagten".)

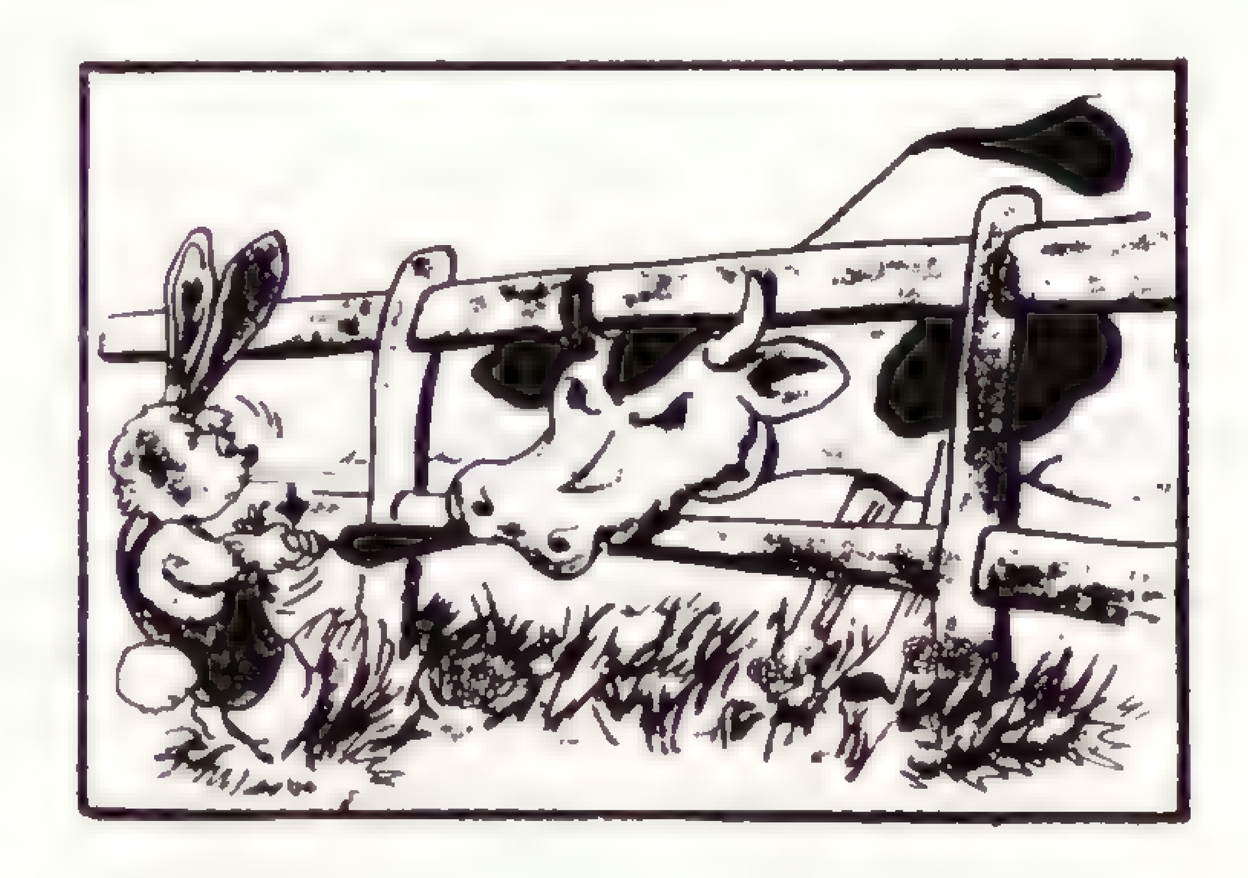
Hoffentlich ist hiermit klar, daß mein bisheriges Abraten von Selbstanzeigen zu Grohnde kein absolutes war. Ich wollte lediglich weitere E i n z e l—Selbstanzeigen in dieser Sache verhindern, deren Gefährlichkeit (?) und Sinnlosigkeit (siehe Prozeßverläufe) erwiesen scheint. Solange nur Einzelne darüber nachdachten, m u ß t e ich zurückblocken! (Aber inzwischen ist das Nachdenken ein bundesweites: von Hannover bis Aachen, von Hamburg über Frankfurt und Bremen bis zum Kaiserstuhl. Da mußte man den Versuch freigeben; freilich nur in verantwortungsbewußte Hände; denn wir müssen uns hüten, daß wir am Schluß statt z.B. 8 dann 508 oder 1008 Grohnde-Leute im Gefängnis haben. Ich habe mich aber überzeugen können, daß dies verantwortungsvolle Hände sind . . .)

Ob es den gewünschten Erfolg haben wird, kann freilich auch ich nicht versprechen; nur, es ist die letzte Hoffnung für die 4 ohne Bewährung.

Daß ich nun nicht das erste Urteil geworden bin, habt ihr gesehen. Dank euch(?) nicht zu beweisen, aber sicher auch nicht auszuschließen! Jedenfalls möchte ich mich sehr bedanken für die vielen Solidaritätsbriefe (kopienmäßig 70, darunter ein bis zur Existenzgefährdung mutiger, aber sehr berechtigter einer beamteten Ärztin aus Berlin!). Ich bin euch sehr dankbar, daß die Umfunktionierung eines Aktes der Solidarität in einen Akt der Nichtsolidarität erfolgreich vereitelt worden ist; nur dieses hätte ich nicht zu ertragen vermocht, zu sitzen für den gerechten Kampf wäre allenfalls eine Ehre, und gegen Isolationsfolter bin ich gefeit durch Mystik; leider ist dies nicht jeder! Übrigens haben die Staatsmänner Algeriens z.B. so ihr Staatshandwerk sogar lernen können, man hat viel Zeit zum Lesen!)

Aber noch ist nicht mal klar, was sie wollen: wir stecken noch im Ermittlungsstadium: seit der Aussageverweigerung/ Verschiebungsantrag am 10.3. nahmen wir Stellung zum Aktenteil, der uns zur Einsicht überlassen wurde (Selbstanzeige plus deren ID-Veröffentlichung, der jeder Angeklagtenakte beiliegende Polizeibericht über wie die Gesamtschlacht angeblich gewesen ist, Anfrage ob vorbestraft und beim Verfassungsschutz). Im Büro genießt man sogar bei Befürwortern einen gewissen Achtungserfolg ("steht wenigstens dazu"), und es ist höchst konkrete Unterstützung "während" und auch "danach" vorgesehen.

Gegen die Prozesse kämpfe ich nicht mehr seit der Selbstanzeige: Prozeßanwesenheit (soweit finanziell und beruflich möglich), Zeugenaussage, Sichbelesen, Wandzeitungen-Theater—Übersetzen und, nicht zu vergessen: „Kampf bis zum Sieg"; beinahe hätte ich den Termin für die Stellungnahme zur Akte vershcwitzt! Insofern glaube ich kaum, daß der in Hannover gelegentlich geäußerte Verdacht, Selbstanzeigler würden nur an Selbstanzeigler denken, irgendjemanden trifft.
Kontakt: Prozeßgruppe Jo Jordan, Feldstr. 44, 2000 Hamburg 6.



INTERNATIONALES ANTI-AKW-FEST

WIEN
September 78

Die ‚Arena' lebt wieder. Sie hat sich im Inlandsschlachthof im Stadtteil St. Marx in Wien eingenistet. Von Sommer bis Herbst 1976 hatten die ‚Arena'-Leute daselbst für 101 Tage den benachbarten Auslandsschlachthof als befreites Gebiet besetzt (in Wien das größte Ereignis seit dem Aufmarsch der Türken 1683). Damals wurde die ‚Arena' nach langem Widerstand mit großem Aufwand zerstört.

Die ‚Arena' ruft alle europäischen Atomgegner — sie können auch außereuropäisch sein, wenn sie wollen — vom 26.Oktober bis 5.November zu einem Anti-AtomDorf auf. Übernachtungsmöglichkeiten gibt es, Schlafsäcke müssen mitgebracht werden. Ebenso dringend werden alle die gebraucht, die schon vorher bei den Vorbereitungsarbeiten helfen können (gesucht werden auch Künstler, die während des Festes Kunst machen). Anlaß des Anti-Atom-Dorfes: Am 5.November findet in Österreich eine Volksabstimmung statt — für oder gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf. Das wird Auswirkungen auf alle europäischen AKW-Länder haben.

Kontakt: ‚Arena', St.Marx,Verlängerte Baumgasse 77
A-1030 Wien; Tel. 0043222 / 736295
c/o Max Watts

„DEN LANDFRIEDEN HABEN DIE GELDSÄCKE GEBROCHEN"

— Zwölf Artikel gegen die Teststrecke —

SCHWABHAUSEN 20.September *Seit neun Monaten kämpfen die Bürger von Schwabhausen (Main-Tauber-Kreis) und Umgebung gegen die Errichtung einer Teststrecke der Daimler-Benz-Werke, die 4,5 Kilometer lang und 1,5 Kilometer breit werden, 750 Hektar vom besten Land verschlingen, dafür aber nur 150 Arbeitsplätze bringen soll.*

Die Interessengemeinschaft gegen die Daimler-Benz-Teststrecke hat eine 12 Artikel umfassende Erklärung gemacht und sie am 16.September auf der strukturpolitischen Landeskonferenz der SPD im Main-Tauber-Kreis verteilt.

Wir veröffentlichen die Erklärung, die sich an die 12 Artikel aus dem Bauernkrieg 1525 anlehnten, leicht gekürzt.

12 ARTIKEL ZU SCHWABHAUSEN

1. Der Main-Tauber-Kreis ist einer der benachteiligsten Kreise des ganzen Landes Baden-Württemberg. Die schlechte Wirtschaftsstruktur, das Fehlen von qualifizierten Arbeitsplätzen und die starke Bevölkerungsabwanderung haben zu einer katastrophalen Entwicklung geführt, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. Dieser strukturpolitisch schlechte Zustand des Kreises kann aber kein Alibi dafür sein, jede Form der Industrie hierherzuholen, sofern sie nur das Versprechen äußert, einige Arbeitsplätze für den strukturschwachen Kreis zu schaffen.

2. Das Interesse des Daimler-Benz-Konzerns ist es nicht, das strukturschwache Land durch die Schaffung von Arbeitsplätzen nach Vorne zu bringen. Das Interesse des Daimler-Benz-Konzerns ist es, das verkehrsgünstig-gelegene (Autobahnanschluß) Teststrecken-Gelände zu erwerben, um dort ungestört und ohne Industriespionage Modelle testen zu können. Daimler-Benz suchte diesen Landstrich aus, weil die relativ ebene Landschaft der Erstellung einer Teststrecke entgegenkommt und weil der Konzern gerade in dieser ländlichen Abgeschiedenheit die Chance sieht, dieses Gelände hermetisch abzuriegeln, um hinter Sichtblenden, aufgeschütteten Erddämmen und gut bewachten Zäunen die Tests durchführen zu können, gegen die dann jeder Einspruch machtlos ist. Daimler-Benz braucht diese Teststrecke nicht; die betroffenen Landwirte aber brauchen dieses Land, denn dieses Land ist für sie nicht nur ein Standort, sondern ihre berufliche Existenz und ihre Garantie weiterhin an diesem Ort leben zu können.

3. Die durch die Daimler-Benz-Teststrecke betroffene Bevölkerung hat das Recht, über die Entscheidung, dieses Land an den Konzern zu verkaufen, informiert zu werden. Dieses Recht wurde durch die verantwortlichen Politiker gebrochen und eine Zusage zu diesem Großprojekt ohne Zustimmung der Betroffenen über ihre Köpfe hinweg gemacht. Die Konzerninteressen wurden höher bewertet als das Recht der Bevölkerung, nicht von diesem Land vertrieben zu werden. Mit dieser Politik gegen die Interessen der Bevölkerung im ländlichen Raum schafft man nur eines: Rebellen. Und Schwabhausen ist ein Beispiel dafür.

4. Die Auseinandersetzung um die Daimler-Benz-Teststrecke ist nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen den betroffenen Landwirten und Grundstückseigentümern und Daimler-Benz, sondern in diesem Konflikt wird über die Zukunft des ländlichen Raumes mitentschieden:
Wird es noch mehr solche Beispiele geben, in denen so viel Land und landwirtschaftliche Arbeitsplätze vernichtet werden, um dafür lächerliche 150 — und dazu noch unqualifiziertere — Arbeisplätze zu bekommen?

5. Die Bevölkerung des ländlichen Raumes hat nicht nur — trotz der fehlenden Arbeitsplätze — das Recht, gegen den Ausverkauf des Landes für nur wenige und zur Förderung der ländlichen Region untaugliche Arbeitsplätze zu protestieren, sondern auch das Recht, dort wo diese falsche Strukturpolitik zur Verschlechterung der Lebenssituation im ländlichen Raum beiträgt, Widerstand zu leisten. Die Bevölkerung hat als der betroffene Teil, das Recht, diese falsche Industrialisierungspolitik nicht nur abzulehnen, sondern auch aktiv zu verhindern. Die Daimler-Benz-Teststrecke ist ein Beispiel für eine solche Situation in der die Bevölkerung gezwungen ist, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen, weil die Politiker versagt haben und die Bevölkerung dadurch zum einzigen Anwalt ihres eigenen Rechts wurde.

6. Die Argumente für die Errichtung einer Teststrecke sind mehr als fragwürdig und können von uns nicht akzeptiert werden:
— Arbeitsplatzbeschaffung ohne wirklichen Beschäftigungseffekt für die Region (die Spezialisten kommen aus Stuttgart, die Rest-Arbeitsplätze stehen den Einheimischen zur Verfügung)
— Das Investitionsvolumen von 100 Mio DM, das der Region nichts hilft, weil auswärtige Großfirmen die Aufträge erhalten
— die Teststrecke ist ein in sich geschlossenes System einer unproduktiven ‚Abfall-Industrie', die nicht in der Lage ist, langfristig die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Kreises zu fördern. Was mit solchen Ablegern eines Großkonzerns passiert, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, hat das Beispiel von Buchen und dem Neckermann-Versand gezeigt: die Arbeitsplätze werden ‚eingespart' und in der Landschaft bleibt eine Produktionsruine zurück.

7. Die Überlegungen, von denen die technokratischen Planer ausgehen, müssen neu überprüft werden: Es kann nicht darum gehen, mit einem solchen Raubbau an der Landschaft die allmähliche Reduzierung der Landwirtschaft, die in unserer Region noch 23% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, zu erreichen. Unsere Region hat mehr zu bieten als nur Land, nämlich noch funktionierende Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, noch nicht völlig zerstörte Landschaft und noch intakte Natur. Diese natürlichen Gegebenheiten dürfen nicht für dieses unsinnige Großprojekt geopfert werden.

8. Unsere Region kann von der Landwirtschaft allein nicht leben. Das wissen auch wir Bauern. Wir wollen mit unserem Protest auch nicht gegen Industrieansiedlungen im allgemeinen protestieren, sondern auf das krasse Mißverhältnis zwischen der Qualität und Anzahl der Arbeitsplätze zum Landverbrauch, den ökologischen und sozialen Folgen, aufmerksam machen und das Bewußtsein über diese falsche Provinzverplanung schärfen.
Wir wollen den Zeitpunkt der Aufgabe unserer Landwirtschaft (falls es so weit kommen sollte) selbst bestimmen und nicht von Fakten genötigt, uns zur Aufgabe zwingen lassen. Wären noch mehr Landwirte den Richtwerten der Planer gefolgt und hätten ihren Hof aufgegeben, so wären heute noch mehr Arbeitslose in unserer Region.

9. Unsere Region braucht Arbeitsplätze. Arbeitsplätze, die durch Industrie kommen müssen, da die Land- und Fortwirtschaftlichen Arbeitsplätze zurückgehen. Industrieansiedlung ist deshalb ein wichtiges Planungsziel zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch wir von der Interessengemeinschaft sind dieser Meinung. Aber wir fragen heute, durch die Teststrecken-Planung aufgeschreckt, kritischer nach, welche Industrie wir wollen, für welchen Fortschritt wir Opfer bringen werden.

Wir sind nur bereit, solche Industrieprojekte gutzuheißen, die: nicht nur ökonomisch-rationell für unsere Region sind und viele und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen, sondern auch ökologisch-gesichert arbeiten und unsere Lebensqualität

nicht durch zusätzliche Umweltbelastungen verschlechtern
— solche Böden als Standort wählen, die nicht die für die landwirtschaftliche Nutzung optimalste Qualität besitzen, sondern die Landstriche, die aufgrund ihrer Bodenbeschaffenheit weniger geeignet sind.
— ein vernünftiges Verhältnis zwischen Landverbrauch und Beschäftigungseffekt besitzen und nicht nur Land vernichten, und für das Umland keinen Fortschritt bringen
— nicht nur ‚Abfall-Industrie' darstellen und das Land zu einer Rumpelkammer des Fortschritts und zum Hinterhof der Industrie verkommen lassen (Kernkraftwerke, Mülldeponien, Teststrecken)
— nicht nur vorübergehende Investitionsobjekte oder Filialen von Großkonzernen sind, die dann je nach Willkür der Konzernleitung geschlossen werden und die Lebenssituation in der Region noch mehr verschlechtern.
— nicht nur ihre Fertigungsbetriebe mit den niedrig-qualifizierten Arbeitsplätzen in der Region ansiedeln, sondern auch bereit sind, die höher qualifizierten Verwaltungsarbeitsplätze auf dem Lande niederzulassen, wodurch die Abwanderung von Fachpersonal aus der Region gestoppt werden kann.
— keine neuen Monostrukturen (z.B. Automobilindustrie im Heilbronner Raum) herausbilden, sondern vielschichtige Beschäftigungszweige repräsentieren.
— in der Lage sind, dauerhafte außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zu schaffen und Ausbildungsplätze für die Jugendlichen der Region zu garantieren.

10.Um dieses große gesellschaftspolitische Ziel, die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land ohne die Liquidierung der Besonderheiten des Landlebens zu erreichen, bedarf es einer breiten politischen Aufklärung der Bevölkerung über die Probleme unserer Region und der Entwicklung eines politischen Bewußtseins zur Überwindung dieser Probleme. Diese Aufgabe ist zu groß als daß Dorfpolitikerbewußtsein, falscher Lokalegoismus, Parteien- und Ämterfilz ausreichen würden, sie zu lösen. Zu eng ist noch der Horizont der Provinzpolitiker, zu uninformiert noch die parteipolitische Basis, zu wenig geschärft das politische Bewußtsein der Öffentlichkeit, zu undiskutiert noch die Zukunft des ländlichen Raumes, zu wenig dieser Bereich programmatisch bei den Parteien berücksichtigt.

11.Die Zeit der Hintergedanken-Politik gegenüber dem Hinterland ist endgültig vorbei, seitdem überall in der Provinz sich der Widerstand gegen die falsche Verplanung regt und die als Hinterwäldler verspotteten Provinz-Bewohner hellwach geworden sind. Schwabhausen ist ein Beispiel. Ein Beispiel für diese Kette eines politischen Widerstandes. Vielleicht das Beispiel für unsere Region, denn es wird nichts mehr so sein, wie vor diesem Konflikt, denn er hat den Lokalpolitikern ihre politische Unschuld genommen, Obrigkeitsdenken gesprengt, Kirchentreue ins Wanken gebracht, kritische Leute wachgerüttelt, ein Problembewußtsein inspiriert, politische Lernprozesse eingeleitet und damit endgültig den Provinzialismus abgestreift.

12. Unserer Region droht eine Katastrophe, wenn die bisherige Entwicklung so weitergeht: Die Region wird zum Altenheim, weil die Jugendlichen aus Mangel an Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen die Region verlassen; die Verringerung der Bevölkerung bei sowieso schon geringer Siedlungsdichte (97 Einwohner pro qkm — Bundesdurchschnitt: 250 Einwohner/qkm) führt zu einem allmählichen Zusammenbruch der ganzen Infrastruktur (vor allem der sozialen Versorgung), da reduziertes Steueraufkommen unsere Region noch stärker von den Subventionen durch das Land abhängig macht. Die Entleerung unserer Region, die Nötigung, daß gerade die Kräfte den ländlichen Raum verlassen, die wichtige Entwicklungspotentiale darstellten (Facharbeiter, Jugendliche), die Ohnmacht bisheriger Maßnahmen gegen diesen Trend, schafft eine permanente Benachteiligung unserer Region, die so ihren Provinzzustand nie verlassen wird. Unsere Region hat es satt, das Krankenhaus der Großstädter, der Mülleimer der Großstädte, ein Altenheim ohne Jugend, das Armenhaus der Kommunen und der Hinterhof der Industrie zu sein. Wir wollen die Möglichkeit haben, den Fortschritt des ländlichen Raumes selbst zu wählen, ohne verplant zu werden, ohne für fremde Konzerninteressen eingesetzt zu werden, ohne nur billiges Land-Material zu sein, ohne als Bauern einfach liquidiert zu werden. Den Landfrieden haben die Technokraten und die Geldsäcke gebrochen.
Von nun an kann es nur noch einen Waffenstillstand geben.

Kontakt über: Traum-A-Land, c/o Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim 1

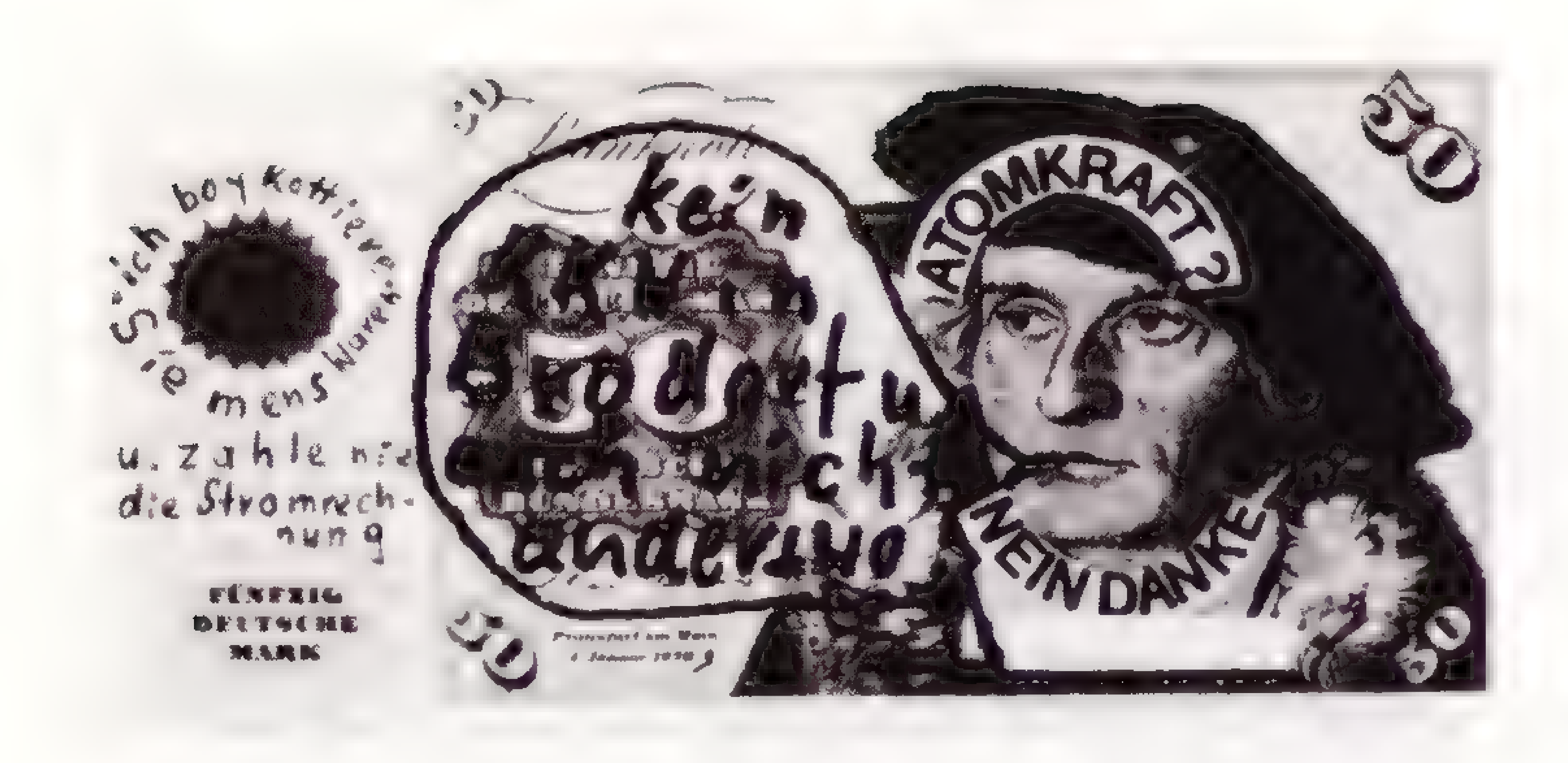
ACHBERGER APPELL ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER EINHEIT DER GRÜNEN BEWEGUNG

ACHBERG 27.September *Dieser Appell richtet sich gegen die Spaltung der Grünen Bewegung in mehrere Parteien und sieht darin den Verlust einer erfolgversprechenden Beteiligung der Grünen am parlamentarischen Leben. Sie sagen, daß es richtig ist,*

„ab sofort jede Diffamierung Andersdenkender und die bequeme abstrakte Einordnung in ‚linke', ‚konservative' und ‚rechte' Ökologen, gar ‚Extremisten' und ‚Faschisten' abzustellen und sich um aktive Toleranz zu bemühen, das heißt jede Richtung zu ermuntern, in der Bewegung und gegenüber der Öffentlichkeit ihre Alternative gerade auch im Hinblick auf die grundlegenden gesellschaftlichen Lebensfragen klar und wahrhaftig zur Diskussion zu stellen. Nur darin können wir ein ökologiegemäßes geistiges Verhalten sehen. Man wird dann deutlich erkennen, daß es bei den Ökologen Standpunkte gibt, die einerseits im Kern vereinbar, andererseit im Kern unvereinbar sind mit den bestehenden Staats- und Wirtschaftsverhältnissen,die aber alle in Einklang stehen mit den Grundsätzen unserer Verfassung, das heißt mit den Grundrechten, wie das Grundgesetz von 1949 sie definiert.

Richtig ist, daraus nun die praktischen Konsequenzen für die Wahlbeteiligung der Grünen zu ziehen. Diese Konsequenzen sind:
1. Die bestehenden demokratischen Wahlinitiativen der Ökobewegung bilden — Ihre Organisationen und Wahlprogramme aufrechterhaltend — als Wahlbündnis eine gemeinsame Liste. Die Kandidaten der Liste der Grünen Union vertreten paritätisch die in privatwirtschaftlichen Bahnen denkenden, die sozialistisch orientierten und diejenigen Ökologen, die Konzeptionen eines Dritten Weges entwickelt haben. Dabei sollte in jedem Fall nicht kleinlich gefeilscht, sondern großzügig gehandelt werden; denn es ist ganz entscheidend, daß wir endlich die absolut vorrangigen, im engeren Sinne ökologischen Ziele, wie z.B. den völligen Stop des Atomprogrammes der Regierung, die Verhinderung weiterer Naturzerstörung durch die ständige Steigerung des Individualverkehrs (Autobahnen!) und anderes, durch zusätzlichen - parlamentarischen - Druck erreichen können.

Über diese gemeinsamen Ziele hinaus müssen alle am Wahlbündnis beteiligten Gruppierungen und ihre Vertreter im Wahlkampf und danach - also möglichst auch in den Parlamenten — das Recht haben, für ihre Gesamtalternative zu wirken. Statt abstrakter Minimalprogramme und auf Kompromissen aufgebauter Wahlplattformen fordern wir also das volle Herausstellen der verschiedenen Zukunftskonzeptionen. Wir sehen in allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern trotz aller BILD-verblödungsversuche mündige und urteilsfähige Menschen, die es nicht nötig haben, von einer BILDresistenten Elite ‚erzogen'



zu werden, die es aber nötig haben, sich mit erarbeiteten Alternativen auseinandersetzen zu können und die wir ermuntern sollen, selbst Alternativen für ihre eigene bessere nichtatomare Zukunft zu entwickeln.

2. Wir schlagen vor, die Direktkandidaten der Grünen als Partei- und Listenfreie direkt aus Bürgerversammlungen heraus aufzustellen. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, die ‚Programmwahl' durch die reine Persönlichkeitswahl konstruktiv zu ergänzen, damit auch diejenigen Mitbürger, die sich in keiner Partei engagieren wollen, die Möglichkeit haben, über die Nominierung ihres Parlamentsabgeordneten mitzuentscheiden.

Um diesem Appell den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, bitten wir um starke Unterstützung unserer Vorschläge und möglichst zahlreiche Zustimmungserklärungen (Unterschriften). Wir bitten um Mithilfe bei der Verbreitung und Beteiligung an der Diskussion dieses Appells."

Sammelstelle der Unterschriftslisten:
Institut für Sozialforschung und Interentwicklung der Free International University, D 8991 Achberg,Tel.08380/471 u.5oo

ZU DEN GROHNDE–PROZESSEN: WICHTIGER FILM GESUCHT

Der ungewollte zweite Teil

Der folgende Artikel ist eigentlich die Fortsetzung des im letzten ID auf Seite 18 gedruckten mit der Überschrift: Zu den Grohnde-Prozessen: Wichtiger Film gesucht.
Dieser zweite Teil, der jetzt hier folgt, sollte natürlich im letzten ID schon stehen, war aber vor dem Lay-out plötzlich verschwunden. Deshalb jetzt nochmal ganz kurz den Zusammenhang.

Es geht um den in Untersuchungshaft sitzenden Grohnde-Angeklagten Karl Winter, dessen Prozeß am 22.9.78 vor dem Landgericht Hannover begann. Zu den anderen anstehenden Prozessen und der Notwendigkeit, daß im Gericht möglichst viele Menschen anwesend sein sollten, stand was im letzten Abschnitt. Hier den unbeendeten letzten Abschnitt nochmal und dann die Fortsetzung:

Im Landgericht Hannover haben sich einige Praktiken geändert: der Personalausweis wird nicht mehr kopiert und die Beamten zu „unserer eigenen Sicherheit" sind auch abgezogen worden. Also, trau' dich endlich zum Prozeß zu kommen, denn unsere Erfahrungen haben gezeigt, wenn eine Menge Leute im Gericht aufpassen, vergißt das Hohe Gericht nicht, daß auch Angeklagte Rechte haben und wir machen es ihnen schwer, Ungereimtheiten der Anklagezeugen einfach zu übergehen.

Wer nicht kommen kann, soll sich mal für sein eigenes Städtchen überlegen, wie er weitere Öffentlichkeit ansprechen und informieren kann. Weitere Infos kann Mensch bei den Ermittlungsausschüssen in Hamburg, tel. 040)3900103 oder 040/4101144; in Bremen, 0421/327530; in Kassel, Rechtsanwalt Huesmann 0561/77865; in Hannover, Öko-Laden 0511/4581381 erfahren.

ZU KARL'S PERSON UND ANKLAGE

Am 24.5.78 wurde der Grohnde-Angekalgte Karl Gerhard Winter in Hamburg bei einem Spaziergang an der Elbe verhaftet. Seitdem sitzt er in den JVA Hannover in Untersuchungshaft.
Seine Anklagepunkte sind: Landfriedensbruch im besonders schweren Falle, schwere Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.
Karl wird vorgeworfen, er habe 15m weit mit einer Säge auf die daraufhin zurückweichende Polizeikette geworfen, diese wieder ergriffen, nochmals geworfen, woraufhin die Polizeikette sich nochmals zurückzog. Bei seiner späteren Verhaftung soll er mit dieser Säge um sich geschlagen haben.
Dagegen steht die Zeugenaussage eines direkt Beteiligten, die folgendermaßen aussieht:
Plötzlich stürmte die Polizeikette unter wildem Schreien, und indem sie mit ihren Knüppeln auf die Schilde trommelte auf uns los. In panischem Schrecken rannten wir davon. Dann sah ich eine Pferdestaffel mitten unter die Demonstranten reiten. Ich drehte mich nach Karl um und sah ihn am Boden liegen und die Polizisten auf ihm einschlagen. Da ich in Grohnde immer mit Karl zusammen war, kann ich eindeutig bezeugen, daß Karl nicht mit einer Säge geworfen hat. Karl war zum Prozesstermin anfang Januar nicht erschienen; seitdem lag ein Haftbefehl gegen ihn vor.
Daß er sich den Verhandlungen entzogen hat, erklärt sich aus seiner besonderen Situation:
Karl hat 10 Monate auf Bewährung, mit der merkwürdigen Auflage, sich von "Anarchistischen Kreisen" fernzuhalten. Ca. zweieinhalb Jahre hatte er bereits abgesessen, davon war er 14 Monate in Insolationshaft, weil er sich im Gefängnis gegen Ungerechtigkeit und Willkürmaßnahmen aufgelehnt hatte. Anschließend landete er in der Gefängnispsychiatrie und hat somit die volle Brutalität des Westdeutschen Strafvollzugs zu spüren bekommen.

Karls momentane Situation ist folgende:

Er sitzt in einer winzigen Einzelzelle, von der aus er keinen Kontakt zu den übrigen Häftlingen herstellen kann, da die Zellen neben ihm nicht belegt sind. Täglich nur eine Stunde Hofgang, und nur alle 14 Tage darf er unter Bewachung Besuch empfangen. Bei diesem Besuch dürfen nur ein Päckcken Tabak und 500 gr Obst mitgebracht werden. Postpakete darf er nur zum Geburtstag und zu Weihnachten, je eines, empfangen. So ist er gezwungen, alles, was er sonst braucht, in dem gefängnisinternen Laden zu unerhört überhöhten Preisen zu kaufen. Um Karl dies zu ermöglichen, konnten wir bisher monatl. ca. 200 DM sammeln und überweisen.
Wie sich bei den vorangegangenen Prozessen gezeigt hat, soll in diesem Fall nachträglich die Spaltung in die AKW-Bewegung hineingetragen werden, um so geschlossene Aktionen (gerade in Hinblick auf Gorleben) in Zukunft zu verhindern. Dieser Spaltungsprozeß soll einmal über die Definition von ‚friedlichen' und ‚unfriedlichen':Demonstranten in die Anti-AKW Bewegung hineingetragen werden. Andererseits wird jetzt anscheinend versucht, über willkürlich unterschiedliche Urteile bei gleichen Anklagepunkten (z.B. Christian Gehrke 11 Monate ohne Bewährung, Rüdiger Jörß 9 Monate mit Bewährung) eine Entsolidarisierung in der Reihe der Angeklagten zu bewirken.
Da zu befürchten ist, daß Karl durch seine Geschichte und Person als besonders geeignet erscheint für eine exemplarisch harte Verurteilung, braucht Karl unsere praktische und politische Unterstützung!!

Schreibt Karl!!!

Karl Gerhard Winter, 3 Hannover,
JVA Schulenburgerlandstraße 145.

Wir lassen uns nicht spalten. Solange Atomanlagen gebaut werden und in Betrieb sind, werden wir unseren aktiven Widerstand fortsetzen. Wir beanspruchen das Notwehrrecht und sehen eine Bauplatzbesetzung als legitim an. Sofortige Einstellung aller Straf- und Er mittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!
Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo.
Keine Wideraufbereitungsanalge in Gorleben!

Der Ermittlungsausschuß Lüneburg,
Kontakt: Verena Wentland, 2120 Lüneburg,
Vor dem Neuen Tor e 3, Tel. o4131/34951
Sonderkonto-Gefangenenhilfe, Verena Wentland,
Volksbank Lüneburg, Kto.Nr. 43570

FLIESSEND KALTES WASSER? KÜCHENSCHABEN? MÄUSE? – GÜNTHER KAUSSEN IN SAN FRANCISCO

San Francisco 27.9.78 — *Nils-Holger Schomann, Hansemannstr. 92 aus Dortmund 15 schickte uns folgende Information zu:*

"Der Putz kommt runter, der Fahrstuhl geht nicht, allerhand Ungeziefer in der Wohnung, das sind auch bei uns bekannte Erscheinungen in Häusern von Großbesitzern wie Günther Kaußen. Einigen seiner Mieter in San Francisco reichte es: sie traten in den Mietstreik.

Das G.K. ausgerechnet in San Francisco Häuser besitzt, mutet auf den ersten Blick seltsam an, auf den zweiten entspricht es durchaus der Logik von Spekulanten: diese Stadt in den USA hat seit einiger Zeit die höchsten und am schnellsten steigenden Haus- und Grundstückspreise im ganzen Land; viele Leute wollen wegen des Klimas dorthin ziehen und das hat auch Kaußen spitz gekriegt. So ist sein Hausbesitz dort mittlerweile auf ungefähr 30 Häuser in der Innenstadt angewachsen.

Die Mietstreiker haben einen guten Grund: Die Miete wurde innerhalb eines Jahres zweimal angehoben, zuletzt im Juni um durchschnittlich 20%. Das macht für manche Hausbewohner 20 Dollar, also 40 DM aus, für diese kaum zu verkraften; je nach Haus sind zwischen 1/3 und 2/3 Rentner, die im Schnitt von einem Einkommen von DM 700 monatlich leben müssen, wie vom Mieterrat der Kaußen-Bewohner zu erfahren war.

Die Wut entzündete sich jedoch an einer anderen Frechheit: im Mai 1976, just als Kaußen das Haus Leavenworth 805 kaufte, stoppten alle Reparaturarbeiten schlagartig. Das änderte sich erst für kurze Zeit, als David Teboe (47) eine Unterschriftenliste dagegen gestartet hatte und fast 80% der Mieter unterschrieben. Doch dieser Erfolg war nicht von Dauer, die erforderlichen Reparaturen wurden nicht zu Ende geführt. Nach wie vor gab es kein heißes Wasser an einigen dafür vorgesehenen Stellen, die Küchenschaben tummelten sich, eine Mieterin fing sage und schreibe 45 Mäuse.

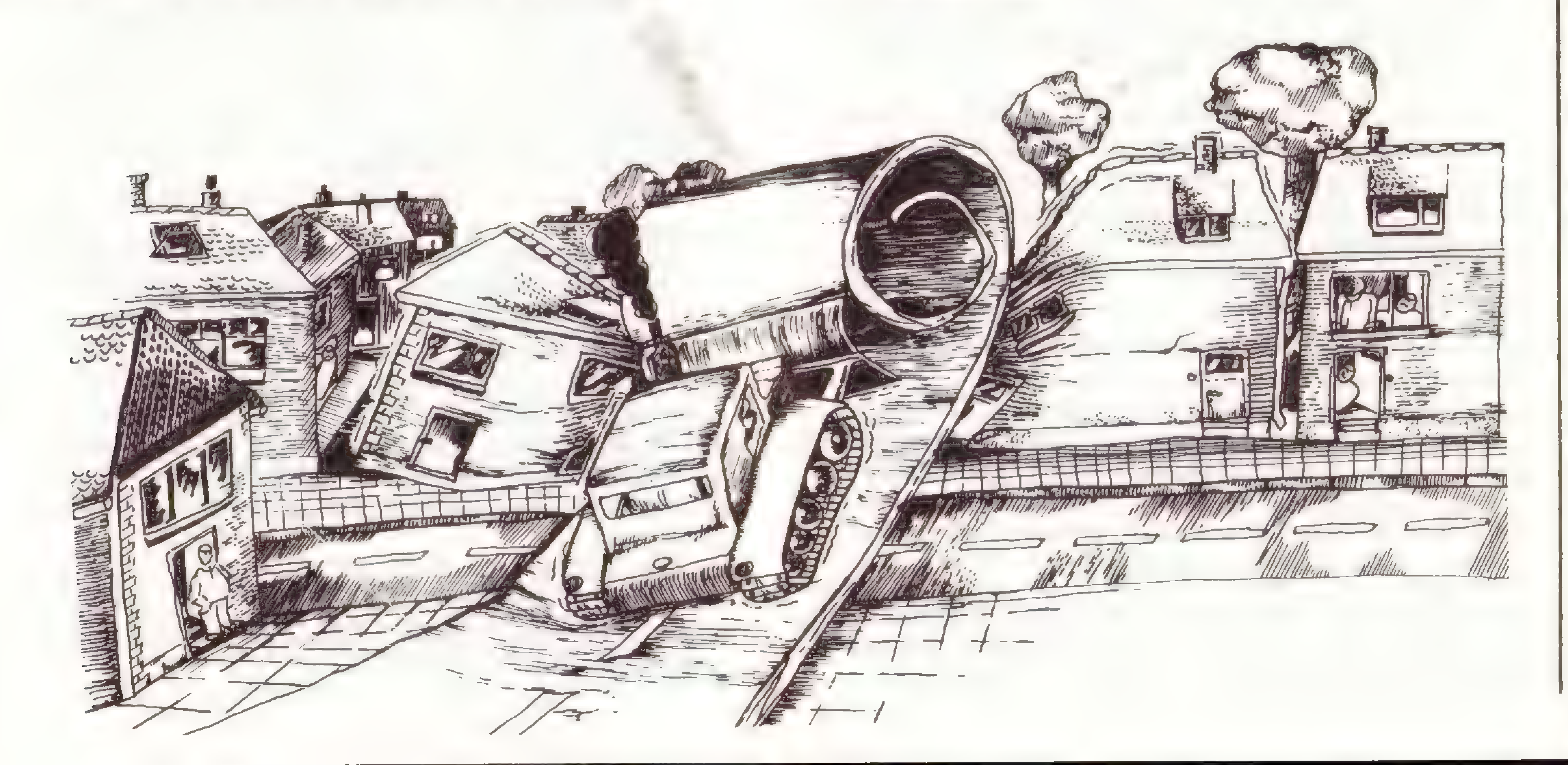
Stattdessen kam im Juni die zweite Mieterhöhung, unter anderem mit der Begründung erhöhter Grundsteuern.

Dies mußte der glatte Hohn für die Mieter gewesen sein, denn kurze Zeit später wurden nach einer Volksabstimmung die Grundsteuern in ganz Kalifornien erheblich gesenkt. Vom 1. Juli an behielten zuerst 17 Mieter eines Kaußen-Hauses die Erhöhung ein und überwiesen sie auf ein Sperrkonto. In der Zwischenzeit hat sich die Front gegen Kaußen in San Francisco erheblich verstärkt: die lokale Mietergewerkschaft unterstützt mit Rechtsberatung und -beistand, aus dem Mieterrat ist inzwischen eine "Günther-Kaußen–Mietergewerkschaft" mit Mietern aus verschiedener seiner Häuser entstanden und viele andere Mieter haben sich dem Streik angeschlossen.

Kaußens Manager versuchen den Mietern mit Terror beizukommen: 80- bis 90-jährige Mieter wurden am frühen Morgen angerufen und nach ihrer Unterschrift bei der Sammlung und nach dem Streik befragt, angeblich seien diese Aktionen illegal. 5 Mietern wurde eine dreitägige Kündigung angedroht, drei andere erhielten eine Gerichtsvorladung. Andere Leute verlassen freiwillig die Häuser. "Ich ziehe aus wegen der dauernden Mieterhöhung und der netten Tiere", sagte eine betroffene Frau.

Ab und zu kommt Herr Kaußen zu einer Stipvisite seiner amerikanischen Besitztümer herübergejettet, immer in Begleitung von vier stämmigen Herren, die so gar nicht wie Geschäftsleute aussehen, wußten die Mieter zu berichten. Er wird seine Gründe dafür haben, sich nicht alleine sehen zu lassen.

Die Kaußen-Mieter in San Francisco sind besonders an Informationen (können deutschsprachig rübergeschickt werden) über Kaußen in der BRD interessiert.
Adresse: San Francisco Tenant Union, 1539 Haight Street, S.F., California 94117"



Dänen marschierten im August gegen Atomkraftwerke



MÄRSCHE GEGEN ATOMKRAFTWERKE IN DÄNEMARK MIT ÜBER 50.000 TEILNEHMERN

–DIE DÄNISCHE REGIERUNG VERSCHIEBT DIE ATOMKRAFTENTSCHEIDUNG UM ZWEI JAHRE–

KOPENHAGEN 17.September *Eine gekürzte Mitteilung der dänischen Atomgegner:*

„Als eine Kulmination der Kampagne, die die OOA (die Organisation für Atomkraftinformation) in dem letzten halben Jahr in Dänemark geführt hat, wurden in den Tagen vom 25. bis 27.August 1978 zwei Märsche gegen Atomkraft in Jütland bzw. Seeland abgehalten.

Der Marsch auf Seeland dauerte 3 Tage und war ca. 80 km weit. Er ging von Høstrup bei Stens zum Parlament in Kopenhagen. Der Marsch ging mit etwa 500 Teilnehmern an, wovon die einheimische Bevölkerung einen großen Teil ausmachte. Als der Marsch am Abend nach 35 km in Køge endete, gab es ca. 1.200 Teilnehmer. Am zweiten Tag ging der Marsch in etwa 25 km und endete ca. 20 km von Kopenhagen.

Jetzt war der Anschluß auf etwa 6.000 Teilnehmern angewachsen. Der Marsch endete am dritten Tag vor dem Parlament. Trotz starkem Regen und Gewitter nahmen über 30.000 Menschen an der Abschlußkundgebung teil.

Der Marsch in Jütland fing von dem möglichen Bauplatz bei Gyllingnäs an, südlich von Arhus und dauerte 2 Tage und war ca. 45 km weit. Am ersten Tag startete der Marsch mit etwa 200 Teilnehmern und zählte am Abend 8.000. Der Marsch endete den nächsten Tag in Arhus mit 15.- 20.000 Menschen versammelt. Aber auch hier gab es schlechtes Wetter. Die beiden Märsche verliefen ohne Zwischenfälle und in einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den Behörden. So konnten die Marschteilnehmer in öffentlichen Schulen übernachten. Von den Erfahrungen, die wir in Verbindung mit den Märschen gemacht haben, finden wir es wichtig, folgendes weiterzugeben:

1. Ein solches mehrtägiges Marscharrangement gab uns wiederholte, umfassende und positive Presseerwähnung in allen Zeitungen des Landes. Es gab uns die Möglichkeit, teils Zielgruppen zu erreichen, die wir sonst nicht erreichen, teils die OOA auf eine sehr positive und konstruktive Weise der ganzen Bevölkerung vorzustellen.
2. Ein Marsch, örtlich und mit wenigen Leuten anzufangen und zentral in den großen Städten mit vielen Leuten zu enden, ist unserer Meinung nach eine günstige Manifestationsform. Dadurch geben wir der einheimischen Bevölkerung eine Möglichkeit, ihre Skepsis den AKW-Plänen gegenüber auszudrücken, ohne durch eine ‚Fremdeninvasion' gleichsam überrollt zu werden.
3. Die Märsche wurden an einem gewöhnlichen Wochenende abgehalten. Wir haben festgestellt, daß viele Leute an einem normalen Wochenende besser Zeit finden aktiv teilzunehmen, weil sie z.B. zu Pfingsten, Ostern und während der Ferien durch Familienbesuchen, Reisen usw. in Anspruch genommen werden.

Zufälligerweise gab es eine Regierungsumgestaltung nur zwei Tage nach den Märschen, sodaß die Regierung jetzt aus der sozialdemokratischen Partei und der liberal-konservativen Partei besteht. Die letztere ist ein starker Fürsprecher der Atomkraft und versuchte während der Regierungsverhandlungen die Sozialdemokraten in der Atomkraftfrage unter Druck zu setzen. Als konkreten Erfolg der Märsche werten wir, daß die Koalitionsregierung in ihrer Antrittserklärung die Entscheidung über Atomkraft in Dänemark auf etwa 2 Jahre verschob, bis weitere Untersuchungen des Deponierungsproblems durchgeführt sind. Doch sind wir darüber im klaren, daß eine eventuelle Zusage aus dem Ausland, den Müll zu empfangen, eine Einschränkung der Zeitfrist bedeuten kann.

Weitere Informationen von:
OOA's Energikontor, Nørregade 17; DK–8000 Arhus C Dänemark; Telefon: 45 6 - 12 45 44

DRITTES ARBEITSTREFFEN ZUR WISSENSCHAFTLICHEN ARBEIT GEGEN ATOMENERGIE IN AHAUS

AHAUS
25. September 78

Von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll nach Ahaus" kommt der folgende Bericht über das Arbeitstreffen:

„Vierzig Personen aus fünfzehn Orten erörterten schwerpunktmäßig: Befunde von erhöhtem Auftreten von Kinderleukämie in der näheren und weiteren Umgebung des AKW Lingen, Möglichkeiten der Bürgerinitiativen, selbständig Messungen der Radioaktivität in der Umgebung von Atomanlagen durchzuführen, Erfahrungen aus Verwaltungsgerichtsprozessen, Messungen und Literaturarbeiten zur Radioökologie, Koordinierung kritischer Gutachten zur Gorleben, Möglichkeiten der hauptberuflichen Arbeit kritischer Wissenschaftler.

Das nächste Treffen dieser Art wird am **19./20.11.78 in Heidelberg** stattfinden. Ein besonderes Gewicht soll dabei die Diskussion über mögliche Formen hauptberuflicher Tätigkeit kritischer Wissenschaftler einnehmen; es wird gebeten, daß darüber in der Anti-Atombewegung diskutiert und Stellungnahmen entweder in Form von Leserbriefen veröffentlicht werden oder direkt an das Projekt SAIU, Universität Bremen, geschickt werden.

Die meisten Vorstellungen gehen bisher darauf hin, eine Arbeitsgruppe von in der Bewegung tätigen Fachleuten aus einem Spendenfond zu beschäftigen, ähnlich entsprechenden Einrichtungen im Ausland (Friends of the earth, England; Union of Concerned Scientists, USA; Miljöcentrum, Schweden). Unabdingbare Grundsätze müssen dabei sein: Freie Verbreitung aller gewonnenen Ergebnisse und erlangten Informationen; keine politischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse; Bestimmung der Tätigkeit von der Basis der Bewegung her. Offen ist insbesondere, wie das Prinzip der Bestimmung und Kontrolle von der Basis organisatorisch verwirklicht werden kann.

Neben der kritischen Arbeit gegen Atomenergie sollten auch Fragen alternativer Energiegewinnung usw. angegangen werden. Ferner wurde ein Aufruf an die in der Atomtechnik und -Forschung tätigen Kollegen verabschiedet, der sie auffordert, ihre Kenntnisse über illegale und gefährliche Praktiken kritisch arbeitenden Kollegen und Bürgerinitiativen zur Verfügung zu stellen.

Protokolle dieses Treffens wie auch des zweiten, das im Juli in Bremen stattfand, sind anzufordern beim:
Projekt SAIU, Universität Bremen, 28 Bremen 33."

"MÜLL-KRAFT' IN DEN USA

KÖLN/WASHINGTON
September 78

Eine Kölner ID-Leserin schickte uns folgendene Berichte aus einer Art 'Alternativzeitung' aus den USA, nämlich der ,Nothern Light' Washington.

„Unter dem Motto ,Müll-Kraft' hat eine Bewohnergruppe aus Colville, Washington, eine Aktion gestartet, um der Müll-Vernichtung entgegenzutreten und statt dessen den Müll wieder weiter zu verwerten! Die Bewohnergruppe hat hierzu an allen Supermärkten und Kaufhäusern der Stadt schöne, d.h.bunte Tonnen aufgestellt, in die dann die Bürger ihre vorsortierten Abfälle werfen. Die Tonnen sind bezeichnet: Papier,Plastik, Metall, Glas und organische Abfälle. Außerdem gibt es ein sogenanntes 'Umweltschutz-Zentrum', bzw. 'Naturkreislauf-Zentrum'. Hier können die Bewohner größere Mengen ihres Abfalls abliefern — und bekommen sogar ein Handgeld dafür. Die Gruppe liefert dann die ganzen Abfälle zur Weiterverarbeitung bzw. Neuverarbeitung. Die Stadtverwaltung votierte zunächst gegen die Aktion, mußte sie aber dann doch akzeptieren, da sich 83 % der Bevölkerung für diese Lösung aussprachen."

WEITERHIN:

"In West-Texas, in der Stadt Odessa, wird sogar der gesamte Müll der 90 000 Einwohnerstadt wieder und weiterverarbeitet. Ein Dr. B. Standford, der das Odessa-Projekt plante, sagt: "Müll ist Gold wert." Und zwar infosern, als dieses Projekt bald der Stadtverwaltung Einnahmen bringen wird, statt wie bisher über eine Mill.Dollar pro Jahr zu kosten. Das soll folgendermaßen gemacht werden: Die Stadt stellt Müllcontainer auf. Der Müll wird zum Aussortieren (mit Magnet usw.) zu einem Depot gebracht. Die organischen Abfälle werden als Dünger an die Farmen abgegeben, die nicht-organischen je nachdem eingestanzt, geschmolzen oder ähnliches, danach wieder verwendet. Eine andere Verwertungsart des Mülls ist das sogenannte Wallace/Atkins-Projekt, ein Verfahren, das aus Müll durch einen Destillationsprozeß Öl erzeugt.Atkins,der Erfinder der Methode, hat ein Verfahren entwickelt, mit dem man innerhalb von 22 Minuten aus organischem Abfall Rohöl herstellen kann. Ein Demonstrationsmodell steht schon in Baytown, Texas. Grundlegend wird dabei der natürliche Vorgang des Kompostierens von organischem Müll verwendet, das entstehende Gas weiter destilliert usw. Atkins meint, daß bei Verwendung aller Abfälle im ganzen Gebiet der USA auch der gesamte Energiebedarf der USA zu decken wäre.

ANTI-ATOM-KAMPF IN DEN USA

KÖLN
21. Sept.

Von einer Kölner ID-Leserin:

"Im Staat Montana (Nord-West-USA) wird es am 7. November 78 eine Volksabstimmung geben. Bei positivem Ausgang wird Montana der erste Staat in den USA sein, der sich gegen ein Kernkraftwerk ausspricht. (Es gibt noch zwei AKW-freie Staaten, jedoch ohne ausdrückliche Entscheidung dagegen.)
Zu dieser Volksabstimmung kam es durch die Initiative von zwei Gruppen, nämlich ,Nuclearfreies Missoula' und ,Nuclear Abstimmung'. Die Gruppen sammelten insgesamt 8.000 Unterschriften und erreichten eine Bewußtwerdung, obwohl die Industrie in einem ,Spenden-Einsatz' von 144 000 Dollars in den Medien den Kampf gegen diese Initiativen aufnahm. Die Beiden Gruppen arbeiten organisatorisch zusammen und planen ein Büro in Missoula. Im Oktober wird eine 'Nuclear-Bewußtseinswoche' in ganz Montana geplant. Teil der Aktion wird es z.B. sein, mit Gas gefüllte Ballons loszulassen und vom Wind übers Land treiben zu lassen, um zu verdeutlichen, daß auch radioaktive Bestandteile übers Land verteilt werden würden. Andere Gruppen, die diese Initiative unterstützen, fuhren mit einem Bus mehrere Monate durch das Land und machten 'fahrende Info-Dienste', ausgerüstet mit Anti-Atom-Liedern, Filmen etc.

CHILE, DER MUT ZU ÜBERLEBEN - SONDERHEFT

Die Koordinationsgruppe der Chile-Solidaritätsgruppen in West-Berlin und die Lateinamerika-Nachrichten haben ein Sonderheft zur Ausstellung von Stoffbildern aus Chile herausgegeben. Außer den Abbildungen der Stoffbilder gibt es darin natürlich noch manches über Chile zu lesen.

Kontakt: Lateinamerika-Nachrichten, c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3135065. Das Sonderheft kostet drei Mark.

PARAGRAPH 175 DURCH DIE HINTERTÜR, ODER EXKURS ÜBER DIE WIEDEREINFÜHRUNG DER „SCHUTZHAFT" FÜR ABARTIGE MINDERHEITEN ZUM SCHUTZ DES GESUNDEN VOLKSEMPFINDENS

FRANKENTHAL 20.9.1978

Von Heinz Schümann, der in der Haftanstalt Frankenthal sitzt, kommt dieser Bericht:

„Ich habe nichts gegen Homosexualität. Ich habe auch nichts dagegen, daß Herr Schümann einschlägige Zeitschriften liest. Ich bin jedoch der Meinung, daß z.B. die „Berliner Schwulen Zeitung" nicht als einschlägige Zeitung im landläufigen Sinne anzusehen ist. Vielmehr versuchen hier einige ultralinke Minderheiten sich für ihre Ziele einzusetzen, indem sie den Eindruck erwecken, sie setzten sich für die Homosexuellen ein. Zwar erlaube ich es jetzt, daß Herr Schümann diese Zeitung liest, jedoch habe ich den Eindruck, daß sich sein Verhalten in der letzten Zeit negativ verändert hat. Ich führe das auf seinen Verkehr mit Herrn Kröcher und anderen politischen Agitatoren in der JVA Frankenthal zurück.
Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß sein momentanes Verhalten zu einer schlechten Sozialprognose vor Gericht führen kann... Diese Sozialprognose ist aber der Maßstab bei der Verhandlung, ob gegen ihn die SICHERUNGSVERWAHRUNG verhängt wird.
... dabei kommt es weniger auf die begangenen Straftaten an, sondern in der Hauptsache darauf, wie Herr Schümann sich verhält, welchen Standpunkt er gegenüber dem SOZIALSTAAT einnimmt..."

Also sprach Staatsanwalt Gratzl von der Staatsanwaltschaft Ludwigshafen am Telefon, und am anderen Ende der Leitung war mein Bewährungshelfer, dessen gutes Erinnerungsvermögen obiges Gedächtnisprotokoll ermöglichte.

Der mit der schlechten Sozialprognose bin ich: Heinz Schümann, 35 Jahre alt, schwul.

Ich bin nicht zum ersten Mal im Knast. Insgesamt sind es schon über zehn Jahre, die ich in den Kulturdenkmälern dieses „freiheitlichsten aller Staaten auf deutschem Boden" (Kohl über das zerklüftete Nachkriegsmonstrum) verbringen durfte. Ich war immer wegen der gleichen Geschichte drin: eine Beziehung ging in die Binsen. Der Druck einer „normalen" (und vielleicht deshalb feindlichen) Umwelt wurde zu stark für mich, ich klaute irgendwas, knackte ein Auto - und fuhr ein.
Der Knast gab mir Schutz (relativen), entledigte mich meiner Sorgen (scheinbar), beschützte mich (manchmal). So auch letztes Mal. Mehr als einen Monat lang lagen die geklauten Sachen (vom Kugelschreiber bis zur Sonnenbrille oder einem Radio) in meiner Wohnung herum. Ich verdiente gut und an einer Bereicherung war mir nicht gelegen. Einmal ließ ich sogar etliche tausend Mark Bares absichtlich in einem Wagen liegen, der – wie auch die meisten der anderen – unmittelbar bei meiner Wohnung parkte....... alles klar? !? Sicher hätte ich auch selber zu den Bullen gehen können – sie kamen aber schließlich nach einem Monat selber.

So weit, so schlecht. Nichts Neues, wie immer, wenn's mir dreckig ging. Neu wurde das ganze Scheißspiel für mich erst, als ich im U-Knast Frankenthal zum ersten Mal anfing, wirklich über alles nachzudenken.
Klar wußte ich schon vor zehn Jahren, daß Schwule unterdrückt werden. Daß viele Schwule deshalb „Geschichten machen", die in den Knast führen. Und last not least: daß das bloße Schwulsein bis vor gar nicht allzulanger Zeit schon kriminell im Sinne der herrschenden Gesetze war. Im kleinbürgerlichen Schwulenghetto wissen das alle.

Ich wußte also auch, daß mich konkret mein Schwulsein zum Knacken veranlaßt hatte. Besser: die Probleme, die in diesem Land und in dieser Gesellschaft für Schwule bestehen und mit denen viele (wie auch ich) nicht fertigwerden. Ich wußte ferner, daß mir Psychiater – Ärzte überhaupt – nicht helfen konnten oder wollten. Daß Tabletten und Alkohol alles andere als hilfreich sind.
Alles das wußte ich – aus Erfahrung, viel bitterer Erfahrung. Und eines wußte ich vor allem: ich werde diesen Teufelskreis durchbrechen. Die Frage war nur: WIE ?

Ein kleines Licht am Ende des Tunnels erschien mir in der Gestalt eines der terroristischen Monster, die ja in letzter Zeit in nicht gerade kleiner Zahl die Knäste bevölkern. Dieses Exemplar wurde mir beim Hofgang hinter vorgehaltener Hand wie ein wildes Tier gezeigt, und ich erfuhr, daß er nach einjähriger Totalisolation und wegen der strikten Verweigerung jeglicher „Sonderbehandlung" nunmehr zwangsläufig auf die anderen Gefangenen losgelassen werden mußte (von denen er im übrigen voll akzeptiert wird).

Und jetzt fängt die ganze Geschichte an: Knofo, der Anarchist (= N.E. Kröcher – der vom Staatsanwalt obenerwähnte schlechte Umgang für mich) und ich kamen ins Gespräch. Wir redeten wahnsinnig viel und gut. Er war der erste, dem ich erzählte, ich bin schwul. Knofo sagte: Ich nicht. Brauchste irgendwelche Hilfe deswegen? – Früher hatte ich „Du und ich", „DON" usw. gelesen, die „Praline", „Wochenend" usw.. Für den Schwulen. Jetzt bekam ich andere Adressen: BSZ, Rosa, ID, Blatt, usw..

Es kam, wie es kommen mußte: ich wurde infiziert, angesteckt, verseucht. Und was noch schlimmer war: das Studium der linken (schwulen) Zeitungen machte mich NACHDENKEN. Und törnte mich mächtig an. Pures Rauschgift, eure Blätter.
War das kleinbürgerliche Schwulenghetto bisher mein erzwungenes Exil: nach außen getarnt, nach innen repressiv – so beschloß ich jetzt endgültig die Auswanderung.
Zum ersten Mal verspürte ich Wärme, Solidarität, Geborgenheit. Von Menschen, die ich zum überwiegenden Teil überhaupt nicht kannte. Von Menschen, die ich nie gesehen hatte. Ein Gefühl: SCHWULSEIN IST SCHÖN ! Wir sind so viele! Und: gemeinsam sind wir unausstehlich! Eine Scene, in der ich mich zum ersten Mal richtig zuhause fühlen kann, die einfach schon durch das Wissen um ihr Da-sein wärmt.
Durch Knofo lernte ich viele der Mitgefangenen näher kennen. Nette Typen darunter. Allerdings keine Schwulen (jedenfalls keine sichtbaren). Man akzeptierte mich als geselligen Typen, der – wie andere auch – langsam begann, Widerstand gegen den sichtbaren und unsichtbaren Beton des Knastes zu leisten. Zaghaft – aber erfolgreich.

Mutig gemacht ließ ich die letzte Maske fallen: seht her, ich bin eine Schwester, ein warmer Bruder – einer, der normalerweise der niedrigsten Kaste der Knasthierarchie angehört. Wie „Kinderficker" oder „Türken".
Insgeheim befürchtete ich Zurückweisung........ NICHTS !
Mittlerweile wissen es alle – auch die Büttel. Und sie wissen auch: ich bin stolz darauf. Ich verspüre eine Menge echter Zuneigung. Ich werde akzeptiert. Kurz: ich fühle mich gut. Viele Kontakte laufen, ich bekomme eine Masse Zeitungen, Broschüren etc.. ES GEHT MIR GUT !? !

Ein Teil des Teufelskreises war somit durchbrochen. Ich wußte: Ich würde nicht wieder meine Jahre wie im Koma abmachen, um danach bei Problemen wieder knacken zu gehen, um wieder einzufahren.

Ein ganzer Scheinwerfer war schon an, am Ende des Tunnels.

DIE aber, die uns 1933 bis 45 den rosa Winkel ansteckten, die uns deportierten, ermordeten, die uns heute noch jagen, in Karteien registrieren, unsere Kneipen und Treffpunkte überfal-

len, uns ständig schikanieren und verfolgen; DIE, die bestenfalls einen bürgerlichen, angepaßten, getarnten Schwulen „akzeptieren" – besser: dulden können – DIE können das natürlich nicht ertragen. Daß einer schwul ist UND sich zu wehren beginnt noch dazu. Daß einer gar schreit: ihr habt uns kriminalisiert; wegen eurer Ignoranz, Verrohung, Dummheit und Brutalität kommen Leute wie wir ins Gefängnis.

Nicht genug damit. Daß ich gar Umgang mit einem lange Jahre lang steckbrieflich gesuchten Anarchisten pflege; einem, der im Knast gelandet ist, weil er versucht hat – wie viele andere auch – dem Staat den Garaus zu machen; einem, der will, was auch ich, was wir alle wollen: eine menschliche Gesellschaft, auf Liebe, Brüderlichkeit und Gewaltlosigkeit gebaut. Eine Gesellschaft ohne Unterdrückung. – DAS IST ENTSCHIEDEN ZUVIEL !

Deshalb das eingangs zitierte Telefonat mit den kaum noch verhohlenen Drohungen des Staatsanwaltes. Deshalb die Gefahr, mir nicht – wie angemessen und üblich – ein paar Jahre wegen dieser lächerlichen Klauereien zu verpassen, sondern mich für ewig hinter Gitter zu schicken, „unschädlich zu machen": SICHERUNGSVERWAHRUNG. GULAG-BRD für Nonkonforme, für Spinner, Außenseiter, Schwule, Anarchisten. Für alle, die diesen ganzen Irrsinn nicht mehr mitmachen wollen und können und sich deshalb wehren – auf die eine oder andere Art.

Freunde, Schwestern, Brüder. DIE wollen mich fertigmachen. Laßt es nicht zu.

Am **11. Oktober 1978 um 8.30 im Landgericht Frankenthal, Sitzungssaal 8** ist mein Termin. **Ich brauche euch!** Erscheint zahlreich. Mobilisiert alle Freunde hier in der Nähe. Alarmiert die Pfälzer Schwuchteln, Schwestern und Tunten. Laßt uns diesen Prozeß zu unserem Forum machen. Zu einem Schwulentribunal. Die Schwarzkittel, die Herren ohne Unterleib, sind die wahren Angeklagten.

Der Kampf hat erst begonnen. Schwule gegen Faschismus und Repression! Oder frei nach F.J. Strauß: „Lieber ein warmer Krieger als ein kalter Bruder". "

Weiterhin sucht Heinz DRINGEND Informationen, die ihm bestimmt von Jurastudenten, Rechtsanwälten und Schwulengruppen gegeben werden können; er sucht folgende Infos:

1. Kriminalität in der BRD in Zahlen;
2. Daran beteiligte Schwule;
3. Anteil der Schwulen an der Gesamtbevölkerung;
4. Selbstmorde und Selbstmordversuche in der BRD und Anteil der Schwulen;
5. Möglichst auch Altersgruppen der kriminellen Schwulen und deren Herkunft, also Elternhaus, aber auch ländliche, oder städtische Heimat, Schulbildung usw.

Die Anschrift von Heinz: H. Schümann, Ludwigshafener Str. 20/Knascht, 6710 Frankenthal/Pfalz

...DER SICH NICHT SELBST DORTHIN GEBRACHT HAT

Hamburg, September 78

Der Gefangene Hans Joachim Gruschka sitzt in Hamburg-Fahlsbüttel im Gefängnis. Daselbst überkam ihn der Wunsch, die Zeitschrift „Die Zeit" regelmäßig zu lesen. Da nun Dr. Marion Gräfin Dönhoff, ihres Zeichens Herausgeberin der „Zeit" und - durch welche Fügung immer - Mitglied des Anstaltsbeirates in Fuhlsbüttel, ihm die geeignete Adresse schien, um um ein Frei-Abonnement zu bitten, schrie.. er ihr. Außerdem schickte er ihr ein Gedicht, daß er im Gefängnis gedichtet hatte. Dessen letzte Strophe ging so:

Früher
hieß er
KZ-Häftling
Später
Zuchthaushäftling
Heute
Insasse
Früher war alles anders
nur die Menschen sind geblieben.

Gräfin Dönhoff antwortete prompt:

„Sehr geehrter Herr Gruschka

in Beantwortung Ihres Briefes vom 2.9. teile ich Ihnen mit, daß ich vom Verlag 20 Freiexemplare für die Anstalt Fuhlsbüttel erwirkt habe. Ich fürchte, ich kann die Freigiebigkeit des Verlages nicht weiter strapazieren und muß Sie daher bitten, sich an Herrn K. zu wenden, der die Verteilung in der Hand hat.

Für Ihr Gedicht herzlichen Dank. Seinem Inhalt kann ich freilich nicht zustimmen. Ins KZ wurden bekanntlich ganz willkürlich all die Leute gesteckt, deren Nase den Nazis nicht paßte - **heute gibt es keinen, der sich nicht selbst dorthin gebracht hat, wo er sitzt.**

Mit bestem Gruß
Marion Dönhoff

Hans Joachim Gruschka teilte der Frau von Dönhoff mit, daß er dieses ihr Schreiben öffentlich machen werde.

ZENSUR IN WERL

Münster 21.9.78

Von einem Gefangenen aus der Haftanstalt Werl

Liebe Menschen,
unter dem Motto: Zensur in Werl! Und Unterschlagung? gibt es wieder News, war auch nicht anders zu erwarten. Am 7.8. wurde mir die Aushändigung der ID's 239, 240 und der Kölner Stadt-Revue, Ausg. August 78 per Anhalteverfügung verweigert. Am 8.8. ging es weiter mit ID 241 und einem Brief von Enno Schwall, der in Düsseldorf z.Zt. vor Gericht steht (als sogenannter revolutionärer Zellist). Die "Begründung war einheitlich, es variierten bei den verschiedenen Anhalteverfügungen nur die Seitenzahlen, die von den Zensoren für besonders abträglich gehalten wurden.

"Der Inhalt ist geeignet, (insbes. bla, bla,) in dem Gefangenen eine antistaatliche Haltung hervorzurufen oder zu fördern."

Auf meine Beschwerden an die Anstaltsleitung reagierte diese (natürlich) nicht, ebensowenig waren die Zeitschriften und der Brief bei meiner 'Habe', wie ich bei meiner Verlegung am 31.8. nach Münster feststellen konnte.

Von Enno Schwall erfuhr ich nun, daß seinem Brief Briefmarken beigelegen hatten. Sind die auch unter die Zensur gefallen? Oder erging es ihnen wie dem 50-DM-Schein in einem Brief an den Gefangenen J.S., der nicht, wie Pflicht, auf dem Briefumschlag von dem Zensor vermerkt worden war, der nicht auf der Kasse eingezahlt wurde, der spurlos verschwunden ist?

HERMANN FEILING – ISOLATION IM KRANKENHAUS

Heidelberg September 78

Aus Heidelberg erhielten wir den folgenden Bericht. Hermann Feiling war am 23. Juni in Heidelberg bei einer Bombenexplosion schwer verletzt worden (s. ID 248):

"Am Freitag, den 1. September 78, versuchten drei Leute aus Heidelberg und München Hermann Feiling im Marienhospital in Papenburg zu besuchen. Zwei von uns kannten Hermann persönlich.

Als wir auf der Station ankamen, teilte uns ein Herr Ludwig von der Kripo Stuttgart (dort ist eine Sonderkommission zu Hermann und Sybille gebildet worden) mit, daß ein Besuch bei Hermann nicht ginge und verlangte sofort unsere Ausweise zu sehen. Als wir daraufhin seinen Dienstausweis zu sehen verlangten, verweigerte er das ("das hab ich nicht nötig") und drohte uns mit Festnahme, falls wir nicht sofort unsere Ausweise vorzeigen würden.

Auf die Frage warum, da wir ja zu Hermann doch nicht vorgelassen würden, meinte er, daß es für die Polizei von Interesse sei zu wissen, wer Hermann besuchen wolle, gleich ob der Besuch nun stattfinde oder nicht. Um das Zeigen der Ausweise gab es eine lange und heftige Diskussion. Während dieser Auseinandersetzung ging einer der drei Polizisten zu Hermann ins Zimmer und kurz darauf hörten wir aus seinem Zimmer Musik – Hermann sollte wohl nicht mitbekommen, wie seine "Beschützer" mit seinen Freunden umgehen. . .

Auf unsere Frage, warum wir nicht vorgelassen werden, wurde uns keine richtige Antwort erteilt. Die Ausweichmanöver reichten von: "Das brauchen Sie gar nicht zu wissen" über "das wollen die Eltern nicht" bis zu "Das will ich Ihnen nicht sagen". Einer kam der Wahrheit noch am nächsten: aus kriminaltechnischen Gründen sei es verboten, Freunde von Hermann zu ihm vorzulassen. . .

Auf unsere Frage nach den rechtlichen Vorschriften für diese "totale Abschottung von Hermann" bekamen wir nur die Antwort: "Sie glauben doch wohl nicht, daß wir Sachen machen, die keine rechtliche Grundlage haben".

Eine Frage des Glaubens ist das allerdings nicht. Warum wurde uns jede präzise Antwort auf unsere Frage verweigert, teils ausweichend, teils mit offener Einschüchterung begleitet?

Uns wurde gesagt, daß für Hermann Besuchsanträge bei der Bundesanwaltschaft (BAW) gestellt werden müßten.

– Warum müssen Anträge gestellt werden? Gegen Hermann liegt kein Haftbefehl vor.
– Warum bei der Bundesanwaltschaft? Zuständig für Besuchsanträge bei Untersuchungsgefangenen ist der ermittelnde Richter am Bundesgerichtshof, die BAW ist die Strafverfolgungsbehörde – wird also mit dieser Maßnahme bezweckt, Freunde von Hermann nicht nur zu erfassen und zu überprüfen, sondern auch auf strafrechtlich relevante Verbindungen hin zu untersuchen?

Weiter wurde uns gesagt, daß Hermanns Eltern bei Besuchsanträgen erst ihre Zustimmung geben müßten, das wäre mit ihnen so abgemacht. Wieso bestimmen die Eltern darüber, wen Hermann sehen will?

Wir wissen, daß Hermann zu seinen Freunden aus Heidelberg Kontakt haben will, und dennoch wird "in seinem Interesse" jeglicher Kontakt von Heidelberg von den Polizisten in Zusammenarbeit mit seinen Eltern von ihm ferngehalten. Das ist eine Entmündigung Hermanns. Da wird jegliche Wiederherstellung seiner persönlichen und politischen Identität verhindert – angeblich in seinem Interesse, in Wirklichkeit "im Interesse der Ermittlungen" GEGEN ihn.

Wir drei wurden nach ca. dreißigminütigem Aufenthalt in der Klinik
– nachdem wir unsere Ausweise gezeigt hatten
– nachdem telefonisch beim örtlichen Staatsschutz in HD und MÜ nachgefragt worden war

von insgesamt fünf Beamten in Zivil (einer hatte eine MP dabei) abgeholt und auf das Revier verschleppt, wo wir eineinhalb Stunden bleiben mußten. Begründung: unsere Personalien müßten noch "Pios-überprüft" werden (Pios ist der Name für den zentralen Computer des BKA, aus dem bekanntlich niemand mehr rauskommt, wenn er einmal eingespeichert worden ist).

Nachdem diese Überprüfung beendet war, wollten die Polizisten uns zu unserem Auto fahren um zu überprüfen, mit welchem Auto wir gekommen waren. Die Frage nach dem Warum nach den rechtlichen Grundlagen wurde von dem Beamten Emmerich (der übrigens aus Heidelberg ist) drohend und unverschämt zurückgewiesen. Die Staatsschutzpolizei hat Antworten auf solche Fragen nicht nötig."

Kontakt: Frauenbuchladen, Friedrich-Ebert-Anlage 51b, 6900 Heidelberg

HAFTSCHIKANEN GEGEN GÜNTER SONNENBERG

FRANKFURT
26. September 78

Laut Mitteilung der Anwälte von Günter Sonnenberg, T. Faensen, B. Häusler und Ph. Heinisch, wurde eine Anzeige wegen Nötigung und Körperverletzung im Amt gegen den Regierungsdirektor Hermann, sowie Amtrat Marchewski und den Assistenten März von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Stuttgart eingestellt. Die Anwälte von Günter Sonnenberg legten am 25.9. gegen den Einstellungsbescheid Beschwerde ein.

Kontakt: T. Faensen, B. Häusler, Ph. Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 80

ES WIRD WIEDER HERBST IN BERLIN

FRANKFURT
27.September

Vom AGIT-Komitee bekamen wir diesen Bericht über: Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren en masse beim BUG-INFO in Berlin:

„Zunächst einmal kurz zur Vorgeschichte der jetzigeh Ereignisse:
Nachdem im letzten Deutschen Herbst zu Berlin das alte INFO vom Staatsschutz eingestellt, dafür aber etliche 129a-Verfahren (Unterstützung terroristischer Vereinigungen) eröffnet worden waren, begannen die Diskussionen über die Frage: Wat nu?
Es zeigte sich, daß es nicht mehr möglich war, e i n e Zeitung zu machen, die von allen undogmatischen Gruppen getragen wird. Umstritten war das Prinzip der Offenheit (jeder kann schreiben, jeder kann mitmachen), welches das alte INFO charakterisiert hatte und das nunmehr eben ein offizielles Impressum erforderte. Dieser Punkt war für eine Fraktion sehr wichtig, während andere argwöhnten, öffentliches (legales) Herstellen der Zeitung würde Zensur mit sich bringen.

Die Gruppen und Leute, die glaubten, eine öffentliche Zeitung machen zu können, ohne zu zensieren, gründeten das BUG-INFO (Berliner Undogmatische Gruppen). Die Hoffnung der Gründer war, daß bei einem künftigen regelmäßigen Erscheinen des Blattes nach zeitungsloser Zeit sich nach und nach auch die Gruppen wieder beteiligen würden, die durch Scene-Streit oder Repression abgeschreckt worden waren.

Das BUG mußte bald feststellen, daß der Staatssch(m)utz wieder äußerst sorgfältig observierte. Außerdem beschäftigte sich die ‚Welt' wieder in der ihr eigenen Art und Weise sehr eingehend mit den Nummern 1o14 bis 1o16. Der Zeitungsbe- und -vertrieb lief aber normal, ohne Störung von Staatsseite.

Es hatten sich aber auch wieder viele neue Leute eingefunden, die mitarbeiteten; was sich leider nicht einstellte, war eine größere Beteiligung von arbeitenden Gruppen in Form von Beiträgen oder Artikeln. Das Spektrum der Beiträge blieb beschränkt.

Bei Nummern 1026 hörte das BUG, daß beim Internationalismus-Buchladen in Hannover BUGs beschlagnahmt worden waren, wobei ein Beschluß des Kammergerichts Berlin vorlag, der besagte, daß die Nummern 1o14 bis 1o22 generell beschlagnahmt seien. Die Überraschung war einigermaßen groß, vor allem auch, weil das Gericht es bis zu diesem Zeitpunkt (und auch später nicht) für nötig hielt, die presserechtlich Verantwortlichen von der Beschlagnahme in Kenntnis zu setzen. Da sonnt man sich monatelang in der Sonne der Legalität und hört dann hinterher,über Umwege, daß dem nicht so war.

Am Sonntag, den 17.9. rechtzeitig zum Beginn des neuen Herbstes, bzw. der Sumpfaustrocknungskampagne, kam dann der große Schlag. Im Keller am Mehringdamm 99 drangen die Freunde ein und nahmen 12 Leute fest, während andere Helfer gleichzeitig 7 Wohnungen und die Druckerei Contrast durchsuchten oder eben auch mal kurz ein paar Leute von der Straße weg einkassierten. Insgesamt wurden 22 Leute festgenommen; nachts wieder freigelassen nach erkennungsdienstlicher Behandlung usw. Gegen diese und noch ca. 8 weitere läuft nun ein Verfahren wegen ‚Unterstützung terroristischer Vereinigungen' (§ 129 a). Die Durchsuchungsbeschlüsse enthielten teilweise genau dieselbe Begründung wie bei den AGIT-Druckern in Bezug auf das alte INFO. Das Gericht hält es nicht einmal mehr für nötig, im einzelnen zu begründen, sondern erlaubt sich , zu argumentieren, daß die „Gesamtheit der Beiträge" im BUG-Info geeignet sei, beim Leser psychologische Hemmschwellen gegenüber der Guerilla abzubauen.

Mit diesem Vorgehen, eine legale Zeitung wie eine Untergrundgruppe zu behandeln, soll auch schon eine Vorverurteilung erreicht werden. Nur so ist z.B. die Maßnahme zu verstehen, auch noch die Druckerei zu durchsuchen, um die Tatbeteiligung der Druckerei nachzuweisen, wenn deren ‚Tatbeteiligung', nämlich ihrem Beruf nachzugehen und zu drucken, jede Woche im Impressum stand. Das Ziel dieser Aktion ist klar: das Verbreiten unliebsamer Informationen oder auch nur das Abdrucken von Comics (!) soll als Terrorismusunterstützung uminterpretiert werden.

Da der Angriff des Staates sowohl bei Agit als auch jetzt die gleichen Leute treffen soll (nämlich uns alle), bietet es sich an, die Solidaritätsarbeit für die angeblichen oder tatsächlichen Buggies zusammen mit und im Agit-Kollektiv zu leisten.

Kontakt: Agit-Komitee, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61, Montag und Donnerstag, jeweils 19 Uhr.

Die mangelnde Reaktion in der Scene hat viele erschreckt. Die Staatsaktion sprach sich teilweise noch nicht einmal herum; und wo sie's tat, traf sie größtenteils auf Apathie und Schulterzucken: „Es hat halt wieder mal jemand erwischt". Am letzten Freitag haben sich deshalb schon eine Reihe von Gruppen getroffen, um darüber zu sprechen, wie wir es schaffen können, aus unserer desolaten Lage wieder herauszukommen; langsam wieder eine Kommunikation untereinander aufzubauen, die den Namen auch verdient. (Ob mit oder ohne Zeitung soll jetzt erst mal egal sein). Erinnerungen an das alte Mittwochsplenum wurden wach; und wenn es uns gelingen sollte, langfristig etwas ähnliches - aber Besseres) auf die Beine zu stellen, dann wäre der Bullenschuß in die Hose gegangen.

Nächster Treff ist am Freitag, den 29.9. im Rauch-Haus,19.00.

PSI BEI AGIT

Berlin September 78 — *Dies ist ein Flugblatt aus Berlin:*

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 6

Strafprozeßordnung

Zeugen — § 52

Zeugnisverweigerungsrecht — **RiStBV 55**

52 **¹ Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt**
1. der Verlobte des Beschuldigten;
2. der Ehegatte des Beschuldigten, auch wenn ‹die Ehe nicht **mehr besteht;**

5) Verlöbnis (Nr. 1): Es ist ein (nicht notwendig öffentliches) formloses beiderseitiges, ernstgemeintes Eheversprechen, das im Augenblick der Vernehmung noch besteht (BGH 23, 17)

›Das Gericht darf die Angabe des Zeugen über das Vorhandensein des Verlöbnisses als richtig hinnehmen, falls kein Beteiligter widerspricht (OGH 2, 173).‹Es kann aber auch eine Glaubhaftmachung gemäß § 56 fordern›

Glaubhaftmachung

56 **Die Tatsache, auf die der Zeuge die Verweigerung des Zeugnisses in den Fällen der §§ 52, 53 und 55 stützt, ist auf Verlangen glaubhaft zu machen. Es genügt die eidliche Versicherung des Zeugen.**

Wie die Richter des 4. Senats des Kammergerichts Berlin sich vom Boden der Strafprozeßordnung lösen und sich mit übersinnlichen Mächten verbünden!

Keine Horrorgeschichte aus mittelalterlicher Zeit der Inquisition, sondern real erlebt während der Beweisaufnahme am 21.9.78 im AGIT-Prozeß, in dem — wie bekannt — sich vier Drucker für die Ausübung ihres Berufes strafrechtlich zu verantworten haben.

Der Anlaß: eher bodenständig, menschlich, alltäglich — Zwei Verlobungen!

Die eine besteht schon längere Zeit, bestand schon während der Haftzeit von Heinrich Weyer, genannt Henning, einem der vier Drucker. Seine Verlobte Stephanie ist zugleich Zeugin in dem Prozeß; Zeugin für eine Nebensächlichkeit: Den Urlaubstermin von Henning zur Zeit der berüchtigten Zensurschwärzung in der AGIT-Druckerei. (An diesem Tag wurde ein Artikel der RZ unkenntlich gemacht, also Zensur ausgeübt — entgegen dem Statut und Selbstverständnis des Druckkollektivs. In der nächsten Ausgabe erschien dann der geschwärzte Artikel incl. Selbstkritik).

Der Staatsanwalt aber möchte mehr wissen: Dinge, die mit dem Prozeß kaum noch etwas zu tun haben; Dinge, die die Zeugin möglicherweise selbst belasten oder ihren Verlobten belasten könnten. Er fragt nach ROTER HILFE, ihrer und anderer Mitgliedschaft. In der Kenntnis staatsanwaltschaftlicher Hinterhältigkeit entschließt sich die Zeugin und Verlobte Stephanie von ihrem strafprozessualen Recht der Aussageverweigerung Gebrauch zu machen.

Das paßt dem Staatsanwalt jedoch gar nicht: Seit wann denn Leute aus diesen Kreisen (gemeint sind wohl Blatt- und Info-Leser) heiraten täten und sich gar die Ehe versprächen?

Stephanie wird also vom Gericht und der Staatsanwaltschaft in entwürdigender Weise nach "näheren Umständen" dieser Verlobung befragt, sie soll "das Verlöbnis glaubhaft ma-

chen", und: sie könne auch darauf vereidigt werden, und sie wisse wohl, was das heißt, droht das Gericht. Da jedoch der Vorsitzende Richter Zelle den Briefwechsel der beiden noch aus der Haftzeit kennt, wird schließlich auf eine Vereidigung verzichtet und ihr Recht auf Aussageverweigerung anerkannt.

Ganz anders bei der 2. Zeugin, der zweiten Verlobung: Annette, die Freundin von Gerhard Foß, hatte sich mit diesem erst am 15.9.78 verlobt. Dies fanden die Richter bereits sehr verdächtig. Doch nicht genug damit: Annette und Gerdi verschickten dreist Verlobungskarten an ihre Freunde und das Gericht:

Berlin-Dahlem
den 15.9.78

Ihre Verlobung geben bekannt

Anette Wilmes
Gerhard Voß

Unsere Freunde laden wir ein zu einer kleinen Feier, am 20.9.78, 20.00 h, Mehringdamm 99.

Von Kranz- und Blumenspenden bitten wir abzusehen, stattdessen nehmen wir Beiträge zur Verteidigung der Agit-Drucker an.

Der Zeitpunkt der Verlobung, die satirische Formulierung über die Kranz-Blumenspenden, die Einladung zur Feier am Mehringdamm (wo auch mal das Info-BUG gemacht wurde) sowie der Druck von AGIT – das Gericht fühlt sich verhohnepiepelt!

Es folgen wieder die unwürdige Befragung nach Einzelheiten zur Glaubhaftmachung und unverhohlene Einschüchterungsversuche. Sichtlich wutschnaubend erklärt Richter Zelle schon mal vorab, die Zeugin lüge, er glaube ihr kein Wort!

Und diesem Ausdruck unbefangener Bewertung von Zeugenaussagen schließt sich das gesamte Gericht und natürlich der Staatsanwalt an – wohl wissend, daß ein Eheversprechen – gegeben unter vier Augen – in intimer Situation womöglich – kaum justiziabel ist. Denn keiner der Richter hat doch wohl unter dem Bett gesessen. Gerade deshalb sieht die Strafprozeßordnung zur Glaubhaftmachung sinnvollerweise auch nur die eidliche Versicherung der Verlobten vor. Aber Strafprozeßordnung hin und her, am besten weg damit; keiner kann ungestraft einen Kammer-Richter verhohnepiepeln.

Und damit das auch die Zuschauer begreifen, die ihrerseits nun gar nichts mehr begreifen, wird der Saal von der Polizei geräumt.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück, und dabei muß es passiert sein: Nur außersinnliche Wahrnehmung, die Wirkung von Psi-Kräften oder der Bund mit dem Teufel können die Erleuchtung erklären, mit der das Gericht den profanen Boden der Strafprozeßordnung verläßt, auf den einzig zulässigen Beweis verzichtet, und doch als Wahrheit verkündet, als es von der Beratung zurückkehrt:

Anette und Gerdi sind nicht verlobt!
Punktum! Beschlossen und verkündet!

1. Maßnahme dieses Tages: DM 300.– Zwangsgeld für Anette; Montag, am nächsten Prozeßtag droht Erzwingungshaft.
Wer weiß – Demnächst wird vielleicht wieder aufs Rad geflochten!!??!!!!!

Die Letzte Meldung aus Berlin erreichte uns telefonisch:

Anette Wilmes ist tatsächlich am Montag, 25.9., im Gerichtssaal verhaftet worden. Am Donnerstag, 28.9., kam sie wieder aus dem Gefängnis. Sinn der „Beugehaft" war, sie zur Aussage zu zwingen. Mittlerweile muß das Gericht aber an ihre Verlobung glauben, weil am Dienstag das Aufgebot beim Standesamt bestellt wurde und die Hochzeit am 20. Oktober sein soll.

DAS NEBELHORN SUCHT MITARBEITER

Rheinbach/Berlin 28.9.78 — *Werner Schlegel, weiterhin wohnHAFT in 5308 Rheinbach, Postfach 601 ist Mitherausgeber der Zeitschrift 'Das Nebelhorn', c/o Ronald Glomb, Muskauerstr. 15, 1 Berlin 36. Das 'Nebelhorn' erscheint (vorerst) dreimal jährlich. DIN A4, kartoniert, im Schnitt 60 S., Einzelpreis 4,50, Abonnement 12.- DM inkl. Proto für ein Jahr. Sozialabo für Gefangene 6.- DM; (= eine Hälfte der Kosten trägt NEBELHORN, andere Hälfte die edlen Spender/innen). Die Herausgeber schrieben weiter:*

"Ihr sitzt im Knast. Ihr schreibt. Vielleicht, um den Knast besser bewältigen zu können; vielleicht, weil ihr meint – da würden wir euch voll zustimmen! – was ihr erlebt, tag-täglich, ist wichtig genug, um festgehalten zu werden; vielleicht, weil ihr euch bewußt oder unbewußt darüber im Klaren seid, daß es eure Aufgabe ist, 'Sprachrohr' für die mitinhaftierten Kollegen zu sein, die sich nicht so gut artikulieren können; vielleicht, weil . . . – Gründe zu schreiben gibt es genug. Ihr tut es. Veröffentlichungsmöglichkeiten allerdings bieten sich gerade euch höchst selten. Und wenn, dann unter dem Blickwinkel des 'exotischen Zooeffekts'. Heißt: Selbst wenn sich diejenigen, die euch eine Veröffentlichungschance einräumten und -räumen von den besten Absichten leiten lassen, werdet ihr dabei in die Ecke der "schreibenden Gefangenen" gestellt. Die Betonung liegt auf GEFANGENE.

Dagegen haben WIR etwas! Dagegen, daß inhaftierte Autor(inn)en als 'nur-Knastliteraten' abgetan werden und dagegen, daß z.B. die den Resozialisierungsmythos entlarvende Beschreibung der Vollzugsrealität den lohnschreibenden Berufsmeinungsfälschern und/oder bürokratischen Gefühlsbetonierern überlassen bleibt; wo sie dann alles andere als entlarvend ausfällt . . .! Deshalb wird euch ab der nächsten Ausgabe 1/5 der Seitenzahl von DAS NEBELHORN als Veröffentlichungsplattform zur Verfügung stehen. 1/5 ist als Richtzahl für die Beitragsrelation von inhaftierten zu nichtinhaftierten Autor(inn)en zu verstehen. Ihr werdet dabei – sowohl was die Auswahlkriterien für die Publikation, wie auch die Präsentation angenommener Texte angeht – weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Mit einem Wort: DAS NEBELHORN kennt keine schreibenden Knackis einerseits und Schriftsteller(inn)en andererseits, sondern nur AUTOR–INN)EN.

In einem Punkt allerdings wird der Begriff Knast eine Sonderstellung in unserer Zeitschrift einnehmen. In der Rubrik NEBELHORN–EXTRA werden wir überwiegend dokumentarisches zum Thema veröffentlichen, in Form von Erfahrungsberichten, Artikeln, Essays, 'Fall'schilderungen, Dokumenten. Wir verfolgen damit drei Ziele:

1. Für unsere außenstehenden Leser/innen die Bereiche Justiz/Strafvollzug transparent werden zu lassen. Hoffend, sie und unsere Herausgeberkollegen von anderen Literaturzeitschriften ließen sich vom guten Beispiel zu eigenen Aktivitäten motivieren (Brief-betreuungs-kontakte usw.).
2. Beizutragen die strukturelle Gewalt des Gesellschaftssystems, die nirgendwo so klar zutage tritt wie im Strafvollzug, zu dokumentieren.
3. Einen ersten Schritt zur Realisierung unseres langfristigen Konzepts = Ausbau der Zeitschrift zu einem Forum für Kultur und Politik zu tun. Selbstverständlich ist eure Mitarbeit auch für NEBELHORN–EXTRA erwünscht.

Vielleicht sagen manche von euch jetzt: "Wissen die eigentlich, was sie sich da vorgenommen haben" oder "werden sie nicht doch Zensur ausüben, wenn besonders justizkritische Manuskripte eingesandt werden?" Die eindeutige Antwort lautet: Sie wissen – und sie werden NICHT! Sie wissen, da einer der Herausgeber, der Verfasser dieses Schreibens, selbst seit dem 21.3.1975 hinter Gittern sitzt. Sie werden nicht, weil es ganz

einfach unserem Selbstverständnis widerspräche.

Noch einige Sätze zu den technischen Bedingungen: Jede Ausgabe steht unter einem Hauptthema. Nächste Nummer

Monumente, Denkmäler & Erinnerungen.

Wer damit nichts anfangen kann — es werden jeweils auch themenungebundene Arbeiten veröffentlicht. Manuskripte (alle Formen lit. Prosa, Lyrik usw.) bitte mit kurzer stichwortartiger Biographie an die Redaktionsanschrift. Schreibt dazu, ob ihr Briefkontakte wünscht — eigentlich eine dumme Bemerkung, trotzdem. . . — , wir werden das dann bei den biographischen Angaben besonders erwähnen. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der

25. Oktober 1978

Last not least: Sollte einmal ein Beleg- oder Abonnentenexemplar angehalten werden (wir werden uns bemühen, je nach finanziellen Verhältnissen, allen Einsendern ein Freiabonnement zu 'stiften', zumal wir keine Honorare zahlen können, wie fast alle Literaturzeitschriften), informiert uns bitte umgehend. Ebenso wie sicher ihr selbst werden wir rechtliche Schritte dagegen einleiten, soweit unsere Kraft und Zeit es zuläßt. Das rationellste Verfahren diskutieren wir derzeit noch. Vielleicht könnt ihr uns Tips dazu geben? Wir denken momentan für den Fall der Fälle an Sammelbeschwerden bei den zuständigen Landesjustizministerien. Den besten Weg wird die praktische Erfahrung zeigen.

Na den — wir erwarten eure Einsendungen!"

Abteilung: Der humorige Guerillero

ERKLÄRUNG DER REVOLUTIONÄREN ZELLEN

Garlstedt 28.9.78 — *Wir veröffentlichen hier Auszüge aus einer Erklärung der Revolutionären Zellen:*

"Die Revolutionären Zellen haben heute das im Bau befindliche Kasernengelände in Garlstedt angegriffen.

Ein Sprengstoffvergehen in Tateinheit mit Landfriedensbruch und einer erheblichen Ruhestörung, für die wir uns hier entschuldigen und um ihre Nachsicht bitten. Wir haben auf dieses Mittel zurückgegriffen, weil es uns mit kräftigem Pusten und Gegentreten nicht gelang, die Gebäude zum Einsturz zu bringen.

Auf dem Gelände sollen voraussichtlich im September ca. 3600 Ledernacken, sowie 200 Kettenfahrzeuge und zahlreiche Atomsprengköpfe untergebracht werden. Dafür wurden rund 1500 qm Heidefläche verwüstet. Daß über 45.000 Unterschriften, die örtliche Bevölkerung und deren Initiativen in ihrem Kampf gegen die Stationierung ignoriert und zum Teil kriminalisiert wurden, zeigt einmal mehr die Notwendigkeit, unseren Widerstand gegen die ökologische Verwüstung, der US-Invasion im Einvernehmen mit der Bundesregierung und der Kriminalisierung derjenigen, die sich dem widersetzen, keine Grenzen setzen. . . "

Die bürgerliche Presse teilt in einer ihrer Zeitungen mit, daß bei dem Anschlag ein Sachschaden von DM 100.000 errichtet worden ist. Den Schaden hat ein Werkstattgebäude davongetragen.

BEERDIGUNG OHNE RAMBO ZAMBO

FRANKFURT, 20. September — *Ein unbekannter ID-Leser schreibt*

"Weil mir zu Ohren gekommen ist, daß in der Scene gewisse Leute sich aufregen, weil Willy Stoll ohne Rambo Zambo beerdigt wurde, möchte ich als unmittelbar Beteiligter ein paar Sätze dazu sagen.

Wenn sie ihren Toten in einer großen Zeremonie zu Grabe tragen, dann beweist das nur, daß er gestorben ist ohne Chance in einem Herzen weiter zu leben. Die Bedeutung an der Beerdigung von Willy teilzunehmen konnte nicht groß sein, denn zu oft haben wir schon bei solchen Ereignissen praktisch und gefühlsmäßig eine Niederlage einstecken müssen. Es waren auch diesmal die Bullen zahlreich vertreten, schon die Anfahrtswege wurden überwacht, und Reporter sorgten für den ihnen eigenen Schweinerummel, bemühten sich in rücksichtsloser Art und Weise um Grundstoff ihrer Lügen. Eine große Show wäre ihnen entgegen gekommen, jetzt liefen sie leer.

In diesem ganzen Rahmen noch zwei- oder dreihundert vermummte Leute, bestens gefilmt, kontrolliert und überwacht, wären auch für unsere subjektiven Gefühle zu viel gewesen. Wir wollten Willy nicht für uns 'reklamieren' oder 'Besitz ergreifen', wie könnten wir dies auch tun? Seine nächsten Freunde, mit denen er in den letzten zwei Jahren zusammen kämpfte,konnten nicht kommen und andere Antiimperialisten drückten ihre Trauer praktisch aus (ETA z.B.).

Wir haben uns auch bemüht, die Reporter von den Verwandten fern zu halten, was nicht ganz gelang, und irgend einen Pfarrer daran zu hindern 'erhebende Worte' am Grab zu sprechen. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel verweigerte unseren Antrag, Willy neben Gudrun, Jan und Andreas zu beerdigen.

Die Tage von der Übergabe Willys bis zur Beerdigung waren ein zynisch gespickter Weg des Imperialismus. Noch auf den toten Körper legten die Bullen großen Wert, bewachten ihn und waren immer gegenwärtig um unseren Schmerz zu schikanieren.

Wir haben Willy umgezogen. Das stupide Leichenhemd wurde durch 'normale' Klamotten ersetzt, ein schwarzes Halstuch und einen roten Stern.

Als wir die Halle verließen, notierten sich die Bullen zum hunderttausendsten Male unsere Personalien. Sie führten sich auf, als ahnten sie welche Kraft von Willy ausgeht!

Jeder der wirklich etwas beim Tode von Willy Stoll empfunden hat und für den das Grab eine symbolische Bedeutung besitzt, kann auf dem alten Friedhof im Stuttgarter Stadtteil Vaihingen vorbei gehen. Zu erkennen ist es daran, daß es nichts christliches 'ziert', kein Kreuz, Jesus oder ähnliche Dinge. Ein großer Haufen wild durcheinander liegender Blumen.

Die Freiheit, für die Willy kämpfte und weswegen er getötet wurde, ist am besten tief in uns aufgehoben. Das Blut aus seinen Schußwunden tropft in Herzen, wenn der Wille zu leben und der Wille des Kampfes gegen den 1984 Faschismus der Sozialdemokratie weit über dieses Grab hinaus stark bleibt bis wir Menschen sind und nur noch Brüder und Schwestern kennen.

Meine Adresse gebe ich hier nicht an, um mir eine öffentliche Erörterung dieser Gefühle zu ersparen.

Wer betroffen ist, wird handeln!"

Antifaschistenprozesse

GESCHICHTEN VOM ZEUGENBETREUER DER HAMBURGER POLIZEI

Hamburg 24.9.78 — *Hamburger Rechtsanwälte stellen hier einen neuen Beruf im Polizeigewerbe vor: den Zeugenbetreuer.*

"Ein Mann geht um in Hamburgs Strafprozessen: Der Zeugenbetreuer PHK Stöhlmacher. Seit April 1977 "betreut" Herr Stöhlmacher Polizeibeamte, die als Zeugen in bestimmten Strafprozessen auftreten müssen, und zwar

1. in Verfahren, die vermutlich eine Resonanz in der Öffentlichkeit haben,
2. Verfahren, die in irgendeiner Form einen politischen Hintergrund habe.

Im Hamburger Anti-Faschisten-Prozeß, der seit dem 8. Mai 1978 im Staatsschutzsaal des Landgerichts verhandelt wird, hat Herr Stöhlmacher alle von der Anklage benannten Polizeizeugen betreut. Die Zeugen wurden per Anschreiben ("Sie werden gebeten, sich umgehend mit mir in Verbindung zu setzen, um die näheren Einzelheiten der Zeugenbetreuung zu besprechen"), einzeln zu Herrn Stöhlmacher vorgeladen, in anderen Fällen fand eine Gruppenberatung direkt auf den Dienststellen der Zeugen statt.

Den Inhalt dieser Beratungen ließen die bereits vernommenen Polizeibeamten weitgehend im Dunkeln. Herr Stöhlmacher habe sie nur über das Verhalten vor Gericht ganz allgemein belehrt. Als nützlich empfanden die Zeugen jedoch, daß ihnen Herr Stöhlmacher eine Dienststelle benannte, in der sie ihre früheren Anzeigen und Vernehmungsprotokolle noch einmal einsehen konnten. Denn, "an den Vorfall selbst hatte ich praktisch überhaupt keine Erinnerung mehr."

Der Zeugenberater oder wie er in Justizkreisen auch genannt wird "Zeugenvater Stöhlmann" ist nun vom Gericht zum nächsten Termin geladen worden. Allerdings nicht, wie man annehmen könnte, um über seine Beratungspraktiken auszusagen, sondern um den Zeugen auch in der Hauptverhandlung als Berater zur Verfügung zu stehen. Nach der Absicht des Gerichts sogar bis zum Ende der Hauptverhandlung, die jetzt bereits bis Ende November terminiert ist.

Herr Stöhlmacher gibt den Zeugen nämlich nicht nur entscheidende Hinweise, wie sie sich auf ihre Aussage bei Gericht vorbereiten sollen, sondern er legt auch fest, in welchem Umfang sie aussagen dürfen. Herr Stöhlmacher erteilt den Polizeizeugen sog. "Aussagegenehmigungen", in denen bestimmt ist, was der Polizeizeuge n i c h t aussagen darf.

Um die Zuverlässigkeit und Grenzen solcher Aussagegenehmigungen ging es am letzten Verhandlungstag. Der Anlaß: Der Polizeizeuge Pötsch hatte im Hinblick auf die von Herrn Stöhlmacher erteilte Aussagebeschränkung die Antwort auf die Frage verweigert, "ob er beim Einsatz mit einem Schlagstock ausgerüstet gewesen sei".

Nun soll nach dem Willen des Gerichts Herr Stöhlmacher ständig in der Verhandlung anwesend sein, um die Zeugen entsprechend zu beraten, was sie nach dem Inhalt der Aussagegenehmigung noch aussagen dürfen und was nicht.

Die besondere Würze dieser vom Gericht sanktionierten Beratertätigkeit leigt darin, daß Herr Stöhlmacher die zu betreuenden Polizeizeugen nun auch über solche Fragen beraten darf, zu denen er zu einem späteren Termin auf Beschluß das Gerichts selbst als Zeuge gehört werden soll. Nämlich über den wirklichen Inhalt seiner mindestens anrüchigen Betreuertätigkeit. Wie der Zeuge Stöhlmacher in dieser Frage die übrigen Zeugen beraten wird, steht schon jetzt fest. Bei einer Vernehmung in einem anderen Prozeß zum Inhalt seiner Betreuergespräche sagte Herr Stöhlmacher: "Soweit geht meine Aussagegenehmigung nicht."

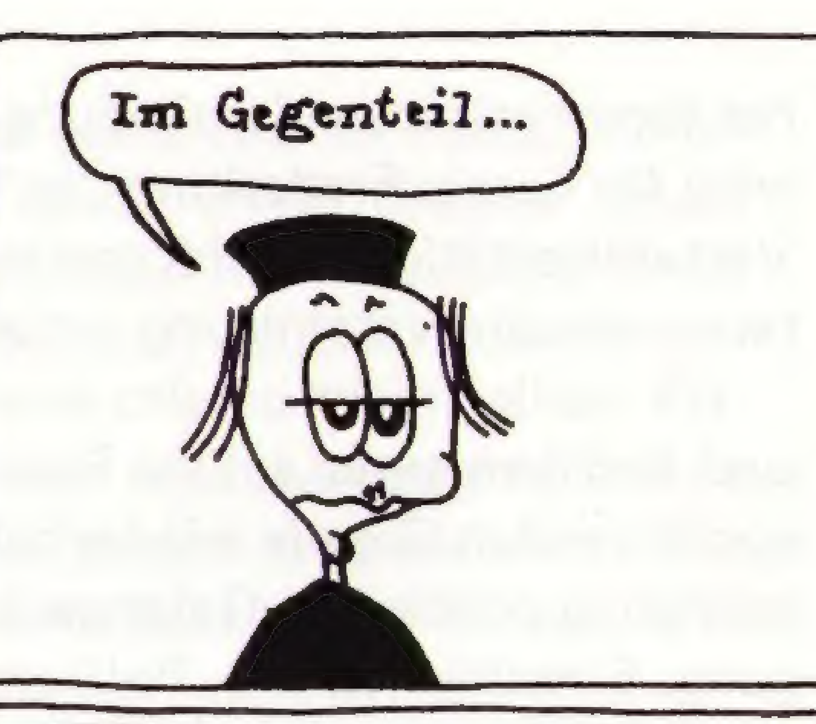
An dieser Stelle gerät der Prozeß zum absurden Theater."

Rechtsanwälte: Uwe Maeffert, Franziska Piontek, Petra Rogge, Gerhard Baisch, Dietmar Kleinert, Helmut Böddeling, Michael Böttcher, Rainer Köncke, Ulrich von Behr.

EIN HAUSDURCHSUCHUNGSBEFEHL IST NICHT MEHR NÖTIG

DÜSSELDORF 25. September 1978 — *Vom politischen Buchladen in der Düsseldorfer Konkordiastraße 81 kommt die folgende Presseerklärung:*









„Am 18.9.78 gegen 15 Uhr betraten drei Beamte der Kriminalpolizei unseren Buchladen, während zwei Uniformierte, mit MP ausgerüstete Beamte den Ausgang „sicherten". Die Beamten erklärten, daß sie ohne Hausdurchsuchungsbefehl kämen und daß sie das BUG-Info Nr. 1033 suchen würden. Sie begründeten das Fehlen eines Hausdurchsuchungsbefehles mit „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129)" und damit wäre Gefahr im Verzuge. Beschlagnahmt wurde eine ältere Quittung über den Verkauf einer Ausgabe des BUG-Infos. Exemplare der gesuchten Ausgabe wurden nicht gefunden.

Obwohl die Beamten darauf hingewiesen wurden, daß sowohl eine Hausdurchsuchung ohne richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl als auch eine Beschlagnahmung in Druckereien, Verlagen, Vertriebsgesellschaften etc. laut §§ 91, 1 StPO in Verbinduch mit §§ 97, 5 StPO nicht statthaft ist und auch das Fehlen eines Hausdurchsuchungsbefehles nicht mit „Gefahr im Verzuge" begründet werden darf, nahmen sie eine Hausdurchsuchung vor.

Wir sehen in diesem Vorgehen wieder ein Beispiel dafür, daß im Zuge der allgemeinen Terroristenfahndung elementare Grundrechte (in diesem Fall die Pressefreiheit) durch die Ermittlungsbehörden eingeschränkt und oppositionelle Kräfte eingeschüchtert und verunsichert werden sollen. Insbesondere der Tod von Willi Peter Stoll wird hier in Düsseldorf zum Anlaß genommen, verstärkt gegen diese Kräfte vorzugehen (siehe Verurteilung eines Gegenwind-Redakteurs vom 13.9.78, oder die Personenkontrolle im Verlag des Stadtmagazins „Überblick"). Wir glauben daß nur durch eine Öffentlichmachung dieser zum Teil grundgesetzwidrigen Vorgänge eine Entwicklung zum Polizeistaat in der BRD zu verhindern ist. Deshalb wenden wir uns auch an Sie, mit der Bitte, diese Erklärung zu veröffentlichen, um eventuell eine Diskussion darüber anzuregen."

ZUR DURCHSUCHUNG DER WOHNUNG VON GISELA FREDERKING

Essen 20.9.78 — *Aus dem Frauenzentrum Essen kommt folgender Brief zur Durchsuchung der Wohnung und des Büros der Essener Anwältin Gisela Frederking am 22.8.78. Dazu: ID Nr. 245, Seite 8.*

Am 22.8.78 wurde in einer kriminalisierenden und diskriminierenden Aktion die Privatwohnung und die Büroräume der Anwältin Gisela Frederking in Essen durchsucht. Als Grund für diese Maßnahmen wurde ihre Verteidigertätigkeit für Karl-Heinz Dellwo, einem politischen Gefangenen, angegeben. Ihm wird unterstellt aus der Haft heraus Kontakte zu ei-

ner terroristischen Vereinigung unterhalten zu haben. Daraus wird für Gisela Frederking der Vorwurf abgeleitet durch ihre Verteidigertätigkeit Informationen weitergegeben und eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben.

Wir wollen nicht im einzelnen die bekannten Argumente und Kritiken gegen solche Praktiken des Staates und seiner ausführenden Organe wiederholen. (Kriminalisierung der Verteidigung politischer Gefangener, Verhinderung von Verteidigung, Einschüchterung, Polizeistaatsmethoden, Gesetzesänderungen, "Austrocknung des Sumpfes" Andersdenkender). Das ist oft genug von anderen Personen und Gruppen bei ähnlichen Anlässen aufgezeigt worden. Wir wollen zeigen, daß wir hinter Gisela stehen.

Bei der Hausdurchsuchung wurde nichts gefunden, was etwaige strafbare Handlungen belegen könnte. — Allerdings hat die Durchsuchung und das Ermittlungsverfahren gegen Gisela Frederking schwerwiegende Folgen: Das Büro ist in der Stadt diskriminiert, was sicherlich Auswirkungen auf das Vertrauen neuer Mandanten gegenüber diesem Anwaltsbüro hat; Gisela wurde erkennungsdienstlich behandelt; insgesamt stellt diese Aktion eine Bedrohung und Einschüchterung von Gisela dar.

Wir solidarisieren uns mit Gisela besonders, weil sie unsere Arbeit im Frauenzentrum unterstützt und sich in ihrer Anwaltstätigkeit mit den spezifischen Problemen der Frauen intensiv beschäftigt.

Wir sehen im Augenblick keine andere Möglichkeit als diesen Brief um unsere zunehmende Betroffenheit und Bedrohung zu äußern.

Kontakt: Frauenzentrum, Fronhauser Str. 271, 4300 Essen

BERUFSVERBOT GEGEN EINE LEHRERIN

HAMBURG
20. September 78

An der Schule Stübenhofer Weg in Wilhelmsburg soll die Lehrerin Sabine Dege entlassen werden. Die Schulbehörde wirft ihr mangelnde Amtsverschwiegenheit und „mangelnde politische Zurückhaltung" vor. Hierzu schreibt Rechtsanwalt Uwe Maeffert, Bahrenfelderstr. 93, aus 2000 Hamburg 50:

„Kündigungsschreiben der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung vom 9.8.1978:

„Bereits im Referendariat haben Sie sich nicht stets loyal gegenüber Ihrem Dienstherrn verhalten und sich nicht zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekannt..."

Als frühere Beispiele für den behaupteten Mangel an Loyalität und Verfassungstreue führt die Behörde ausschließlich die Beteiligung der Lehrerin während ihrer Ausbildung an Auseinandersetzungen zwischen Seminarteilnehmern und dem Seminarleiter im Jahre 1974 an. So wird der Lehrerin u.a. vorgeworfen, sich von einer von Referendaren erstellten Analyse des Schulverfassungsgesetzes nicht distanziert zu haben:

„Herr Duyser fragte im Seminar jeden Referendar, ob er sich von dem Inhalt dieser Sachanalyse distanziere. Sie taten dies nicht. Daraufhin wurden Sie wie die anderen Referendare, die sich ebenfalls nicht von der Analyse distanziert hatten, vom zuständigen Schulaufsichtsbeamten verwarnt..."

Seit dem 1.8.1976 besteht zwischen der Behörde und der Lehrerin ein Arbeitsverhältnis. Wie es dazu und schließlich zur Kündigung kam, liest sich im Kündigungsschreiben so:

„Bis zur Beendigung des Vorbereitungsdienstes wurden Sie einem anderen Hauptseminar zugeteilt. Weil sich dort derartige Vorfälle nicht wiederholten, entstand bei der Behörde die Hoffnung, daß Sie Ihr Verhalten aus Einsicht tiefgreifend und endgültig geändert haben. Wenn dies auch nicht gänzlich zweifelsfrei war, entschließt sich die Behörde jedoch, Ihnen eine erneute Chance zu geben. ... Daß die Hoffnung der Behörde unberechtigt war, wurde dann im Herbst 1977 offenbar, und zwar durch ein Schreiben vom 23.9.1977, in dem ein Vater eines Schülers am Stübenhofer Weg mitteilte, daß Sie am 20.8.1977 vor dem Gebäude des Kaufhauses Karstadt in Harburg ein Flugblatt des KBW verteilt hatten. ..."

Fast ein Jahr nach dieser Denunziation entschließt sich die Behörde zu dieser politischen Kündigung mit der beabsichtigten Folge des Berufsverbotes. Dem ersten Versuch der Entlassung hatte sich der Personalrat widersetzt „mangels Information". Inzwischen hatten Lehrer, Eltern und Schüler gegen die Kündigungsabsicht protestiert. In diesem ungewöhnlich breiten und einmütigen Protest sieht die Behörde nun einen weiteren Kündigungsgrund, indem sie der Lehrerin ohne jeden konkreten Bezug „Störung des Betriebsfriedens" vorwirft.

Gegen alle öffentlichen Beteuerungen von Regierungsmitgliedern, den sogenannten Radikalenerlaß liberalisieren zu wollen, zeigen die Umstände dieser Kündigung, daß die Anwendung des Erlasses, der „auf den Misthaufen gehört" (Egon Bahr), tatsächlich zunehmend verschärft und ausgeweitet wird."



PRESSEMITTEILUNG

Landesregierung legt Berufung gegen das Arbeitsgerichtsurteil im Berufsverbotsfall Willi Gierke ein

Oldenburg
27.9.78

Gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Hannover, wonach dem Sozialwissenschaftler Willi G i e r k e ein Schadensentgelt in Höhe von 8 Monatsgehältern zu zahlen ist, hat die niedersächsische Landesregierung Berufung eingelegt. Darüberhinaus beantragt sie die Aufhebung der Verpflichtung aus dem Urteil, das Schadensentgelt bereits jetzt zu erstatten.

Dem Diplom-Sozialwirt Willi Gierke war 1976 die Einstellung in einem Forschungsprojekt "Wasserforschung im Küstenbereich" an der Technischen Universität Hannover verwehrt worden, weil er für die Detusche Kommunistische Partei und den MSB Spartakus kandidiert hatte. Nach einer Einstellungs-

verzögerung von über zwei Monaten war als zusätzliche Begründung angeführt worden, eine Arbeitsaufnahme in dem auf 8 Monate befristeten Projekt sei nunmehr sowieso nicht sinnvoll. Vor dem Arbeitsgericht Hannover hatte Gierke im Februar dieses Jahres Erfolg mit seiner Klage auf Schadensersatz.
Die wichtigsten Urteilsgründe:
1. Aus der Zugehörigkeit und Aktivitäten für eine nicht verbotene Partei könnten keine Zweifel an der Eignung Gierkes für die Stelle entstehen;
2. die eingetretene Einstellungsverzögerung von über zwei Monaten habe das Land zu vertreten, da " in Fällen der vorliegenden Art eine Frist von allenfalls vier Wochen zur Überprüfung der Eignung eines Bewerbers zuzubilligen ist."

In der Berufungsbegründug der Landesregierung wird nun dagegen behauptet, die Mitgliedschaft in der –legalen– DKP begründe in jedem Falle Zweifel an der Eignung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst. Die Forderung nach Verkürzung der Überprüfungszeit auf vier Wochen wird als "utopisch" und "unvernünftig" bezeichnet: "Man kann nicht an irgendeiner einzelnen Stelle der Staatsorganisation plötzlich ein Übermaß für notwendig halten, das es nirgendwo sonst gibt, und für das Aufwendungen erforderlich wären, die im Gesamtinteresse nicht vertretbar sind."

Der Antrag auf Aufhebung der Verpflichtung, das Schadensgelt schon jetzt zu zahlen, wird damit begründet, daß Gierke nach seiner jetzigen beruflichen Lage die Urteilssumme ja nicht zurückzahlen könne. Schließlich nennt der Schriftsatz die lange Dauer der Einstellungsverzögerung, die Gierkes Einstellung letztlich sinnlos gemacht habe, "Pech für den Kläger und Glück für die Allgemeinheit."

Gegen Gierkes Nichteinstellung hatte es zahlreiche Proteste gegeben, u.a. von den Landesverbänden der GEW und der DJD, den Göttinger Kreisverbänden des DGB und der SPD und Bürgern aus Dänemark und Frankreich. Sie sahen insbesondere die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit in Gefahr.

Kontakt: c/o Willi Gierke, Prinzessinweg 62, 29 Oldenburg

PRESSEMITTEILUNG DES RECHTSANWALTES P.H.BAKKER SCHUT VOM 1.SEPTEMBER 1978 ZUR HAFTSITUATION VON RONALD AUGUSTIN UND ZUR EINFÜHRUNG DER SICHERHEITSVERWAHRUNG

UTRECHT
September 78

In einer Pressemitteilung stellt Bakker Schut den Zusammenhang her zwischen den bekanntgewordenen Äußerungen Albrechts:

„Ich kann Ihnen nachweisen, daß es Terroristen gibt, die wir freilassen müssen, von denen wir jetzt schon wissen, welche Mordpläne sie ausüben. Wir können selbst Namen nennen von Menschen, die ermordet werden sollen. Das können wir haarscharf schriftlich beweisen" und den Äußerungen des Justizministers Schwind auf einer Pressekonferenz vom 9. August:

Augustin hätte bereits vor einem Jahr einem Mitgefangenen gesagt, daß er nach seiner Freilassung den amerikanischen Botschafter in Bonn ermorden würde. (vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 9. August 1978).
Augustin wird jetzt seit 5 Jahren gefangengehalten, davon die Hälfte in totaler Isolation und seit 2 1/2 Jahren abwechselnd in Isolation und einer stressbestimmten Gefangenensituation, wo er nur mit laufend wechselnden Gefangenen in Kontakt kommen kann. Viele dieser Gefangenen sind in einem "Kontrollbuch" registriert und ausgefragt worden über ihre Kontakte mit Augustin. Momentan wird von ihm erwartet, daß er mit laufend wechselnden Gefangenen Ausgang hat, TV-Kinderprogramme anguckt, was er ablehnt. Wie alle Gefangenen der RAF kann er mit seinen Anwälten nur noch durch die Trennscheibe sprechen, werden außer seiner Mutter nahezu keine Besucher mehr zugelassen und Briefe immer häufiger eingehalten oder ihre Auslieferung verzögert. Linke Zeitschriften werden überhaupt nicht mehr gestattet, Bücherbestellungen monatelang verzögert.
Am 4. August hat ein Beamter des Staatsschutzes 40 Minuten lang auf seiner Schreibmaschine getippt. Man kann sich fragen ob damit die schriftlichen Beweise der obengenannten "Mordpläne" produziert werden.
Augustin berichtet hierüber wie folgt:

"Um 1o.20 Uhr holt mich der stellvertretende Sicherheitsdienstleiter der JVA Hannover, R. Gräser, aus der Zelle und läßt mich mit was ich mitnehmen will (Zeitungen, Handtuch) in die nahe Badezelle gehen: "Wir wollen Ihre Zelle nochmal durchsuchen", Ich hatte schon vorher einen vom Staatsschutz im Beamtenraum stehen sehen, der sich zu verbergen versuchte, und den ich – weil es weder Durchsuchungsbefehl noch Protokoll gab – offensichtlich nicht zu Gesicht bekommen sollte, weil der Gräser, als er ihn in die Zelle und als er ihn wieder raus ließ, seinen Finger auf den offenen Spion der Badezellentür hielt, durch den ich sonst den Flur vor den Zellen sehen konnte. Die Zelle wurde dann absolut nicht durchsucht, kaum etwas angerührt (nicht mal unter der Matratze oder hinter der Weltkarte gesehen, was sonst das mindeste ist) sondern es wurde, bis 11 Uhr, ausschließlich auf meiner Schreibmaschine getippt, und zwar nach dem Klang erst als ob jeder Buchstabe 3 mal angeschlagen wurde (Probe), dann, während Gräser ihn von 10.35 bis 1o.45 alleine in der abgeschlossenen Zelle ließ, hektisch einen zusammenhängenden Text, und als Gräser zurück war, einzelne Zeilen mit Unterbrechungen. Gräser behauptete zwar, daß nicht mit meiner Maschine geschrieben worden sei, aber ich bin vom Klang her sicher und außerdem ist absolut sicher daß das Schreibband 1 mal durchgelaufen ist, daß die Führungskontrollen verschoben waren und daß nach den rumliegenden nicht angerührten Sachen nirgends Platz für eine andere Maschine war."

Kontaktadresse: RA Bakker Schut, Koningslaan 10, Utrecht/Holland

ICH BIN HERR, SIE SIND 1066

FRANKFURT
20. September

Der folgende Bericht stammt von einem irischen Republikaner, der im Internierungslager Long Kesh im berüchtigten H-Block sitzt. Seit 1971 internieren die Briten oppositionelle Iren, ohne ihnen ein Verfahren zu machen. Der Bericht ist aus den 'Republican News' übernommen

Letzte Nacht muß ich gestorben sein, denn als ich aufwachte diesen Morgen, war ich in der Hölle. Ich weiß wirklich nicht, wie ich hierherkam. Ich denke ich habe nichts getan, was mein Hiersein rechtfertigt.

Aber ich bin hier und ich leide fürchterlich. Ich denke ich bin in einer Art Grab, ich kann nichts sehen außer, daß alles in totaler Dunkelheit liegt. Ich habe keine Kleider an, außer einer Art Lumpen um meine Hüften. Der Boden meines Grabes ist mit einer feuchten, muffigen Substanz bedeckt, deren Art und Herkunft ich nicht kenne. Ein ekelhafter Gestank hängt in der Dunkelheit und die Luft ist warm, schwer und feucht. In der Ecke liegt etwas weiches, dumpfiges, das eine Art Bettzeug zum draufliegen sein soll.

Ich kann schwere, schlagende Geräusche um mich herum hören, deren Echo wie Donner klingt. Irgendwie erinnert es mich an das Zuschlagen schwerer Türen. Ich habe die vier Wände meines Grabes untersucht und es scheint so etwas wie eine Tür in einer der Wände zu sein. Ich kann mein Hiersein nicht

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Posteinlieferung des letzten ID:
Freitag 20 Uhr

Informations Dienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

3842 W 3

RÖTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

verstehen, was, so frage ich mich, soll aus mir werden? Ich weiß ich bin ein menschliches Wesen, auch wenn ich nackt und bärtig bin. Ich kann denken und atmen. Bin ich in der Hölle?
(Die Gefangenen in Long Kesh weigern sich, die vorgeschriebenen Kleider zu tragen. Um durchzusetzen, daß sie eigene Kleider tragen dürfen, bleiben sie nackt.)

Ich höre schwere Schritte näherkommen. Sie halten sehr nahe bei mir an. Es ist jemand oder etwas in der Nähe, ich kann hören, wie es sich bewegt und atmet. Es beobachtet mich. Mehr Geräusche direkt vor meinem Grab. Metall rasselt gegen Metall. Eine quadratische Form, Licht erscheint und enthüllt einen Eingang als die Tür aufschwingt. Eine Gestalt stand in dem grauen, schummrigen Licht des Eingangs. Es war eine menschliche Gestalt, gekleidet in etwas das wie eine Uniform aussieht. Mich genau musternd stand sie mehrere Sekunden still da, bevor sie einen fürchterlichen Schrei ausstieß, der mir kalte Schauer den Rücken runterjagte: „Ich bin Herr!" Die Worte hallten in meinem Grab. „Ich bin ein Herr", bellte sie wieder, „Ich bin ein Herr, sie sind 1066".

Die Tür schwang mit einem lauten knallenden Bumms zu, das dämmrige Licht, dort am Eingang war tötend. Noch ängstlich mich zu bewegen, stand ich in der totalen Finsternis. Was ist 1066, fragte ich mich? Möglicherweise bin ich das, aber ich kann denken, sprechen, riechen und fühlen, ich habe alle meine Sinne, deshalb bin ich keine Nummer. Ich bin nicht 1066, ich bin ein Mensch und keine Nummer, ich bin nicht 1066.

Wer oder was ist ein Herr? Es ängstigte mich , es war böse. Ich spürte, wie es mich haßte, seine Begierde mich zu beherrschen und seine potentiell gewaltätige Natur! Oh,was wird aus mir werden?

Ich erinnere mich, daß ich einmal eine Familie hatte. Wo ist sie? Werde ich jemals wieder etwas von ihr hören oder sehen? Es beobachtet mich, noch einmal wird die Tür geöffnet. Das dämmrige Licht im Eingang beleuchtet die Umrisse der Gestalt in der schwarzen Uniform. „Ich bin ein Herr," sagt sie, „hier ist ihr Essen, 1066".

Eine Schüssel wird mir in die Hände gestoßen und die Tür schließt sich. Bevor das Licht erstarb, konnte ich einen flüchtigen Blick auf den Boden werfen. Er war bedeckt mit Schmutz und Abfall. Mehrere Maden hingen an meinen Beinen. Die Wände waren bedeckt mir einer Menge flacher, aufgedunsener Fliegen. Noch einmal wurde ich vom Schrecken erfaßt, ich lief über den Boden, bestürzt über meine Umgebung. Die Schüssel in meiner Hand war kalt, sie enthielt eine Art Haferschleim, dessen Geruch micht ekelte. Ich stellte die Schüssel auf den Boden. Hin- und herlaufend in totaler Dunkelheit, wurde ich von Depression und Verzweiflung verschlungen. Ich wünschte tot zu sein. „Aber ich bin tot", sagte ich laut, „ich kann nicht einmal mich selber töten", dachte ich.

Eine Brise, ich fühlte eine Brise, die von der Wand hinter mir kam. Mich vortastend, berührte ich ein Stück Stoff, ich riß daran und es fiel herunter. Helles intensives Licht traf meine Augen, machte mich für Augenblicke blind. Mein Grab wurde erhellt, durch die Enthüllung eines Fensters, zerteilt mit sehr realen Stäben. Nähertretend, erschienen tausende von Lichtern, jeder Größe und Farbe in meinem Blickfeld. Diese Lichter sassen auf Bergen von Stacheldraht, der inmitten des tiefschwarzen Horizonts glitzerte und funkelte. Einen weiteren Schritt vorwärtstuend und immer noch geradeausschauend, erscheint ein kleines Gebäude vor mir, in dem sich ein Dutzend oder mehr hellerleuchtete Fenster zeigten. Mehrere nackte Gestalten erschienen in jedem Fenster. Das Gebäude war zwanzig Meter entfernt. Ich konnte sehen das alle Gestalten bärtig waren, sie schienen alle sehr jung, aber ihre Gesichter waren bleich und hager. Es waren junge Männer mit Gesichtern von Alten. Starrte ich auf den Tod? Diese Gestalten starrten weiter ins Nichts oder liefen auf und ab. Wieder Schritte!

Ich drehte micht um. Befürchtungen packten mich wieder während ich darauf wartete, das meine Tür wieder geöffnet würde. Meine gerade erst entdeckte Merkwürdigkeit trat in den Hintergrund, ich fiel in tiefe Enttäuschung und Verzweiflung. Der Gedanke daran, was auf der anderen Seite der Tür lag, quälte mich. Die Tür schwang auf und mehrere schwarzuniformierte Gestalten standen um eine kleine, fette, böse schauende Person herum, die offensichtlich der Anführer war. Sie starrten mich an und begannen, mich anzuspeien: „Ich bin ein Herr, ich bin ein Herr, sie werden sich anpassen, anpassen, anpassen." Sie packten mich und begannen zu schlagen und zu treten, während sie kreischten: „Sie werden sich anpassen im H-Block 5."

Schreiend und hin- und herrollend erwachte ich auf einer schmutzigen Matratze auf dem Boden. „Wo bin ich? " Mein Zellengenosse fragte, „bist du in Ordnung, Sean? " „Wo bin ich? , fragte ich. „Du bist in deiner Zelle, du mußt einen Alptraum gehabt haben," antwortete er. Meine Zellentür ging auf und eine schwarzuniformierte Gestalt stand da. „Essen", sagte sie. „Was war das, Mister? "fragte ich. „Sie haben mich Herr zu nennen, sie sind jetzt im H-Block! Sie sind jetzt im H-Block 5. Vergessen sie das nicht, 1066!